



Nr. 406. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 14. Juni 1890.

Das Kaiserdenkmal.

Die Vorlage, welche der Bundesrat dem Reichstag in Beziehung auf die Errichtung eines Denkmals für den Kaiser Wilhelm gemacht hat, bestätigt die Befürchtungen, die schon früher zum Ausdrucke gelangt waren, daß es jetzt in der Absicht liege, die Bahnen, die man bisher in dieser Angelegenheit betreten, zu verlassen. Die jetzige Vorlage kann unmöglich mit den Ergebnissen der ersten Preisaukschreibung gerechtfertigt werden; sie setzt sich vielmehr mit diesen Ergebnissen in einen formalen und scharfen Widerspruch.

Als Kaiser Wilhelm seine Augen geschlossen hatte, war es selbstverständlich keinem Menschen zweifelhaft, daß ihm in einem nicht ferneren Zeitpunkte ein Denkmal in Berlin gesetzt werden würde. In der That, man wußte nicht, zu welchem Zwecke man in der Welt überhaupt Denkmäler errichtet, wenn einem Herrscher wie dem Kaiser Wilhelm ein solches vorerthalten würde. Wenn daher der Reichstag, als er nach dem Tode des Kaisers Wilhelm zum ersten Male zusammentrat, den Besluß faßte, die Errichtung eines solchen Denkmals anzuregen, so kann es wahrscheinlich nicht geschehen sein, damit die Sache nicht in Vergessenheit komme, sondern es ist geschehen, um zugleich die Gesichtspunkte anzudeuten, die bei der Errichtung des Denkmals beachtet werden sollen.

Der Reichstag als solcher hat ein Interesse daran, dem Schöpfer seiner Existenz, dem Gründer des Deutschen Reiches ein Denkmal zu setzen. Die persönlichen Tugenden des Kaisers Wilhelm, seine Verdienste als preußischer Landesvater mögen Andere feiern. Der Reichstag hat ein Interesse daran, mit dem Kaiser zugleich das Werk seines Lebens, die Aufrichtung des Deutschen Reiches zu feiern. Ein solches Denkmal muß voll von geschichtlichen Bezügen sein, die nicht allein den Mann, sondern auch sein Werk den kommenden Generationen vor die Augen führen. Es muß von gewaltigen Dimensionen sein, um alle diese geschichtlichen Bezüge in sich aufzunehmen. Das Denkmal des Kaisers Wilhelm darf nicht weniger Raum einnehmen, als dasjenige Friedrichs des Großen: es muß mehr Raum einnehmen; unter Umständen sehr viel Raum mehr.

Nun verläßt die Vorlage völlig den Standpunkt, der hier bezeichnet ist. Sie will kein umfangreiches Denkmal mit historischen und symbolischen Bezügen, sondern ein schlichtes Reiterstandbild mit Lebenswahrheit und Porträtahnlichkeit. Die Vorlage sagt, bei einem großen monumentalen Werk gehe die Porträtahnlichkeit verloren. Wir geben das ohne Weiteres zu. Alle die Modelle, die als Folge des ersten Preisaukschreibens eingingen, transponierten die Gestalt des Königs aus der schlichten Weise, die ihm persönlich eigen war, in das Heroische. Das Friedrichs-Denkmal Rauchs bestätigt diesen Satz; der gewaltige Reitermantel, der aus künstlerischen Gründen dem Könige um die Schultern gehängt werden mußte, raubt von dem geschichtlichen Bilde des alten Fritz viel, sehr viel.

Die Vorlage sagt zweitens, das Volk wird es sich nicht nehmen lassen wollen, das Bild des Königs in derselben Gestalt zu sehen, in der es ihn bei seinem Leben hat wandeln sehen. Auch diesen Satz geben wir ohne jeden Umschweiz zu. Aber wir stellen denselben den anderen Satz gegenüber, daß das Volk es sich ebensowenig nehmen lassen wird, den Kaiser in voller Kaiserpracht, umgeben von allen seinen Paladinen, mit dem Hinweis auf seine Werke zu sehen. Ein Denkmal, welches den Kaiser nur mit geringem Sockelschmuck oder ganz ohne solchen hinstellt, wird dem Empfinden des Volkes nicht gerecht.

Es gibt nur eine Lösung, welche diese beiden verschiedenen Forderungen in gleicher Weise berücksichtigt, eine Lösung, auf die vor Jahr und Tag schon in diesen Blättern hingewiesen wurde: die Errichtung von zwei Denkmälern. Die Sache ist wahrlich nicht unerhört. Vom König Friedrich Wilhelm III. stehen in Berlin zwei Denkmäler, das eine aus Marmor, den Haussvater darstellend, im Tiergarten, das andere aus Erz, den Helden der Freiheitskriege darstellend, im Lustgarten. Von Friedrich dem Großen ist außer seinem großen Reiterstandbild noch eine Büste im Friedrichshain aufgestellt. König Friedrich Wilhelm IV. steht zu Pferde auf dem Podest der Nationalgalerie und zu Fuß, in seiner Eigenschaft als Grundherr und Landschaftsgärtner, vor der Orangerie zu Potsdam, und ein Zeitraum von einer Stunde genügt, um von einem Standbild zum anderen zu gelangen.

So möge man auch dem Kaiser Wilhelm zwei Standbilder setzen, das eine so schlicht, so lebenswahr, so porträtahnlich wie nur irgend möglich, und man möge dabei von jedem Nebenwerk abscheiden. Das andere möge grandios, prachtvoll, ideenreich werden. Das letztere zu errichten, wäre Aufgabe des Reiches; für das erstere können die kaiserliche Familie, die Stadt Berlin, der preußische Staat in Frage.

Das Eine aber wagen wir mit Bestimmtheit vorauszusagen: Ein Reiterstandbild des Kaisers Wilhelm ohne jedes Nebenwerk kann niemals ein Kunstwerk ersten Ranges werden. Vor zweihundert Jahren konnte Schlüter mit seinem Kurfürsten noch ein unvergleichliches Denkmal schaffen. Seitdem sind so viele Reiterstandbilder gesetzt, daß die Künstler nachgerade alle Möglichkeiten, dem Reiter und seinem Ross eine bestimmte Haltung zu geben, erschöpft haben. Wer es heute noch unternimmt, ein Reiterstandbild darzustellen, muß entweder ein gegebenes Muster nachahmen oder er muß, um originell zu bleiben, manirirt werden. Das Eine aber wie das Andere ist mit dem Begriff eines Kunstwerks ersten Ranges unvereinbar. Der Künstler, der etwas schaffen soll, was die kommenden Jahrhunderte mit Bewunderung erfüllt, muß neue Ideen haben. Um der geschichtlichen Bedeutung Friedrichs des Großen gerecht zu werden, müßte Rauch seinem Denkmal einen Aufbau geben, für welchen noch kein Vorbild vorhanden war. Und so wird auch der Künstler, welcher der historischen Bedeutung Kaisers Wilhelms gerecht werden soll, nach einer ganz neuen Art der Gestaltung suchen müssen, wie bei der Berliner Preisbewerbung Hilgers das gethan haben.

Für ein kleines bescheidenes Denkmal, das sich keine höhere Aufgabe stellt als die, die Züge, die Gestalt und Haltung des Kaisers mit Naturwahrheit nachzubilden, mag der Platz an der Schlossfreiheit ausreichen; ein Denkmal, wie es dem Reichstage bei seinem Beschuß vorgeschwebt hat, kann nur auf einem weiten, nach allen Seiten hin künstlerisch abgerundeten Platz seine Stellung finden.

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. [Arzneibuch für das Deutsche Reich.] Wie bereits telegraphisch mitgetheilt worden, beschloß der Bundesrat an Stelle der Pharmacopoeia Germanica ein deutsches Arzneibuch für das Deutsche Reich in Kraft treten zu lassen. Die „Berl. Polit. Nachr.“ berichten darüber:

Befürchtet hatte der Bundesrat in seiner Sitzung vom 17. Februar 1887 beschlossen, in Verbindung mit dem kaiserlichen Gesundheitsamt eine ständige Commission zu errichten, welcher die Aufgabe obliegt, die Beschlüsse des Bundesrats über periodisch herbeizuführende Berichtigungen und Ergänzungen der Pharmacopoeia vorzubereiten. In Ausführung dieses Beschlusses hatte der Reichskanzler 12 Vertreter der klinischen und praktischen Medicin, der Pharmacologie, der Pharmacognosie und der angewandten Chemie und Pharmacie zu Mitgliedern der ständigen Commission zur Bearbeitung der Pharmacopoeia — zunächst bis zum Ablaufe des Jahres 1891 — ernannt. Es war zunächst Aufgabe dieser Commission, das einschlägige Material zu sammeln und für ihre Berathungen zu sichten und zu prüfen. Ende Juni des Jahres 1888 waren die Vorbereitungen soweit gediehen, daß mit der Vertheilung des angewachsenen Arbeitsmaterials unter die Mitglieder des Ausschusses, welcher aus den der Commission angehörenden Apothekern, Chemikern und Pharmacognosten gebildet war, nach näherer Vorschrift der Geschäftsordnung begonnen werden konnte. Es wurden zunächst die gesammelten Vermerke zu den in der Pharmacopoeia enthaltenen Mitteln, für welche Abänderung, Streichung oder Ergänzungsvorschläge eingegangen waren, an die Ausschusmitglieder mit dem Ertragen um Neubearbeitung vertheilt. Beigleitlich aller derjenigen Arzneimittel aber, deren Neuauflage in die Pharmacopoeia angeregt worden war, wurde, da deren Zahl sich auf nicht weniger als 1240 belief, zuerst eine Umfrage bei den dem Ausschuß nicht angehörigen (ärztlichen) Mitgliedern der Commission veranlaßt, mit dem Ertragen um Bezeichnung derjenigen, welche zur Aufnahme und demgemäß zur Bearbeitung zu empfehlen seien. Wie zu erwarten, fand die übermiegende Mehrzahl der 1240 neu in Vorschlag gebrachten Mittel bei keinem, oder doch nur bei einzelnen der betreffenden Commissionmitglieder Befürwortung. Diejenigen in der bisherigen Pharmacopoeia nicht enthaltenen Mittel, für deren Aufnahme sich eine größere Anzahl jener Fachmänner ausgesprochen hatte, wurden zur Bearbeitung unter die Ausschusmitglieder vertheilt, ohne dadurch den Beschlüssen der Commission wegen Aufnahme weiterer Mittel vorzugreifen. Die hierauf formulierten Entwürfe wurden den übrigen Commissionmitgliedern, sowie einigen weiteren außerordentlichen Mitgliedern des Kaiserlichen Gesundheitsamtes zur Kenntnahme und Beifügung etwaiger Vermerkungen übersandt. Nachdem so ein genügend durchgearbeitetes Material fertiggestellt worden war, wurde der Ausschuß der ständigen Pharmacopoeia Commission zusammenberufen. In der Zeit vom 12. bis 19. Juni 1889 gelang es dem Ausschuß, eine Einigung bezüglich der Vorschriften, welche hinsichtlich der umgearbeiteten oder neu bearbeiteten Artikel zur Aufnahme in die Pharmacopoeia vorzuschlagen waren, zu erzielen, auch wurden die Durchführung gleichmäßiger chemischer Prüfungen und, soweit thunlich, immer ein und dasselbe Prüfungsverfahren zur Anwendung empfohlen. Die von dem Ausschuß befürworteten Änderungen waren so zahlreich und eingreifend, daß sich die Notwendigkeit ergab, von der Herausgabe eines Nachtrages zu der zweiten Ausgabe der Pharmacopoeia abzusehen, vielmehr eine neue, dritte Gesamtausgabe zu veranlassen. Dengemäß wurde auf Grund der Berathungen des Ausschusses im kaiserlichen Gesundheitsamt ein Entwurf zu einer neuen Ausgabe der Pharmacopoeia ausgearbeitet. In der Zeit vom 11. bis 19. October 1889 trat die Gesamtcommission, deren Angehörige über die Arbeiten der Ausschusmitglieder im Laufenden erhalten waren, zusammen, um eine Entscheidung über die dem Bundesrat zu machenden Vorschläge zu treffen. Den Berathungen der Gesamtcommission wohnten ordentliche Mitglieder des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, sowie zwei Commissare der Königlich preußischen Militärverwaltung und, behufs Vertretung besonderer Interessen der Thierheilkunde, ein Lehrer der Thierärztlichen Hochschule zu Berlin als Commissar des Königlich preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bei. Zu gleichem Zwecke hatte das Thierärztliche ordentliche Mitglied des Kaiserlichen Gesundheitsamtes bereits vorher an den Verhandlungen teilgenommen, auch waren den dem Veterinärwesen nahestehenden, außerordentlichen Mitgliedern des Gesundheitsamtes die Vorarbeiten zugängig gemacht worden. Hinsichtlich der für das neue Arzneibuch zu wählenden Sprache hat weiterhin der Bundesrat am 21. November 1889 beschlossen, daß die Pharmacopoeia in deutscher Sprache abzufassen sei, daß jedoch die Überschriften der einzelnen Artikel, wie bisher, in lateinischer Sprache weiter zu führen und die deutschen Bezeichnungen daneben zu sehen seien. Der Ausgabe des neuen deutschen Arzneibuchs darf nunmehr für die nächste Zeit entgegengesehen werden.

Die Arbeiterschutz-Commission des Reichstages setzte am Donnerstag die Discussion über die Fortbildungsschulen (§ 120 der Vorlage) fort. Die „Voss. Zeit.“ berichtet darüber: Fassen wir die ganze Beurteilung nach den Hauptgesichtspunkten zusammen, so gruppirt sie sich selbe im Wesentlichen, den gestellten Anträgen entsprechend, in Reden für Befestigung oder wenigstens Befähigung der obligatorischen Fortbildungsschulen und in Reden zur Verhinderung und befreien Durchführung dieser Institution. Der Angriff wurde vom Centrum in einigermaßen schonder Weise eröffnet; Correferent Hirsch bemängelte besonders die Ausdehnung der Vorschriften auf Anstalten, welche Unterricht in weiblichen Hand- und Hausarbeiten ertheilen, weil dadurch derartige freiwillige Anstalten confessionellen Charakters geschädigt würden. Abg. Dr. Lieber ging schon heftiger vor, er bekämpfte die Motive des Antrags Bebel, welche gegen die persönliche Freiheit gerichtet seien. Abg. Giegelsky stellt und begründet einen Antrag zu Gunsten des Unterrichts in nichtdeutschen Muttersprachen. Abg. v. Kleist-Rehov will die Fortbildungsschulen und Fachschulen der Innungen dagegen schützen, daß, wie es in Oppeln vorzugehen, die Schüler derselben von Polizei wegen an die allgemeine Anstalt überwiesen würden. Dr. Kropatschek betrachtet es als Unmuthzeugnis der Volksschulen, selbst in der Reichshauptstadt, daß die jungen Leute in den Fortbildungsschulen sich noch mit den Elementarsächsen beschäftigen müßten, und beflagt die materialistische Richtung, die einem Theile der letzteren anhaften; deshalb erklärt er sich auch gegen den obligatorischen Charakter derselben. Nicht sowohl auf die intellectuelle, als auf die moralische Ausbildung der Jugend kommt es an. Am schärfsten ging Abg. Frhr. v. Stumm gegen die obligatorischen Fortbildungsschulen vor; er selbst pflege in seinem Werke den Fortbildungsunterricht, aber die reichsrechtliche Verpflichtung sei aus principiellen, confessionellen und politischen, wie aus praktischen Gründen zu verwerfen, und beantrage er die Streichung des ganzen dritten Absatzes; die Regelung werde besser den Einzelstaaten überlassen. Dem stimmte auch Abg. v. Puttkamer zu, eventuell wolle er wenigstens den Sonntag Vormittag vom Unterricht freihalten. Dagegen wurde von freisinniger und sozialistischer Seite die Aufrechterhaltung und Verwaltung der obligatorischen Fortbildungsschulen energisch vertreten. Referent Schmidt (Elberfeld) stellt sich auf den Boden der Vorlage, die wesentliche Fortschritte bringe, erwartet kräftige Unterstüzung der betreffenden Betreibungen seitens der Regierung und äußert sich wohlwollend auch über den Antrag Bebel. Die Abg. Dr. Krause und Böllmer erörtern die Vorzüge des obligatorischen Fortbildungsunterrichts, besonders auch im Zeichnen, und die Notwendigkeit, denselben auch an den Sonntagnachmittagen abzuhalten zu können, da sonst die erforderlichen Lehrkräfte fehlten würden, und bemängeln die Leistungen mancher Innungsanstalten. Abg. Dr. Hirsch ist im höchsten Grade überrascht, daß Angetheilt der so sehr erhöhten Anforderungen der Zeitzeit an das Wissen und Können der Gewerbetreibenden aller Klassen, zumal bei dem schweren Concurrenzkampfe im Innern und Außen, man so weit gehe, mit den obligatorischen Fortbildungsschulen die bewährte beste Waffe der vaterländischen Industrie nehmen und einen seit 20 Jahren geschicklich für das Reich bestehenden Zu-

stand be seitigen zu wollen. Er bestreite, daß in den allgemeinen Fortbildungsschulen Materialismus herrsche, daß Streben der Lehrer und Leiter betrachte er im Gegenteil als Idealismus, der freilich nicht mit kirchlicher Orthodoxie verwechseln sei. Die Bedenken gegen den Antrag Bebel seien geringfügig dem großen Nutzen gegenüber. Abg. Bebel schilbert die widrigen Arbeitsverhältnisse, besonders im Bädergewerbe, es sei unmöglich, daß Kinder und junge Leute nach bis 20 Stunden Arbeit noch fähig seien, vom Unterricht zu profitieren, die Abgespannung vieler Fortbildungsschüler sei notorisch. Deshalb müsse, wie sein Antrag vorschlage, der Unterricht innerhalb der üblichen Arbeitszeit stattfinden, was auch, wie z. B. in Stuttgart und Ludwigshafen erwiesen, sehr wohl durchführbar sei. Abg. Möller (Nationalist.) erklärt sich für die Regierungsvorlage, gegen alle Amendements. Vom Regierungsvorlage tritt außer dem Handelsminister auch Geheimer Rath Lohmann sehr entschieden für die obligatorischen Fortbildungsschulen ein, indem er darlegt, daß die meisten der gestellten Anträge geradezu verhängnisvoll für die Weiterentwicklung der Fortbildungsschulen, ja für das Fortbestehen einer großen Zahl der vorhandenen Anstalten seien würden. Auch durch den Antrag Bebel würde die Sache tatsächlich sehr erschwert werden; man könne es den Regierungen vertrauensvoll überlassen, den Schäden und Mängeln durch Verwaltungsmaßregeln abzuheben. Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge bis auf den zweiten Theil des Antrages Dr. Kropatschek abgelehnt, insbesondere der Antrag v. Stumm auf Streichung des § 120. Absatz mit großer Majorität. Der mit 18 gegen 7 Stimmen (leichtere aus dem Reihen der Conservativen und des Centrums) angenommene § 120 lautet mit den beschloffenen Abänderungen wie folgt: Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, ihren Arbeitern unter 18 Jahren, welche eine von der Gemeindebehörde oder vom Staate als Fortbildungsschule anerkannte Unterrichtsanstalt besuchen, hierzu die erforderlichen Fesseln von der zuständigen Behörde festzulegende Zeit zu gewähren. An Werktagen ist der Unterricht in die sonstige Arbeitszeit der jungen Leute zu legen. (Antrag Kropatschek.) Als Fortbildungsschulen im Sinne dieser Bestimmung gelten auch Anstalten, in welchen Unterricht in weiblichen Hand- und Hausarbeiten ertheilt wird. Durch Ortsstatut (§ 142) kann für Arbeiter unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule, so weit diese Verpflichtung nicht landesgesetzlich besteht, begründet werden. Auf denselben Wege können die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Bestimmungen getroffen werden. Insbesondere können durch das Ortsstatut die zur Sicherung eines regelmäßigen Schulbesuchs den Schulpflichtigen, so wie deren Eltern, Vormündern und Arbeitgebern obliegenden Verpflichtungen bestimmt und diejenigen Vorschriften erlassen werden, durch welche die Ordnung in der Fortbildungsschule und ein gehörliches Verhalten der Schüler gesichert wird. Nunmehr wurde in die Berathung des Abschnittes „Lehrlingsverhältnisse“ eingetreten. § 126 stellt im Allgemeinen die Verpflichtungen des Lehrers gegenüber dem Lehrling fest; derselbe enthält die Fassung des Gesetzes unverändert. Hierzu liegen zwei Anträge vor. Abg. Dr. Hirsch beantragt als Zusatz: „Der Lehrherr hat für die Erhaltung der Gesundheit des Lehrlings Sorge zu tragen, insbesondere durch eine gezielte, nicht übermäßige Arbeitszeit und durch Beschaffung geeigneter Arbeits- und Schlafräume.“ Die Abg. Bebel und Gen. beantragen gleichfalls als Zusatz: „Zu häuslichen Dienstleistungen, sowie zu Arbeiten, die mit dem Beruf nicht in directer Beziehung stehen, ist der Lehrling nicht verpflichtet. Die tägliche Arbeitszeit der Lehrlinge darf 10 Stunden ausschließlich der Pausen, nicht überschreiten.“ Die Antragsteller begründen diese Vorschläge durch den Hinweis, daß die Lage der Handwerkslehrlinge in hygienischer Beziehung vielfach traurig ist, teilweise noch mehr als die der jugendlichen Arbeiter in Fabriken, besonders in Folge ungeregelter, übermäßiger Arbeitszeit, die noch sehr stark zu häuslichen Diensten aller Art verwendet werden, und gesundheitsschädlicher Arbeits-, Wohn- und Schlafräume. Während Abg. Bebel den Antrag des Abg. Dr. Hirsch für zu allgemein gefaßt hält, vertheidigt letzterer seine Fassung als dem § 126 entsprechend und kann sich mit dem Antrag Bebel für das jetzige Stadium der Gesetzgebung noch nicht einverstanden erklären. Geb. Rath Lohmann billigt die Tendenz des Antrages Dr. Hirsch, findet denselben aber im Wesentlichen durch die §§ 120a, 120c und 154 erledigt, da diese allgemein hygienische Schutzbestimmungen enthalten, welche auch den Lehrlingen zugute kommen. — Nachdem Abg. v. Puttkamer den ersten Theil des Bebel'schen Antrages, als für die kleineren Städte unzutreffend und verberlich, befürwortet, wird die Sitzung bis zum 14. Juni Vormittags vertagt.

Über einen Unfall, der dem Kaiser am Montag bei Besichtigung der Truppen auf dem Bornstedter Felde beiwohne zugestochen wäre, weiß die „Germ.“ Folgendes zu melden: Der Kaiser hatte sich in Gemeinschaft mit dem Kronprinzen von Italien an die Spieze des 1. Garde-Ulanen-Regiments geklebt, um bei den Attakken die Hindernisse mitzunehmen. Den Sprung über den Wassergraben mache sein Pferd aber zu kurz und kam in Folge dessen mit den Hinterfüßen in den Graben. Der Kaiser hielt sich aber im Bügel und das Pferd sprang wieder aus dem Graben heraus, worauf der Kaiser darauf verzichtete, die übrigen Hindernisse zu nehmen.

Die Beleihungsgrenze für Liegenschaften bei Sparkassen. Wie der „Magdeb. Zeit.“ geschrieben wird, hat der Minister des Innern bezüglich der Beleihungsgrenze für Liegenschaften bei Sparkassen neuerdings auf die Pflichten aufmerksam gemacht, welche den Aufsichtsbehörden aus der bezüglichen Bestimmung des Sparkassenreglements von 1883 erwachsen. Der dort aufgestellte Grundsatz, daß es eine der Hauptaufgaben der Sparkassen sei, die Spareinlagen gehörig sicher zu stellen, verpflichtet bei der Hergabe von Hypothekendarlehen seitens der Sparkassenverwaltungen der dauernde Wert des betreffenden Grundstücks als Maßstab zu Beurtheilung der Sicherheit zu Grunde gelegt werden, da der zeitige Grundstücksverlust in Folge von Missernten, Verkehrsstockungen und anderen Katastrophen sinken könne. Diese Erwägungen haben zu dem selber ständig festgehaltenen Grundsatz geführt, daß bei Sparkassenleuten die Beleihung von Liegenschaften nicht über den 22½fachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrages hinausgehen dürfe. Hieron abzuweichen und den 25fachen Grundsteuer-Reinertrag als Beleihungsgrenze für zulässig zu erachten, trägt der Minister im Interesse der Sicherheit Bedenken. Wenn einzelnen mit der Garantiepflicht einer Provinz ausgestatteten Credit-Instituten eine Beleihung zum 25fachen Grundsteuer-Reinertrag nachlassen sei, läge hierin noch kein ausreichender Anlaß, den Sparkassen eine gleiche Beleihungsgrenze einzuräumen, da die Zweckbestimmung ersterer Institute von denjenigen der Sparkassen wesentlich verschieden sei und die Garantiepflicht einer Provinz eine festere Grundlage biete.

Eine Beschwerdeschrift ist seitens der Berliner Fischerinnung an das Polizeipräsidium und an den Magistrat der Stadt Berlin gegen die Direction der städtischen Canalisationsverwaltung abgegangen, worin letztere beschuldigt wird, daß Aussterben aller Fische auf der Spree zwischen der Niederschleuse und der Oberbrücke, also von Berlin bis Liefwerder u. s. w. veranlaßt und so den Berliner Fischern einen Schaden von Tausenden von Mark zugefügt zu haben. Die städtische Canalisationsverwaltung lehnt nämlich in der Nacht vom 23. zum 24. Mai d. J. die Notausläufe, und zwar vom 23. Mai Abends 6 Uhr ab bis zum 24. Mai Nachmittags 5 Uhr in die Oberbrücke laufen und verursachen durch die plötzliche, so massenhafte Verunreinigung der Spree den Tod der gesamten Fische, Brut u. s. w. Der eigentliche entstandene Schaden, der den Fischern durch den Tod der vorgefundene toden Fische zufällt, wird auf 5–6000 Mark veranschlagt, während außerdem in denselben der Fischfang in der Spree auf Monate hin aus verloren ist, bis sich neuer Zulauf der Fische von der Havel u. s. w. aus wieder eingefunden hat. Laut Berichtigung der königlichen Regierung zu Potsdam war die städtische Canalisationsverwaltung verpflichtet, eben die Notausläufe in die Spree öffnete, dies der königlichen Ministerial-Baucommision zu melden, welche alsdann die Oeffnung der Wehre bei

Charlottenburg, wie die der neu gebauten Wehr an den Berliner Mühlen veranlaßt hätte, um so schnell das schmutzige Wasser abzuführen. Diese Meldung war nicht geschehen. Die Fischer behalten sich ihren Klageanspruch bezüglich Schadensfahrt gegen den Magistrat vor, erachten aber auch das königl. Polizei-Präsidium und den Magistrat, veranlassen zu wollen, daß der Fischer-Innung in Zukunft 12–24 Stunden vorher Anzeige zu machen ist, wenn die Rothausläufe der Canalisation in die Wässer der Spree abgelassen werden sollen.

[Vrenner einer.] Amtlicher Nachweisung zufolge sind vom ersten Oktober 1889 bis zum Schluss des Monats Mai 1890 in den Brennereien des Deutschen Reichs 2735 080 Hektoliter reinen Alkohols hergestellt worden. Davon wurden 928 364 Hektoliter nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe zum Sache von 50 Pf. für 1 Liter, 644 968 zum Sache von 70 Pf. in den freien Verkehr übergeführt.

[Zur Eisenbahn-Katastrophe in Dirschau.] Ueber die bisher unerklärbare Ursache der furchtbaren Eisenbahn-Katastrophe auf dem Bahnhof Dirschau erhält man jetzt einiges Licht. Einer der Bahnwärter, der in Folge eines Blitzschlags längere Zeit bewußtlos stand darunter gelegen, steht aber sein volles Bewußtsein wieder beigebracht, will, bevor ihn der Schlag betroffenen, deutlich wahrgenommen haben, wie der Locomotivführer Hennig, vom Blitz getroffen, in die Arme seines Heizers gesunken ist. Hiermit stimmt auch der Leichenfund überein, indem am Ende des getöteten Locomotivführers Hennig die Spuren von Brandverletzungen gefunden sind, welche man damals nur widerwillig auf das Herausfallen von glühenden Kohlenstückchen zurückführen zu müssen glaubte. Nunmehr kann man nur noch hinzutun, daß bei diesem Vorgang auch der Heizer in Mitteidenschaft gezogen worden ist, dann kann die tolle Fahrt der führerlos gewordenen Locomotive nicht mehr Wunder nehmen.

[Eine unerquickliche Angelegenheit] beschäftigte am Donnerstag das Berliner Schöffengericht. Ein Mitglied der Vertretung der St. Simeons-Gemeinde, der Lehrer Sielaff, klage gegen einen andern Mitglied, den Kaufmann Ranft, und zwar lagen der Klage Vorgänge aus einer recht stürmischen Fraktionssitzung zu Grunde, welche inzwischen auch das kgl. Consistorium bereits beschäftigt haben. Kläger und Angeklagter gehören der positiven Fraktion der Gemeindevertretung von St. Simeon an, und als diese am 7. Februar in einem Restaurationslokal eine Sitzung abhielt, kam es zu einer sehr erregten Szene. Herr Sielaff, um dessen Wahl zum Vorstandes es sich handelte, batte in irgend einer Angelegenheit privat mit dem liberalen Gemeindeschreiber Bode zu plaudern versucht, und dies wurde ihm in jener Sitzung übel ausgelegt. Eine Partei gruppirung innerhalb der positiven Partei brachte durch den Mund des Predigers Schwarz zum Ausdruck, daß sie Herrn Sielaff ob dieses Vergebens für einen „Verräther an der positiven Sache“ halte. In der Disputation darüber fielen auch Worte wie „Lügner und Meineidiger“. Herr Sielaff erwiederte darauf, daß der Pastor Schwarz nach dem alten Grundsache, daß derjenige, der in einem Glashause sitze, nicht mit Steinen werfen solle, doch nicht mit solchen Worten, wie „Lügner und Meineidiger“ herumwerfen sollte, denn Pastor Schwarz wisse doch, daß die liberale Presse ihm gegenüber schon eine ähnliche Taktik befolgt habe. Darauf erhob sich Herr Ranft, nahm sich des Pastors Schwarz an und nannte Herrn Lehrer Sielaff einfach einen „Lumpen“. Einige Zeit darauf ist er zu dem Lehrer Ernstich berangetreten und hat zu demselben gesagt: „Sielaff ist ein Lump; gehen Sie hin und sagen Sie ihm, ich hätte es gelagt!“ Diesen doppelten Lumpen wollte Herr Sielaff dem doch nicht auf sich szenieren lassen und er hat deshalb die Privatfrage angestrengt. Der Angeklagte behauptete, daß er sich zu der Beleidigung habe hinreichen lassen, weil Sielaff die Worte „Lügner und Meineidiger“ an ihn gerichtet habe. Diese Behauptung wurde durch die Beweisaufnahme jedoch nicht bestätigt. Der vorsitzende Amtsrichter bemühte sich, den Parteien klar zu machen, daß es im kirchlichen Interesse gewiß zweckmäßiger wäre, „wenn Brüder einträchtig bei einander wohnen“, — es gelang ihm jedoch nicht, denn seine Einigungsvorläufe schieden schließlich. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Ranft zu 100 M. Geldbuße oder 20 Tagen Gefängnis.

[Eine Anklage wegen Verleumdung] wurde am Donnerstag vor der 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts I gegen den Zigarettenarbeiter Fritz Sauer verhandelt. Der Angeklagte, ein noch recht unreif ausschender, 20 Jahre alter junger Mann betrat ganz geknickt und weinend die Anklagebank. Am 16. December v. J. fand im „Schweizergarten“ eine Versammlung von Tabaks-Arbeitern und Arbeitern statt, in welcher viele schwere Klagen gegen die Arbeitgeber vorgebracht wurden. Da trat der Angeklagte auf und hielt eine donnernde Rede gegen die Firma Loefer u. Wolff. Derselbe erzählte ganze Schauerschichten über die Inculanz der Firma den Arbeitern gegenüber und gab seine persönlichen Erfahrungen zum Besten. Er erzählte, daß er bei den geringsten Verstößen gegen die Fabrikordnung Strafgelder auf Strafgelder habe zahlen müssen, daß die Ausszahlung der Löhne an die Arbeiter nicht in ordnungsmäßiger Weise erfolge, die Arbeiter Hunger leiden und Robheiten einstecken müssten und sein Schluss ging dahin, „daß 25 Geschichtsschreiber

die Schandbaten der Firma Loefer u. Wolff in 25 Jahren noch nicht beschreiben könnten“. Als dann der junge Redner zwei Vertreter der angegriffenen Firma in der Versammlung bemerkte, sprach er noch über die „großen Kosten“, die sich die Firma durch Entsendung von Delegierten zu der Versammlung gemacht habe, erklärte den Meister der Elbinger Fabrik für den „dummsten Jungen der Welt“ und für ein elendes Subjekt und als es sich um den Antrag handelte, die Firma Loefer u. Wolff zu boykottieren, erklärte der Redner mit gehobener Stimme, daß er bereit sei, die geschuldeten Schändlichkeiten zu beschwören. — Mit dem Schwur und dem Muthe des Angeklagten sah es aber traurig aus. Als festgestellt war, daß derfelbe sich alle jene Schauerschichten aus den Fingern gesogen, nahm sich der Staatsanwalt der Sache an und schon beim ersten Verhör gestand der Angeklagte ein, daß er Alles erlogen habe und niemals wieder hier noch in der Elbinger Fabrik bei Loefer u. Wolff beschäftigt gewesen sei.

Dieses Geständnis wiederholte am Donnerstag der Angeklagte unter Thränen auf der Anklagebank und wußte zu seiner Entschuldigung nur anzuführen, daß er angebrunkt gewesen und von anderen Arbeitern aufgeredet worden sei, jene Bandrede vom Stapel zu lassen. — Staatsanwalt Stachow hielt diese Manier, mit unwahren Thatshachen und ehrenrührigen Behauptungen gegen die Arbeitgeber zu operieren, für eine so freche und verwerfliche, daß er gegen den Angeklagten, trotz der bisherigen Unbescholtenheit desselben, 6 Monate Gefängnis in Antrag brachte. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß.

[Der Redacteur des „Beobachters“ in Heilbronn] war dieser Tage wegen Beleidigung des Bürgermeisters vor Gericht. Interessant dabei ist, daß sich der Redacteur des genannten Blattes zum zweitundvierzigsten Male wegen Beleidigung des Stadtoboberhauptes zu verantworten hatte und zum zweitundvierzigsten Male von dem Gericht freigesprochen wurde.

[Posen, 12. Juni. [Die Beiseitung der Gebeine des polnischen Dichters Mickiewicz] auf dem Wawelsberg in Krakau soll bekanntlich nach erfolgter Überführung derselben aus Paris am 28. oder am 30. d. Ms. stattfinden. Beuhis Berathung über eine anlässlich dieser Beiseitung im preußischen Anttheil zu veranstaltende Feier stand gestern Abend im Hotel de France eine von etwa vierzig Personen polnischer Nationalität besuchte Versammlung statt, in welcher Graf Engeström den Vorsitz führte. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit einem besonderen Ausschuß zur Ausführung zu übertragen. Nach dem Besluß der Versammlung sollen die folgenden Gesichtspunkte ins Auge gesetzt werden: In der Stadt Posen ist am Tage der Beiseitung ein Hauptgottesdienst mit Gedächtnissrede zu veranstalten. Es ist ein Aufruf zu erlassen, daß an sämtlichen von Polen bewohnten Kirchplätzen des preußischen Anttheils ein ähnlicher Gottesdienst stattfinde. Das Mickiewicz-Denkmal neben der St. Martinskirche in Posen wird decorirt. An dem Denkmal werden die hiesigen und auswärtigen Vereine vor dem Trauergottesdienste Kränze niederlegen. In Posen und in anderen Orten sind am Tage der Feier Vorträge über Mickiewicz zu halten. Es ist eine Deputation nach Krakau zu entsenden, welche den ganzen preußischen Anttheil zu vertreten hat. Alle Deputationen, welche von einzelnen Vereinen entsendet werden, haben sich zu einer gemeinsamen Deputation zu vereinigen. Der Festauszug hat Kränze, Blumen und Aehren für Krakau aus allen Orten des preußischen Anttheils entgegenzunehmen. Aus allen Theilen des ehemaligen Polen sollen Aehren nach Galizien geschickt werden, aus denen ein Kranz mit den vollständigen Namenszügen des Dichters in solcher Größe hergestellt ist, daß letztere weithin sichtbar und erkennbar sind. Dieser Kranz ist für Wadovice, den Geburtsort des Dichters, bestimmt. Am Tage der Beiseitung sollen möglichst viel Werke von Mickiewicz unter das Volk verbreitet werden. Gaben für die Veranstaltung der Feier nimmt der Festausschuß schon jetzt entgegen.

[Sauer, 11. Juni. [Umwandlung einer Stadt zum Dorfe.] Seit längerer Zeit liegt es in der Absicht der Regierung, unser Nachbarsiedlungen Scharfendorf, mit nur 1000 Einwohnern, zum Dorfe umzuwandeln. Die Ausführung dieses Planes scheiterte aber immer an dem Willen der Majorität der dortigen Stadtverordneten, die hartnäckig sich dagegen sträubten. Auch der größte Theil der Bürgerschaft war von dem Vorhaben der Regierung nicht sehr erbaut. Zur großen Überraschung hat diese Angelegenheit in der gestern dafelbst stattgehabten Stadtverordnetenversammlung, in welcher dieser Gegenstand auf der Tagesordnung stand, eine andere Wendung genommen. Von 6 Mitgliedern, aus welchen das Collegium besteht, waren nur vier erschienen und von diesen stimmten zwei für die Umwandlung und zwei gegen, da nun aber auch der provisorische Verwalter der dortigen Bürgermeisterei für dieselbe stimmte, so ist die Umwandlung beschlossen. Es ist nur fraglich, ob nicht noch ein Gedenkbeigruß erforderlich ist und ob die Regierung bei so schwacher Majorität diesem Besluß Rechnung tragen wird. Man ist auf das Resultat sehr gespannt.

[Frankreich. s. Paris, 11. Juni. [Eine Interpellation.] Herr Pichon,

eines der jüngsten Mitglieder der ehemaligen äußersten Linken, hat bereits seit mehreren Jahren die Spezialität der Interpellationen über bedeutsame internationale Angelegenheiten. Er war stets derjenige, welcher die verschiedenen Cultus-Minister zu einer Erklärung zu zwingen suchte, welches ihre Stellung gegenüber dem Concordat und dem Papste sei; er war ferner derjenige, der seiner Zeit über den Schnäbel-Zwischenfall interpelliren wollte, und nur mit Noth und Mühe von seinem Vorhaben abgebracht werden konnte. Bei der augenblicklichen, durch die hochsommerliche Temperatur bedingten Interesselosigkeit der Parlamentsdebatten glaubte Herr Pichon jetzt wieder den rechten Moment gekommen, um eine Interpellation an das Ministerium zu richten — und somit die Aufmerksamkeit seiner Collegen und des Publikums wieder auf sich zu konzentrieren. Die Conversion der egyptischen Staatschulden erschien ihm als Anknüpfungspunkt für eine Interpellation über die Stellung Frankreichs gegenüber der fortlaufenden Occupation des Nillandes durch die Engländer geeignet. So erschien denn Herr Pichon auf der Tribüne, um Auskunft darüber zu fordern, warum die Versprechungen des englischen Cabinets, Egypten nach der Pacification zu räumen, bisher noch nicht erfüllt seien! Die feierlichen Versprechungen des Lord Salisbury und Gladstones scheinen von den Engländern mit Fleiß vergessen zu werden; habe doch jüngst der höchste Würdenträger Englands im Pharaonenland öffentlich erklärt, daß die Verbleiben der englischen Truppen im Nilhale für alle Zeit unerlässlich für die Ruhe und die Sicherheit des Landes. Was gedenkt die Regierung der französischen Republik angesichts solcher Auslassungen, die allen Abmachungen widersprechen, zu thun? Herr Ribot erwiederte auf diese Interpellation, nachdem er kurz den wohlwollenden Beifall betont, den Frankreich der egyptischen Regierung bei der Erlangung der Zustimmung der Signatar-mäthe zu dem Conversations-Projekte geleistet, daß er im Namen Frankreichs darüber wachen werde, daß die aus der Conversion erwachsenden Emparisse zum Vortheile Egyptens und nicht zu dem der Engländer, die sich als Vormünder des occupirten Landes ausspielen, verwendet würden. Das Resultat der beabsichtigten Finanz-Operation dürfe keineswegs das sein, die Stellung der Engländer im Nilhale zu stärken, sondern im Gegenteil, es solle ihrem Abzug aus Egypten bekleidigen. Die Gegenwart englischer Truppen im Nilhale erscheine jedoch jetzt nicht mehr nothwendig, wie dies gerade die Möglichkeit dieser projectirten Finanz-Operation und die eigenen Aussagen der englischen Beamten in Egypten bewiesen. In gleich scharem und feindseligem Tone gegen England setzte der Minister seine Rede fort, um zum Schlusse Folgendes zu erklären: „Wir werden ebensoviel Hartnägigkeit zeigen, die englische Regierung an ihre Versprechungen zu erinnern, als diese in der letzten Zeit gezeigt hat, die Ausführung derselben zu verschieben.“ Diese energische Sprache Herrn Ribots England gegenüber wird fast von der gesammten Presse gebilligt; verschiedentlich läßt man sich dahin aus, daß es vielleicht angezeigt wäre, mit anderen Regierungen Schritte zu vereinbaren, die der Occupation Egyptens durch die Engländer ein Ende machen.

Großbritannien.

[Journalisten-Verein in London.] Der Londoner Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Journalisten (Newspaper Press Fund) hielt am Sonnabend Abends unter dem Vorstehe des Herrn Edward Lawton sein 27. Jahrestest, das sehr glänzend verlief. Unter den Anwesenden, etwa 200 an der Zahl, befanden sich unter Anderen Lord Addington, Sir Algernon Dorthwick, M. P., General-Lieutenant Sir A. Alison und andere Generale, Sir Frederick Abel, Baron Stern, Baron Erlanger, zahlreiche Parlaments-Mitglieder, sowie viele hervorragende Schriftsteller, Künstler und Journalisten. Nach dem Essen galten die ersten Toaste der Königin, der Armee und Flotte, sowie dem Parlemente. Der Vorstehe dankte sodann auf das Gedehnen des Vereins, womit er eine längere Rede verknüpft, in der er sich über den Fortschritt, die Macht, den Einfluß und Unternehmungsgeist der englischen Presse verbreite. Jetzt würden in London täglich über 2½ Millionen Exemplare Morgen- und Abendblätter gedruckt, woju über 4000 Centner Papier erforderlich seien. Nicht minder groß sei die Zahl der Exemplare der Sonntagszeitungen und von Wochenblättern und anderen Zeitungen würden zusammen über vier Millionen Exemplare gedruckt. Dieser gewaltige Aufschwung der Presse datire von der Ab-

Das Oberammergauer Passionsspiel.

II.

Ein weiteres Bedenken, um dessentwillen die Oberammergauer einen Vorwurf eigentlich noch weniger verdienlen, das aber für die Lebensfrage ihrer Spiele noch wichtiger scheint, betrifft die Vermehrung des scenischen Aufwandes und die damit zusammenhängende Notwendigkeit, sich bei den Besuchern der Spiele in einer Art zu entzündigen, die lebhaft sind, aber vielleicht nicht immer begründeten Tadel erfordert. Während die Ausgaben im Jahre 1870 etwa sechzigtausend Gulden betrugen, sollen dieselben gegenwärtig auf etwa eine halbe Million Mark zu veranschlagen sein, wobei nicht zu vergessen ist, daß die Preise für die einzelnen Plätze noch immer mäßig sind — sie waren für die teuersten im Jahre 1850 1 Florin 48 Kr., im Jahre 1870 3 Fl. und betragen gegenwärtig 10 Mark —, daß der Gewinn, welcher den Mitwirkenden in der Form eines wirklichen Spielhonorars zufällt, überaus bescheiden ist, und daß die Neugestaltung des Bühnenraumes in diesem Jahre sehr erhebliche Summen verschlang, welche im Wege einer Anleihe gedeckt werden mußten.

Diese Bühne ist in der Anlage von der früheren nicht wesentlich verschieden. Sie besteht aus einem die ganze Breite des Theaterbaus einnehmenden offenen Proscenium, einem das Proscenium im Mittelgrund abschließenden überdeckten Bühnenraum, zwei rechts und links an diesen grenzenden Thorbogen, welche den Blick in Straßen Jerusalens eröffnen, und endlich weiter zur Rechten und Linken, zwei die Schmalseite der Vorbühne flankirende, mit Treppen versehene Säulenbauten, welche die Paläste des Pilatus und des Annas darstellen.

Den scenischen Verwandlungen und den „Vorbildern“, jenen „Präfigurationen“ des älteren Spiels, welche Scenen des alten Bundes veranschaulichend, prophetisch auf die nachfolgende „Handlung“ als auf die Erfüllung hinweisen, dient die Mittelbühne allein; der Chor, durch die Säulenbauten von rechts und links herabsteigend, nimmt seine Aufstellung im Proscenium, während die Handlung selbst je nach Bedürfnis sich eines jeden einzelnen Schauplätze bedient.

Soll sich der Vorhang der eigentlichen Bühne zur Darstellung eines der Vorbilder öffnen, so heilt sich der Chor, der bis dahin in geschlossener Reihe stand, nach seiner Mitte zu, mit einer vornehm Sicherheit der Bewegung zurücktretend, welche noch seltsamer berührt, als das stillste Pathos seiner Gesangs- und Redeleistungen. Die Vorbilder nun, dreizwanzig an der Zahl, stehen großthell in sehr losen Zusammenhang mit der Handlung; dazu kommt, daß sie langwierige Vorbereitung und dadurch wieder ein Hinausziehen der einleitenden Gesänge erheischen, welches den Fortschritt der Handlung, für manche sehr fühlbar, verzögert. Indessen darf nicht übersehen werden, daß die Handlung, zur ununterbrochenen dramatischen Action gesteigert, leicht ihren gottesdienstlichen Charakter verlieren würde, und

dass die Chorgesänge, einem gewissermaßen liturgischen Zwecke dienend, zugleich auch den ermittelten Sinnen eine willkommene Rast gewähren. Die Bilder zeugen von einer erstaunlichen, kaum irgend sonst erreichten Gruppierungskunst. Gerade die figurenärmeren, wie z. B. des jungen Tobias Abschied von seinen Eltern, welcher dem nachfolgenden Abschied Mariä von ihrem Sohn zum Gleichnis dient, sind am ergreifendsten durch ihre innige Schlichtheit; in manchen anderen findet sich das Auge schwerer zu richten, weil ihm die Unterstützung künstlichen Bühnenlichtes fehlt; der Wind spielt frei mit den Gewändern der Darsteller, läßt es sich aber auch gelegentlich nicht nehmen, die Marmorsäulen im Hause der Philister zum Klattern zu bringen: allen gemeinsam ist jedenfalls die unerschütterliche, hingebungsvolle Ruhe, welche die Darsteller, Greise und Kinder, Männer und Frauen beherrscht, und die während ihrer ungewöhnlich langen Dauer kaum durch ein Wimpernzucken unterbrochen wird.

Noch meisterhafter ist die Haltung der bewegten Volksmassen im Laufe der Haupthandlung, wie sie sich z. B. gleich in deren Beginn, beim Einzuge des Heilands in Jerusalem, entwickeln. Aus den Seitengassen links, auf deren orientalischen Häusern eine wirkliche Sonne spielt, kommen langsam große Scharen heraus, ganz allmählich angeschwellend und ebenso langsam die Mittelbühne erfüllend, welche jetzt gleichfalls eine orientalische Straße darstellt. Indessen die Volkshäuser, durch immer nachdrängende verstärkt, die Mittelbühne schon wieder durch die entgegengesetzte Coullisse zu verlassen und die linke Seitengasse zu erfüllen beginnen, fällt der Vorhang, und die Scene verwandelt sich in den Vorraum des Tempels. Jesus, denselben betretend, verteilt die Wechsler und Krämer, während das Volk als erfreuter Zuschauer auf dem Proscenium verharret. Die Gewänder, von reicher Farbenfülle, sind durchweg vornehm und ruhig getönt, wie ja das frei von überall eindringende Sonnenlicht die Benutzung alles falschen Theaterfitters sowohl, als verwascener und auf künstliche Lichtwirkung berechneter Decorationsmalerei ausschließt.

Das Volk, von jeder zudringlichen Statistenbeweglichkeit fern, drückt seine Theilnahme an den Vorgängen der Handlung nur im Wechsel der Gesichtszüge aus, während seine Neben, im Chor gesprochen, den Charakter des idealen Stiles annehmen. Wenn es den Elbser hier freudig erregt mit Hosannahufen und Palmenzweigen begrüßt, so erscheint es in der Scene vor Pilatus, da es von dem milden Stathalter die Freiliegung des Barrabas fordert, als der verblendete, vom Haß der Psaffen zu wilder Leidenschaft aufgeschaltete Hölzer und beim Kreuzweg wiederum als die dunkel ihr Schicksal begreifende, des Führers beraubte Heerde.

Kräftig mit dem Einzuge Christi einsetzend, glebt die Handlung in ihrem weiteren Verlaufe den Räumen der Gegenspieler, dem Hin- und Herharden des Synedriums, der Bestechung und dem Verrath des Judas einen weiten Raum, um im Kreuzweg und in der Kreuzigung selbst ihren erschütterndsten Höhepunkt zu erreichen. Darstellungen, wie jene des Nathanael durch Sebastian Lang, des Pilatus

durch Thomas Rendl und des Kaiaphas durch Joh. Ev. Lang lassen beinahe vergessen, daß wir's mit bäuerlichen Schauspielern zu thun haben; die Rede dieser Männer findet geradezu dramatische Accente des Ausdrucks, und die Art, wie sie ihre prachtvollen Gewänder tragen, wäre erstaunlich, wenn wir nicht wüssten, daß die Oberammergauer in den Jahren, wo das große Passionsspiel ruht, ihre Fähigkeiten durch die Aufführung anderer Stücke, geistlichen und weltlichen Inhaltes, geschmeidig erhalten. Kein Wunder übrigens, daß der gesunde Realismus dieser Bauern sich die Darsteller nach der Eigenart ihrer äußeren und inneren Eigenschaften wählt, wie die Rolle wiederum auf jene zurückwirken mag. Der des Judas ist von der Natur mit einem rothen Bart versehen, während Peter Rendl mit seinem blässen, von langem Haar umwalteten Antlitzen einen wirklich unheimlichen Johanneck besitzt und Jacob Heit (Petrus) aus dem berühmten Dürer der Münchener Pinakothek herausgeschnitten scheint; das lange Haar ist ein Kennzeichen der Oberammergauer, auch der beim Spiel nicht oder noch nicht Mitwirkenden überhaupt, und sie sollen besondere Privilegien besitzen, welche ihnen geschenkt, dasselbe auch während ihrer militärischen Dienstzeit beizubehalten.

Der Darsteller des Christus — der „Christus-Mayer“ — bringt für seine Rolle, die er nun zum vierten Male durchführt, eine hohe und etwas gebeugte Gestalt, ein zwar nicht schönes, aber wie von Leid gebrechtes und durchfurchtes Antlitzen, eine singend trübe, aber nicht mißhonende Aussprache, und vor Allem eine Haltung mit, welche in allen Scenen seines handelnden und schweigenden Dulderthums eine hohe Gemessenheit und Würde bewahrt. Wer ihm im Privatleben begegnet, weiß, daß etwas Geisteigertes sich in seinem Wesen auch dort nicht verleugnet. Wenn er beim Abendmahl zu jedem einzelnen der Jünger herantritt oder bei der Fußwaschung, mit einem Handtuch umgürtet, die heilige Handlung an jedem einzelnen vollzieht, wenn er schwiegend vor Pilatus steht oder die Dornenkrönung an sich geschiehen läßt — immer trägt sein Gesicht denselben Ausdruck der Milde, welche den geahnten Dürer gegenwärtig nicht überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß diese Rolle an die körperliche Ausdauer ihres Darstellers geradezu unerhörte Forderungen stellt. Vor unseren Augen wird Christus ans Kreuz geschlagen, daß er mühsam und zuletzt liegend herbeigeschleppt hat, und das erst mit dem festgenagelten Körper emporgerichtet wird. Der Leib, in ein fleischfarbenes Tricotgewand gehüllt, ist mittels eines Mieders an das Marterholz geschnallt, die Füße finden in einem Pflock eine kleine Unterstützung. Alles das unsichtbar für das Auge und so wenig eine wesentliche Stütze bedeutend, daß der Körper frei zu schweben scheint und der Darsteller während der langen Dauer dieser Scene, die ihn obendrein noch mehrmals zu reden zwingt, das Opfer einer furchtbaren Ermüdung wird.

Die Anwesenheit der leise weinenden, in ihrem zurückgehaltenen Schmerze doppelt ergreifenden Maria, das wässre Gebahren der Hinter, das „Eli, Eli, lama asablan“ des zu Ende Ringenden, das

schaffung der Papier- und Zeitungssteuer, obwohl es schon vorher in London einige Tagesblätter mit starken Auflagen gab. Die Presse über noch immer große politische Macht aus und ihrem Erfolge und Unternehmungsgeschichte sei keine Schranken gesetzt. Selbst Afrika, mit alter Achtung vor Stanley, wäre ein Geschenk der Presse an die Civilisation. Die Aufsuchung Livingstone's und Bollendung seines Werkes wären in erster Reihe das Werk zweier Zeitungen — "Newspaper Herald" und "Daily Telegraph". Mr. Lawson schloss seine mit vieler Beifall aufgenommene Ansprache mit einem beredten Appell zu Gunsten der Kasse des Journalistenvereins. Die Bezeichnungen für den Wohlthätigkeitsfonds ergaben die Summe von nahezu 2000 Pf. St. Viel zur Verherrlichung des Festes trug ein gediegnes Concert bei, das von zahlreichen bewährten Künstlern, darunter der Geigenvirtuose Johannes Wolff, unter der Leitung des Herrn Wilhelm Ganz ausgeführt wurde.

Amerika.

Neben die neue Census-Aufnahme schreibt die "New-Y. O.-Z." unterm 1. Juni: Am nächsten Montag beginnt überall in der Republik zu gleicher Zeit die Census-Aufnahme, um die Zahl der Bevölkerung festzustellen, sowie eine Menge anderer theils wertvollen, theils wertlosen statistischen Materials zu sammeln. Man glaubt, daß es den Census-Beamten gelingen wird, ihre Arbeiten bis zum 1. Juli zu beenden; in unserer Metropole soll die Census-Aufnahme sogar nur zwei Wochen dauern. Wie bei dem in 1880 aufgenommenen zehnten Census, so wird auch diesmal wieder eine Masse von für die Statistik vollkommen nutzlosem Zeug angesammelt werden, das die Kosten nicht wert ist, die es verurteilt hat, und das, wenn es für den Augenblick wirklich von Werte sein sollte, denselben, wenn die betreffenden Daten endlich nach Jahren zum Sichter und zur Zusammenstellung gelangen, längst verloren haben wird. So war es, wie gesagt, früher und so wird es trotz der Erfahrungen, welche man in dieser Hinsicht gemacht, auch bei der bevorstehenden Census-Aufnahme sein. Was speziell die vorzunehmenden Erhebungen hinsichtlich der Personalien der Einwohnerchaft des Landes anbetrifft, so werden den Individuen seitens der Census-Beamten Fragen vorgelegt werden, wie z. B. ob der Betreffende an einer akuten oder chronischen Krankheit leide, ev. an welcher und wie lange, ob der Betreffende irgend einen Leibesbeschaden habe, ob er geistesgestört sei, ob er bereits in einer Strafanstalt oder einem Gefängnis gewesen u. s. w.? Diese Fragen sind nicht allein vollständig überflüssig, weil von absolut gar keinem Nutzen als statistisches Material, sondern geradezu unconstitutionell, da die Bundesregierung nicht das Recht hat, sich in die Privatverhältnisse ihrer Bürger einzumischen. Obwohl eine Strafe von 100 Dollars für die Nichtbeantwortung irgend welcher seitens der Censusbeamten gestellt, selbstverständlich von der Regierung vorgeschriebenen, Fragen vorgesehen ist, werden die oben erwähnten anstößigen Fragen doch von den wenigsten Personen beantwortet werden, weil eben, wie gesagt, die Regierung nicht berechtigt ist, dieselben zu stellen, geschweige denn eine Weigerung, sie zu beantworten, zu bestrafen. Die Zusammenstellung des betreffenden Fragebogens ist wieder mal eines der kostlosen und leichtsinnigen Machwerke unseres Congresses, wie diese biedere Körperlichkeit sie ab und zu von sich zu geben pflegt. Im Uebrigen darf man auf das Ergebnis des ersten Census immerhin gespannt sein, denn dasselbe wird in vieler Hinsicht recht interessant sein und dürfte manche Überraschungen auf statistischem Gebiete bringen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 13. Juni.

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben:

Professor Benzenberg schrieb aus Breslau am 8. November 1816 an den General Grafen Neithardt von Gneisenau unter Anderem: „Auch ist es thöricht, den Gelehrten große Gehalte zu geben. Sie und noch mehr ihre Weiber kommen dadurch in Versuchung, die Genüsse und die Bequemlichkeiten des Geldreichthums sich zu verschaffen und so auf ihren Gelehrtenadel zu verzichten. Jede Ehre geht zu Grunde, die einen anderen Maßstab für ihre Größe anerkennt, als

den, der in ihr selbst liegt.“ Wenige Tage nachher schreibt derselbe Herr von Breslau aus an dieselbe Adresse: „Dann habe ich Professor Menzel kennen gelernt, den Verfasser der Geschichten der Deutschen. Menzel ist ein armer hypochondrischer Schulmann, der 4 Kinder und 400 Thaler Gehalt und darüber murmurirt, daß man die Vertretung an den Grundbesitz knüpfen will, weil dadurch die Elite der Nation, die sich in Armut befindet, ausgeschlossen wird. Es ist Schade, daß er in keiner gemütlichen Hütte steckt, er könnte sonst sehr nützlich werden.“ Ob Menzel's ungemütliche Hütte und sein „Murmuren“ nicht die natürliche Folge seiner geringen Einkünfte gewesen seien und ob man nicht gut daran gehan hätte, den tüchtigen Professor des Magdalenen-Gymnasiums durch Aufbesserung seines Gehaltes von seiner Hypochondrie zu befreien und ihn so vielleicht „sehr nützlich werden“ zu lassen, das sagt der wohlwütige Herr Benzenberg nicht. Uebrigens scheinen sich die Ansichten über die Notwendigkeit, den akademisch gebildeten Lehrern höherer Unterrichtsanstalten ein den Zeitverhältnissen angemessenes Einkommen zu verschaffen, bis heutigen Tages von denen des genannten Herrn Benzenberg, der sonst für Gleichberechtigung der Bürger eintrat, wenig oder gar nicht zu unterscheiden. Hört man doch heutzutage sogar die Ansicht laut werden, daß die Gymnasiallehrer ja gar nicht zu heiraten brauchten, dann brauchten sie auch große Gehalte nicht und — wie sagt doch Benzenberg? — dann würden auch ihre Weiber, wenn sie solche sich zu gesellen doch entschlossen wären, nicht in Verführung kommen, die Genüsse und die Bequemlichkeiten des Geldreichthums sich zu verschaffen.

Es ist zu verwundern, daß unser Herr Cultusminister während der diesjährigen Verhandlungen über den Cultusetat nicht, wie Benzenberg im Jahre 1816, so noch 1890 die Sicherstellung des „Gelehrtenadels“ als Grund für die wieder nicht erfolgte Gehaltserhöhung der akademisch gebildeten Lehrer höherer Lehranstalten betont hat.

Der großen Menge gegenüber ist immer nur von Erhöhung der Beamtengehälter die Rede. Daß hieron die Lehrer höherer Unterrichtsanstalten wieder ausgeschlossen sind, wird nicht gefragt, und warum man sie hieron wieder ausgeschlossen hat, erst recht nicht. Ein stichhaltiger Grund für solche Zurücksetzung dürfte auch nicht gefunden werden. Der Cultusminister hat selbst zugestanden, daß nach amtlicher Feststellung von 1600 Lehrern — diesmal nicht Volkschullehrern — 128 unrechtmäßiger und unverdienterweise in ihrem Avancement zurückgeblieben sind. In Wirklichkeit würden sich, wie es in einem Artikel der „Danziger Zeitung“ vom 6. Juni cr. heißt, diese 7—8 Prozent um ein Bedeutendes erhöhen, da in dieser amtlichen Zusammenstellung wohl nicht alle Verhältnisse und nur die auffälligsten Unebenheiten berücksichtigt worden sind. Dieses Geständnis aus dem Munde des Ministers hätte doch, fährt das genannte Blatt fort, einen Sturm des Unwillens unter den Abgeordneten, unter denen so überaus viele sind, die das jus studiorum haben, hervorrufen müssen; weit gefehlt! Es hätte sogar auf die Bemerkung des Ministers, daß er dieses Verhältnis gar nicht so schlimm finde, auch nicht ein einziger Abgeordneter ein Wort der Entgegnung; selbst die Herren, die nur wenige Wochen vorher, als es sich um die Petition einiger schlesischer Gymnasien um Gleichtstellung mit den Richtern handelte, die feste Sicherung gemacht hatten, daß sie bei der Staatsberatung energisch für uns eintreten und nicht eher ruhen würden, als bis uns Gerechtigkeit widerfahren wäre, auch diese Herren schwiegen sich aus. Warum? Aus Wohlwollen gegen unsern Stand wahrhaftig nicht.

Wie oft ist den Gymnasiallehrern, unter denen wir alle akademisch gebildeten Lehrer hier verstehen wollen, die Berechtigung ihrer Forderung auf Gleichtstellung mit den Richtern erster Instanz zugestanden worden, wie oft und von wie vielerlei Seiten das Ungerechtigte in der Art ihrer Avancementsverhältnisse, bei denen von irgendwelcher Regelmäßigkeit keine Spur zu finden ist, offen anerkannt worden, und doch geht Niemand ernstlich an die Beleidigung selbst amlich festgestellter Ungerechtigkeiten.

Man plant eine Reform des gesamten höheren Unterrichtswesens,

und es ist hohe Zeit, daß die hierauf abzielenden Wünsche unseres Kaisers sich verwirklichen, wenn wir nicht weit hinter unseren westlichen und südlichen Nachbarn zurückbleiben wollen. Eine Reform der Art aber bliebe nur Stückwerk ohne gründliche Reform der Gehalts-, d. h. der Ascensionsverhältnisse der Gymnasiallehrer, durch welche ihnen ein Einkommen gesichert wird, das sie in ihrem schweren Berufe unabhängiger hinstellt, als das jetzt der Fall ist.

„Die Schule“, sagt Paul Güssfeldt in „Die Erziehung der deutschen Jugend“, „soll dem Leben vor Allem Menschen liefern, kräftige, gesunde, urtheilsfähige, energische junge Weltbürger, die freudig und hoffnungsvoll ins Leben treten, mit dem Bewußtsein, daß sie etwas leisten werden;“ und das von Güssfeldt ins Auge gesetzte Ziel der Schule liest, wenn es erreicht ist, „dem Staat Männer, welche durch Gesundheit, durch Beschränkung unberechtigter Ambition, durch Urtheil, Tüchtigkeit und Lebensfreude ein mildes, heiteres Licht um sich verbreiten, ihren Kindern zum Vorbild und dem Gemeinwesen zu festen Stützen werden.“

Wir sind ganz Güssfeldt's Meinung, nur möchten wir hinzufügen, daß, wenn aus den Schülern Männer nach Güssfeldt's Wunsch hervorgehen sollen, diese zunächst auch in ihren Lehrern ein tadelloses Vorbild von Tüchtigkeit, Verachtung „unberechtigter Ambition“ und strengster Unparteilichkeit und Gerechtigkeit vor sich sehen müssen. Dazu gehört aber, daß man Zustände beseitigt, durch welche unsere nur auf ihren Gehalt angewiesenen Gymnasiallehrer zumeist nach mancherlei Nebeneinnahmen trachten müssen, die nicht immer den Glauben an strenge Unparteilichkeit bei den Schülern zu festigen geeignet sind. Unseres Erachtens müßte ein Gymnasiallehrer, oder erst gar ein Gymnasialdirektor, niemals in die unerquickliche Lage gebracht werden, Pensionärvater und Lehrer in einer Person zu sein, oder Privatstunden Schülern derselben Anstalt zu ertheilen.

Mögen Staat und Städte bedenken, daß dauernde Zurückziehung die Berufsfreudigkeit erschlägt, und daß es an der Zeit ist, das Wort: Wie die Arbeit, so der Lohn, auch auf den erprobten Stand unserer Gymnasiallehrer mit gleichem Recht anzuwenden wie auf andere Beamte.

* * *

Neben dasselbe Thema erhalten wir von anderer Seite noch die folgende Zuschrift:

Da der dem Landtag vorgelegte Nachfragebetrag für 1890 betr. Erhöhung der Beamtengehälter die Lehrer der höheren Lehranstalten wieder gänzlich übergeht, obwohl die übrigen Beamtenkategorien bedacht sind, und da dies in Lehrerkreisen sehr schmerlich empfunden wird, so läge es nahe, diesem Gefühl in Zuschriften an die Abgeordneten, den Landtag und das Ministerium Ausdruck zu geben. Die Delegiertenversammlung der Provinzialvereine der Lehrer an höheren Schulen hielt jedoch Petitionen für aussichtslos (strauchig genug) und hat empfohlen, die Lage der Lehrer betreffende Wünsche der im Herbst einzuberuhenden Enquete-Commission vorzulegen. Der Vorstand des Schlesischen Provinzialvereins, zur Einsendung darauf bezüglicher Thesen aufgefordert, hat bei der Wichtigkeit der Sache die selbständige Auffassung von Thesen nicht übernehmen wollen und hat sämtliche Lehrer an höheren Schulen Schlesiens auffordern lassen, bis zum 23. Juni Thesen einzusenden. Er empfiehlt, sich auf die materielle Lage der Lehrer (Rang und Gehalt, Versorgung der Hinterbliebenen, Ascension &c.) zu beschränken, da über die Reorganisation der höheren Schulen und der Unterrichtsmethode die Ansichten noch weit auseinandergehen und die Thesen möglichst als Ausdruck der übereinstimmenden Wünsche des ganzen Lehrerstandes gelten sollen.

* Bischof Dr. Reinke traf heut mit dem um 4 Uhr von Berlin kommenden Zuge auf dem biesigen Central-Bahnhof ein und wurde von dem Kirchenvorstande und der Gemeindevertretung der biesigen altpfälzischen Gemeinde im Warte-Salon I. Klasse empfangen und begrüßt. Nachdem Pfarrer Hertel eine Ansprache an den Bischof gehalten und die Anwenden vorge stellt hatte, begab sich derselbe zu Wagen in Begleitung der Pfarrer Hertel und Ledwina nach dem Hotel „Galisch“, wo er Wohnung genommen hat.

leise zur Seite Neigen seines Hauptes beim Sterben, der Lanzenstich des römischen Hauptmanns, der die Seite des Gefeuerten mit Blutsfarbe, die Kreuzabnahme durch Joseph von Arimathaea und Nicodemus, die sich unendlich langsam und mit größter Vorsicht mittels umgeschlungener Linien vollzieht, und endlich die Bettung des Leichnams vor die Füße der Mutter — das gibt ein Ganzen von so erschütternder und doch niemals grausiger Wirkung, daß es schwer ist, zu sagen, ob die jedem Gemüth eingefangene Schau vor der Heiligkeit des Borgangs oder die stimmungsvoll ausgewählten und doch so auf ihren Gelehrtenadel zu verzichten. Jede Ehre geht zu Grunde, die einen anderen Maßstab für ihre Größe anerkennt, als

den,

Kein Anderer vor ihm hat wie Leopold von Raabe es verstanden, die Herrschaft der Ideen und großen Interessen mit der Greifbarkeit und Anschaulichkeit gewaltiger Naturbilder vor uns zu entrollen, und so mag es kommen, daß wir einen Band von ihm aus der Hand legen mit dem Hauptrindruck etwa, als hätten wir in ein bewegtes Nebelmeer geblickt, in dem es brodeln auf und niedergesteigt, in dem die Massen aufstrebten und sich verbrannten, bis sic, feste Form annehmend, unserem Auge entzündeten. Leopold von Raabe ist der Lehrer des jüngeren Geschlechtes von Historikern, und es gibt heute keine deutsche Geschichtsschreibung mehr ohne den genauen Nachweis der großen Geistesströmungen auch in jedem leiseften Pulschlag der Zeit, des Zusammenhangs scheinbar einander fremder Elemente.

Nun sind es die großen, glänzenden und darum berühmteren und bekannteren Epochen, in denen die leitenden Ideen, an Zahl geringer, an Intensität stärker, die heftigsten Gegensätze und, indem sie Alles in Mitleidenschaft ziehen, die auffälligsten Ereignisse hervorbringen; während, sobald diese Intensität abnimmt, die Anschauungen verworren werden, die Interessen sich zerplatten, die Kräfte erlahmen, Neues bedeutungsreich und ahnungsvoll sich regt, — das Geschichtsbild trüber wird, die Ereignisse rubbelos, sogar scheinbar bedeutungslos sich vollziehen. Das gerade solche Zeitschnitte indeß jedem, der für die Charakter-Entwicklung eines Volkes lebendigen Sinn besitzt, vom höchsten Interesse sein müssen, trog der berühmten Glanzperioden, die seine Gedichte aufweist, daß sie auf das Stärkste denjenigen fesseln werden, der weiß, daß es kein Moment giebt, das nicht mit Vergangenheit und Zukunft in unlöslicher Verbindung steht, liegt auf der Hand. Aber auch, daß die lichtvolle Darstellung einer solchen Epoche die größten Schwierigkeiten bereitet wird, denen nur ein Gelehrter gewachsen sein kann, der mit der vollständigen Beherrschung des Stoffes das feinste Gefühl für das Bedeutungsvolle und Wesentliche auch in scheinbar geringfügigen, verdeckten Neuerscheinungen verbindet, der Psychologie genug ist, das Etwas-Weniges und das Individuell-Besondere in jeder Thatlache zu erkennen und ihnen ihren Platz anzeweisen.

Theodor Lindner, der fürzlich in seiner „Die Rente“ betitelten Monographie bahnbrechende Neuforschungen auf einem bis dahin in geheimnisvollem Dunkel gehüllten Gebiete der deutschen Rechtsgeschichte mitgetheilt hat, erweist sich auch in seiner „Deutschen Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern (1273—1437)“, bis jetzt in sechs Lieferungen, welche die Zeit von 1273—1347 umfassen, vorliegend, die den hohen Anforderungen durchaus gewachsen. Die logische Interpretation der Thatsachen ist ein Erfahren, das, je nadem es in vollster Objectivität oder von einem Parteistandpunkte aus in Anwendung gebracht wird, vom größten Segen und vom größten Nachteil begleitet sein kann. Wir dürfen behaupten, daß es hier mit höchster Gewissenhaftigkeit gelöst erscheint. Sein Patriotismus hat den Verfasser nicht verleitet, die Regierungshäupter zu Ungunsten des Papstthums herauszustrecken. Wir sehen jene Gestalten wie Rudolf von Habsburg, Heinrich VII., Ludwig den Baiern mit ihren Fehlern und Schwächen neben ihren großen Eigenschaften echt menschlich und echt fürstlich vor uns stehen; wir begreifen die Ausschreitungen des Papstthums als die Kehrseite der großen und gewaltigen Aufgabe, an die es sich gebunden fühlt. Unbestritten in seinem Urtheile, weiß der Verfasser jedem Standpunkte Gerechtigkeit widerzuhören zu lassen. Ein

trauriges Capitel ist und bleibt das von den deutschen Kurfürsten und dem königlichen Handel, den sie mit der Kaiserkrone getrieben haben; indem wir die ganze so sammervoll zerfahrene Zeit beobachten sehen wir in ihrem Verhalten nur ein besonderes deutsches und scharfes Spiegelbild jener Zustände, ein Bild, das beweist, wie Seiten allgemeiner moralischer Unsicherheit in den Begriffen des Schicklichen und Ehrenhaften auch von Natur nicht unedle Gemüther verwirren, wie nicht nur Macht und Recht damals in Frage gestellt waren, sondern selbst die Prinzipien, aus denen sie sich entwickeln konnten; man wird diese Abschnitte daher immer mit Bedauern, aber auch nicht ohne Mitleid sehen, und man wird um so lieber geneigt sein, die an die Spitze des Staatswesens gestellten Fürsten nachstichtig zu beurtheilen, wenn man erwägt, welches die finanziellen, juridischen und moralischen Schwierigkeiten waren, unter denen sie das Banner des Reiches zu behaupten hatten. Denn thätsächlich hatte jeder einzelne jener deutschen Könige sich eigentlich erf die Macht zu schaffen, welche den Untergrund zur Ausübung seiner gewaltigen Pflichten und Hoheitsrechte abgeben sollte. Und derartig waren diese Schwierigkeiten, daß sie einem Heinrich VII. und Ludwig dem Baiern, die hochberührt und größer in ihren Auffassungen und Zielen waren als die ersten Habsburger, ein Geschick bereiteten, das unendlich tragischer war als der blutige Ausgang eines Albrecht I.; wenn anders die Tragik qualvoller innerer Kämpfe, die das Erbtheil derer sind, in deren Bewußtsein sich die Gegenseite ihrer Zeit begegnen, gescheiteter Unternehmungen, unheilvoller Mißgriffe und eines mitten aus großen Plänen abberufenen Lebens größer ist als die eines gewaltigen Endes, das als das Resultat gewaltiger Handlungen betrachtet werden darf.

Mit dem gleichen Verständniß wie die Züge der hohen Politik und die Verwicklungen der europäischen Angelegenheiten sind die Bewegungen innerhalb des Volkslebens dargestellt: das langsame Erwachen neuer Auffassungen in den untersten Ständen; das stürmische neuer Empfindungsweisen, die Urtypisch an die Stelle formal erstarter Gefühlsausdrücke vergangener Geschlechter zu setzen trachten; das starke Freiheitsgefühl eines fernhaften Volkes wie der sich empörenden Schweizer, deren Recht ihren Herren gegenüber kein gültig verbrieft war, sondern das Hoheitsrecht der stärkeren ethischen Geltung; die derbe Lebenslust eines von hohen Zielen abgedrangten Geschlechts, das Uppigkeit und Glanz an Stelle des Großen setzt.

Wenn wir somit Lindner überall die Wege wandeln sehen, die sein großer Lehrer Raabe der deutschen Geschichtsschreibung vorgezeichnet hat, so gibt es doch auch Momente, in denen er sich von ihm unterscheidet. Und hier möchte ich vor Allem hervorheben: das tactvole Abwenden der geistigen Potenzen, wie sie sich in allgemeinen Zeittenden und hervorragenden Individualitäten darstellen. Auch Raabe hat Charakteristiken einzelner Persönlichkeiten, die unübertroffen dastehen, und es mag hier an diejenigen der großen Päpste, der bedeutendsten französischen Könige oder der Elisabeth von England erinnert werden, aber die Herrschaft der Ideen übertragt in seiner Auffassung so gewaltig alles Einzelne, sie ist so ausschließlich der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht!, daß selbst die großen Individualitäten fast mehr wie eingemauerter Karyatiden dastehen, die das Gebälk der leitenden Ideen ihrer Zeit stützen und tragen. In Lindners Geschichtsschreibung tritt zwar die Herrschaft der Gedanken nicht zurück, aber von dem gewaltigen Hintergrunde lösen sich die Gestalten in warmer Lebensfülle los, ihr Persönliches ist nicht nur Erscheinung, sondern aus eigener Kraftfülle wirkende That, Menschliches reicht aus alter Zeit zu Menschlichem herüber; an Stelle der Vorführung gewaltiger dynamischer Erschütterungen haben wir Gemälde von farbenreicher Lebendigkeit; wo wir sonst bewundert haben, dürfen wir uns hier zugleich ergriffen fühlen, und der hellende Eindruck einer vollständigen Analogie geistiger und mechanischer Gesetze ist gehoben.

Victor Valentin.

Litterarisches.
Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern (1273 bis 1437) von Theodor Lindner. (Bibliothek deutscher Geschichts- herausgegeben von H. v. Zwiedinek-Südenhorst. Stuttgart, Totta.)

Die Geschichtswissenschaft hat vor andern Wissenschaften den Vortzug, daß sie die Resultate ihrer mühseligen Forschungen in einer Weise ans Licht stellen darf, die diese nicht nur einer kleinen Zahl von Gelehrten wertvoll und interessant macht, wie etwa die Ergebnisse philologischer und naturwissenschaftlicher Untersuchungen, sondern daß sie — im besten Sinne populär — auf die lebhafte Theilnahme auch weiterer gebildeter Kreise rechnen darf. Demnach scheint bei aller Verschiedenheit der Ziele, Methoden und Interessen eine gewisse Analogie der Erdeinheitsformen gerade zwischen Historie und Naturwissenschaften sich aufzudrängen. Denn indem wir die Schicksale vergangener Jahrhunderte betrachten, die Aneignungen einer Zeit studiren, die scheinbar kaum noch Beziehungen zu ver-

Zur Saat

Empfehlung in besten keimfähigen Qualitäten 1889er Ernte unter Garantie Silberhaide, schlesische u. importierte Knörrich, kurzen u. langrankigen, Incarnatklee, frühesten, [6288] Senf, gelben oder weissen, Stoppeirüben, echt bairische, Blaasen-Turnips, echt schottische. Muster nebst billigsten Preissorten, sowie Preisverzeichnisse stehen auf Wunsch sofort zu Diensten.

Oswald Hübner,
Breslau, Christophoriplatz 5.



Vertreter in Breslau: L. Quenstedt.

Antiasthmaticum

vorzügliches Mittel gegen Asthma, verarbeitet in Schachteln mit Gebrauchs- anweisung à 1 M. geg. Nachnahme die Rathsapotheke in Grabow i. M.

| Gewinnplan der V. Klasse: | | |
|---------------------------|--------------|-----------|
| 1 à 600000 | Mk. | 600000. |
| 1 à 500000 | " | 500000. |
| 1 à 400000 | " | 400000. |
| 2 à 300000 | " | 600000. |
| 3 à 200000 | " | 600000. |
| 4 à 150000 | " | 600000. |
| 10 à 100000 | " | 1000000. |
| 20 à 50000 | " | 1000000. |
| 10 à 40000 | " | 400000. |
| 10 à 30000 | " | 300000. |
| 20 à 25000 | " | 500000. |
| 40 à 20000 | " | 800000. |
| 100 à 10000 | " | 1000000. |
| 150 à 5000 | " | 750000. |
| 200 à 3000 | " | 600000. |
| 500 à 2000 | " | 1000000. |
| 1058 à 1000 | " | 1058000. |
| 5384 à 500 | " | 2692000. |
| 7514 | Gew. mit Mk. | 14400000. |

Zahlbar nur in baar.

Zur Haupt- und Schlussziehung

der

Schlossfreiheit-Lotterie

vom 7.-12. Juli cr. empfehle und versende ich

Originalloose (88 Mark unter amtlichen Preis)

1/1 M. 112, 1/2 M. 56, 1/4 M. 28, 1/8 M. 14.

Antheilloose

1/16 M. 2.50, 1/32 M. 3.25, 1/64 M. 2.

→ Jeder Auftrag wird sofort ausgeführt!

D. Lewin, Bank- u. Lotteriegeschäft,
Berlin C., Spandauerbrücke 16.

Reichsbank-Giro-Conto. — Telegr.-Adresse: „Goldquelle“ Berlin.

Fernsprecher V. 3004.

[2808]

Nach gegenseitigem Uebereinkommen bleiben die hiesigen Herren- und Knaben-Confections-Geschäfte bis auf Weiteres an Sonn- und Festtagen von Nachmittags 2 Uhr ab geschlossen.

[7065]

Reichenhall, Bayer. Kurhaus Achselmannstein, Hochalpen, gegründet 1845. Prospectus gratis u. freo.

47ster Jahres-Bericht

der

MUTUAL

Lebensversicherungs-Gesellschaft von New-York.

Director und General-Bevollmächtigter:

Carl Freiherr von Gablenz, 130 Leipziger Strasse, Berlin.

Einnahmen.

Gewinn- und Verlust-Conto.

Ausgaben.

| | M | A | | M | A |
|--|-------------|----|--|-------------|----|
| An Saldo-Vortrag von 1888 | 495,456,473 | 10 | Per Zahlungen an Policen-Inhaber: | | |
| Prämien für Lebensversicherungen | | | Für Todesfälle und Ausstattungen | 40,693,028 | 56 |
| und Leibrenten | 100,843,399 | 47 | incl. Dividenden | 352,176 | 17 |
| Zinsen, Miethen und Coursgewinn | 31,412,433 | 91 | " Leibrenten | 13,829,654 | 19 |
| | | | " zurückgekaufte Policen | | |
| | | | " an die Versicherten ausge- | | |
| | | | zahlte Dividenden | 9,727,726 | 70 |
| | | | " Commissionen und Agentur-Un- | 17,937,551 | 32 |
| | | | " kosten | 1,407,311 | 76 |
| | | | " Steuern | 7,977,937 | 39 |
| | | | " sämtliche andere Unkosten | 535,786,920 | 39 |
| | | | " Saldo-Uebertrag auf 1890 | | |
| | | | | 627,712,306 | 48 |

Activa.

Bilanz-Conto.

| | M | A | | M | A |
|---|-------------|----|---|-------------|----|
| Grundeigenthum und Gebäude | 52,626,149 | 49 | Reserve der in Kraft befindlichen Policen, einschliesslich der schon fälligen Ansprüche | 538,153,517 | 46 |
| Erste Hypotheken | 242,161,981 | 32 | Vorauszahlte Prämien | 508,820 | 76 |
| Kurzfällige Darlehne gegen Unter- pfand | 41,843,375 | — | Reiner Ueberschuss über alle Verbindlichkeiten zu Gunsten der Versicherten (die Reserve zu 4 p.Ct. berechnet) | 41,043,305 | 87 |
| Vereinigte Staaten-Bonds und andere Obligationen und Actien | 199,815,959 | 19 | | | |
| Baar und Bank-Depositen | 12,701,689 | 36 | | | |
| Aufgelaufene und fällige Zinsen | 3,918,178 | 02 | | | |
| Fällige Miethen | 331,408 | 20 | | | |
| Marktwert der Actien und Obligationen über Buchwert | 14,058,787 | 50 | | | |
| Gestundete und ausstehende Prämien | 11,257,829 | 38 | | | |
| Guthaben bei Agenten | 57,659 | 79 | | | |
| Diverse | 932,626 | 84 | | | |
| | 579,705,644 | 09 | | 579,705,644 | 09 |

Geschäft in Deutschland während des dritten Betriebsjahres 1889.

Erledigt wurden:
Hier vor wurden abgelehnt
bezw. nicht eingelöst: 198 Anträge über Capital M. 12,949,250.—
Perfect wurden demnach: 720 " " " " 10,814,550.—
Am 31. 12. 1888 waren in Kraft: 696 Policen " " " 9,921,650.—
Am 31. 12. 1889 " " 1344 mit jährlicher Prämien-Einnahme von " 19,539,100.—
sowie einmaligen Zahlungen von " 878,366.—
Ausserdem: 23 Leibrenten-Policen mit jährlicher Rente von " 17,243.—
woran M. 286,003.— Capital eingezahlt wurden. " 18,482.—

1887 wurden erledigt 287 Versicherungs-Anträge über Capital M. 4,289,425.—
1888 " " 612 " " " " 8,166,350.—
1889 " " 918 " " " " 12,949,250.—

Die Special-Direction für die Provinzen Schlesien und Posen und das Königreich Sachsen: Theodor Müller, Breslau, Bischofsstrasse 2.
Der General-Agent: S. Stein, Breslau, Alexanderstr. 26.

Robey & Comp., Lincoln, Locomobilen und Dreschmaschinen

D. R.-Patent Nr. 50456

in allen Größen, in bekannter vorzüglichster Construction, mit allen neuesten Verbesserungen, Trommelschüzer u.c.

Volle Garantie für größte Leistungsfähigkeit und marktfähigen Drus.

Locomobilen und Dampfmaschinen für industrielle Zwecke.

Centrifugal-Pumpen von größter Leistungsfähigkeit.

→ Transportable Feld- u. Industriebahnen.

Kataloge, Preise, sowie zahlreiche, ohne Ausnahme vorzügliche Bezeugnisse jederzeit zur Verfügung.

[6674]

Filiale Breslau, 11 Kaiser Wilhelmstrasse.

Ingendschriften.

Berlag von Eduard Trewoldt
in Breslau.

Armand, Die gerannten Kinder. Eine Erzählung aus Teras für die Jugend. Mit 4 bunten Bildern. Eleg. gebbd. 5 Mt. 25 Pf.

Schreudt, Wilhelm, Pytheas von Massilia und seine Meerfahrt nach dem Bernsteinlande. Mit 12 Illustrationen und einer Karte. Elegant gebunden 6 Mt.

Hoffmann, Julius, Der Waldläufer. Erzählungen aus dem amerikanischen Waldleben nach Gabriel Ferry. Mit 12 Illustrationen. 10. Auflage. Eleg. gebd. 7 Mt.

Hoffmann, Friedrich, Columbus, Cortez und Pizarro. Geschichte der Entdeckung und Eroberung von Amerika. Mit 12 Illustr. und einer Karte. 4. Auflage. Eleg. gebunden 8 Mt.

Mügge, Th., Afaja. Nordische Erzählung. Eleg. gebd. 4 Mt.

Müller, Carl, Die jungen Elefantenjäger. Mit 6 Illustr. Gebunden 5 Mt. 25 Pf.

→ Vade de Gama oder die Auffindung des Seeweges nach Indien. Mit vielen Holzschnitten. Elegant gebd. 5 Mt.

Roth, Richard, Pilger und Krenz- fahrer. Aus Palästinas Gegenwart und Vergangenheit. Mit vielen Holzschnitten u. 1 Karte. Eleg. gebunden 7 Mt. 50 Pf.

Stein, Wilhelm, Prärieblume unter den Indianern. Mit 8 Illustrationen. 5. Auflage. Elegant gebunden 5 Mt.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.



T Gottesdienste. St. Elisabet. Früh 6: Sub-Senior Schulze. Borm. 9: Senior Neugebauer. Nachm. 2: mit der Maria-Magdalenen-Gemeinde vereinigt. Beichte und Abendmahl früh 7: Sub-Senior Schulze und Borm. 10½: Diaconus Konrad. — Jugendgottesdienst. Borm. 8: Diaconus Gerhard. — Mittwoch früh 7½: Sen. Neugebauer. — Morgenandachten täglich früh 7½: Hilfspred. Leibfeld.

Begräbniskirche. Borm. 8: Cant. Jordan.

Krankenhospital. Borm. 10: Prediger Missig.

S. Trinitatis. Borm. 9: Prediger Müller. — Dienstag Borm. 9: Pred. Müller.

S. Maria-Magdalena. Früh 6 (St. Christophori): Diaconus Müller. Borm. 11 (Elisabethkirche): Past. May. Nachm. 2: Diaconus Gerhard. Beichte und Abendmahl früh 6½ (St. Christophori) und Mittags 12 (Elisabethkirche): Sen. Klüm. Jugendgottesdienst Borm. 10½ (Armenhaus): Diaconus Müller.

Armenhaus. Borm. 9: Prediger Liebs.

Arbeitshaus. Borm. 10½: Prediger Liebs.

S. Bernhardin. Früh 6: Hilfspred. Schneider. Borm. 9: Propst D. Treblin. Nachm. 2: Dial. Jacob. Jugendgottesdienst Borm. 11½: Hilfsprediger Schneider. Beichte und Abendmahl früh 6½ und Borm. 10½: Diaconus Lie. Hoffmann.

Bernhardinshospital. Mittwoch Abend 6: Propst D. Treblin.

Hofkirche. Borm. 10: Pred. Missig. Jugendgottesdienst Borm. 11½: Pastor Dr. Elsner.

Erlaufsend Jungfrauen. Borm. 9: Past. Weingärtner. Nach der Amtspredigt Abendmahlfeier durch Past. Weingärtner. Nachm. 2: Dial. Goldmann. Borm. 8: Jugendgottesdienst Hilfsprediger Semeraf.

S. Salvator. Borm. 9: Pastor Ehler. Nachm. 2: Dial. Weis. Beichte und Abendmahl früh 8: Senior Meyer und Bormittag 10½: Pastor Ehler. Jugendgottesdienst Borm. 11: Sen. Meyer. — Freitag Borm. 8: Beichte und Abendmahl: Dial. Weis. — Amtswöche: Dial. Weis.

S. Barbara. Borm. 8½: Pastor Kutta. Nachm. 2: Pred. Kristin. Beichte: Pastor Kutta.

Militärgemeinde. Borm. 11: Divisionspfarrer Kolekpe.

S. Christophori. Borm. 9: Pastor Günther. Nachher Abendmahlfeier: Pastor Günther. Bormittag 11, Jugendgottesdienst: Pastor Günther. Nachm. 5, Bibelstunde in Treschen: Past. Günther.

Bethanien. Borm. 10: Hilfsprediger Wiemer. Nachm. 2, Kinder-gottesdienst: Hilfspred. Wiemer. Nachm. 5: Cant. Wolsburg.

Evangelisches Vereins haus. Bormittags 10: Pastor Schubart. Nachm. 12½, Kindergottesdienst: Past. Schubart. — Montag Abend 7, Bibelstunde: Past. Schubart.

Brüdergemeinde. Bormittag 10: Prediger Mosel. — Montag Abend 7, Missionsstunde: Pred. Mosel.

Missionsgemeinde im Brüdersaal. Nachm. 2, Kindergottesdienst: Pastor Becker. Nachm. 4, Judentumsgottesdienst: Pastor Becker. Bethlehem (Adalbertstr. 24) Borm. 10½: Past. Becker.

S. Corpus-Christi-Kirche. Sonntag, 15. Juni, Altkatholischer Gottesdienst, früh 9 Uhr, Predigt: Allgemeine Buße und Abendmahlfeier und Firmung: Bischof Dr. Reinens.

Freie Religionsgemeinde. Sonntag, 15. Juni, früh 9½ Uhr, Erbauung: Cant. Schmidt.

* **Fünfhundert-Marck-Noten des Leipziger Kassenvereins.** Demnächst erfolgt die Einziehung der Fünfhundert-Marck-Noten des Leipziger Kassenvereins. Die aufgerufenen Noten werden vom Tage der ersten Bekanntmachung bis zum 31. Juli d. J. bei der Kasse des Kassenvereins im Locale der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig) und bei der Deutschen Bank in Berlin gegen Baargeld umgetauscht. Nach dem 31. Juli d. J. hören die mit der Firma des Leipziger Kassenvereins umlaufenden Noten auf, Zahlungsmittel zu sein, sie behalten jedoch die Kraft einfacher Schuldscheine und werden als solche bei der Kasse des Leipziger Kassenvereins bis zum Ablauf des Jahres 1891 eingelöst.

* **Der Circus Renz** bleibt nur noch wenige Tage in Breslau, trotzdem die Vorstellungen allabendlich vor gefülltem Hause stattfinden. Morgen Sonnabend, den 14., findet für Franz Renz und dessen Sohn Oscar eine Benefiz-Vorstellung statt. Es soll eine wahre Gala-Vorstellung werden, bei welcher die beiden Beneficianten sich in ihren Glanzviesen produzieren werden. Sonntag, den 15., wird die letzte Nachmittags-Vorstellung abgehalten. Bis Dienstag, den 17., bleibt die Pantomime im dunklen Erdtheil auf dem Repertoire, und mit einem von Director Renz arrangerter allegorischen Festspiel schließt Mittwoch, 18. d. M., die diesjährige Spielzeit. Noch in derselben Nacht um 1 Uhr erfolgt mittels Extrazuges die Abreise des gesamten Personals nach Hamburg.

-d. **Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes.** In der zahlreich besuchten Versammlung vom 11. d. M. machte der Vorsitzende, Kaufmann Paulisch, sehr allgemein gehaltene Mittheilungen über die Audienzen, welche er im Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des deutschen Verbandes, dem Senator Schulz-Gitsborn, in Berlin gehabt. Der Reichskanzler von Caprivi und der Handelsminister von Berlepsch hätten es abgelehnt, sich über die vorgetragenen Wünsche näher zu äußern. Sie hätten aber die Deputation an den Geh. Rath König im Ministerium für Handel und Gewerbe gewiesen, welcher gewünschte Auskunft geben könnte. Mit diesem habe eine ausführliche Ausprache über die Consumentvereine stattgefunden. Derselbe habe seine Mitwirkung dafür in Aussicht gestellt, daß die Consumentvereine auf die gleiche Stufe mit den Kaufleuten gestellt würden. Wenn eine solche Anerkennung aus dem Munde eines Mannes komme, welcher die rechte Hand des Handelsministers sei, so dürfe man sich guter Hoffnung hingeben. In überaus liebenswürdiger Weise habe der Minister von Bötticher die Deputation empfangen und sich auf eingehende mit ihr unterhalten. Derselbe habe nicht zu viel versprechen wollen, aber die Zusicherung gegeben, die vorgelegten Wünsche genau zu prüfen. Er habe ferner den Rath erheitet, daß sich die Interessenten zu menschlichen sollten. Nur dadurch könnten sie ihr Ziel erreichen. Der Einzelne würde vom Reichstage nicht gehört werden. — Im Weiteren machte der Vorsitzende davon Mittheilung, daß der Anschluß des Verbandes oberschlesischer Kaufleute, welcher gegenwärtig in Neustadt zu Berathungen zusammengetreten sei, an den Provinzial-Verband nach einem Telegramm so gut wie geschehen sei. (Vergl. den Bericht aus Neustadt O.S. im gestrigen Abendblatt.) Im Anschluß an diese Nachricht brachte der Vorsitzende ein Hoh auf die oberschlesischen Vereine aus. Hierauf gab Bäcker-Obermeister Prüssig einen beßrig aufgenommenen Bericht über die Verhandlungen des jüngst zu Berlin abgehaltenen deutschen Handwerkerfestes und glaubte versichern zu dürfen, es liege in dem Wunsche von Regierungskreisen, daß die Gewerbetreibenden sich fleißig an den Wahlen beteiligten, damit Männer nach Berlin geschickt würden, welche die Ansichten der Gewerbetreibenden zum Ausdruck brächten und vertraten. Sodann wurde in einer Besprechung über die Sonntagsruhe im kaufmännischen Gewerbe eingetreten. Nachdem der Vorsitzende auf die in Aussicht stehenden diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, vertrat Herr Biller die Ansicht, daß die Sonntagsruhe für die Geschäftsgeschäfte kommen werde, man möge wollen oder nicht. Bei der jüngsten durch die Sozialdemokratie hervorgerufenen Strömung werde nur immer auf die Arbeitnehmer Rücksicht genommen. Die Arbeitgeber könnten selbst sehen, wie weit sie kämen. Er (Redner) sei einverstanden, daß die Sonntagsarbeit im kaufmännischen Gewerbe eingeschränkt werde, aber ganz könne sie nicht unterdrückt werden, weil sie notwendig sei. Es würde sich empfehlen, eine Commission zu wählen, welche die Frage der Sonntagsruhe in Berathung ziehe. Zu den Berathungen sollten auch Arbeitnehmer zugezogen werden. Man werde hierbei zu Beschlüssen kommen, die vielleicht auf die diesbezügliche kommende Gesetzgebung Einfluß gewinnen könnten. Kaufmann Kaiser hält die gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe vom religiösen Standpunkt, wie in Rücksicht auf das Erholungsbedürfnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern für wünschenswert. Ein Gesetz, wie es jetzt in der Commission angenommen worden, würde die Kaufleute, welche Personal beschäftigen, schädigen, insofern diejenigen kleinen Kaufleute, welche keine Leute beschäftigen, nicht gewonnen werden könnten, ihr Geschäft zu schließen. Er (Redner) habe in jüngster Zeit die Erfahrung gemacht, daß auf dem Wege freimülliger gegenwärtiger Vereinbarung eine bestimmte Sonntagsruhe nicht zu erzielen sei, weil sich immer einzelne ausschließen. Es wäre vielleicht besser, wenn die einzelnen Bundesstaaten die Regelung der Sonntagsruhe je nach den in ihren Ländern hervortretenden Bedürfnissen in die Hand nehmen möchten. Es sei überhaupt schwer, für den Handel mit Lebensmitteln eine strenge Sonntagsruhe einzuführen. Die hiesigen Bäckermeister seien mit einer Schließung des Geschäfts für den ganzen Sonntag nicht einverstanden. Nun seien kleine Kaufleute gezwungen, auch Brot zu führen. Wenn nun der Kaufmann sein Geschäft während des ganzen Sonntags geschlossen halten möchte, der Bäcker aber nicht, so würde der Erstere sehr geschädigt

werden. Er (Redner) weise ferner darauf hin, daß von Kaufleuten auch Artikel geführt würden, deren Verkauf auf ärztliche Verordnung erfolge. Sei nun Sonntags das Geschäft geschlossen, so müßte das Publikum dieselben Waaren aus der Apotheke teurer bezahlen. Im Weiteren befürwortet Redner die Wahl einer Commission. Bäcker-Obermeister Prüssig thieilt mit, daß der deutsche Bäcker-Verband „Germania“ bereits eine Petition an den Reichstag gerichtet habe, dahingehend, daß die Bäcker nicht unter das Gesetz, betreffend die Sonntagsruhe, fallen sollen. Nach weiterer Debatte, in welcher insbesondere die englische Sonntagsruhe zur Gründung gelangte, wurde nach dem Antrage des Herrn Biller eine Commission von 15 Vereinsmitgliedern gewählt, welche die Frage der Sonntagsruhe berathen soll. Die Commission erhält das Recht, sich durch Arbeitnehmer zu cooptiren. — Aus den weiteren Mittheilungen des Vorsitzenden seien noch folgende hervorgehoben: In Laurahütte hat sich ein zunächst aus 23 Mitgliedern bestehender Verein mit gleichen Tendenzen gebildet und dem Verbande angeschlossen. — Die Schwefelholzfabrik von J. Huch in Potschau thieilt durch Schreiber mit, daß sie an den Consumverein nie billiger, als an Kaufleute, und in letzter Zeit überhaupt nicht mehr geliefert habe. — Von Berlin ist ein Aufruf zur Unterschrift einer Petition eingegangen, in welcher der Reichstag ersucht werden soll, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um unter Anlehnung an das Votum vom 16. Mai 1889 zwischen Lieferungskanal und dem börsenmäßigen Terminkandel, soweit ein solcher in Naburungsmitteln und sonstigen untermehrlichen Verbrauchsgegenständen betrieben wird, im Wege der Geleitgabung die Grenzen zu ziehen. In Rücksicht auf die Auswüchse, welche der Waaren-Terminkandel gezeigt habe, kann der Vorsitzende den Mitgliedern nur empfehlen, die Petition zu unterzeichnen. Herr Biller möchte von dem Unterschreiben der Petition abrathen, so lange nicht von sachkundiger Seite eine gründliche Größerung über das Wesen des Terminkandels gegeben sei. Der Terminkandel sei international. Wenn derselbe in Deutschland verboten würde, so würde dies zu Deutschlands Schaden geschehen. Der Terminkandel sei doch nicht gerade in die Wolken gebaut, sondern habe einen soliden Hintergrund, auf dem sich freilich auch Auswüchse entwickeln könnten. Wo aber kommt dies nicht vor? Der Vorsitzende betont nochmals, daß es sich in der Petition ausdrücklich um Befreiung der Auswüchse handle. Er schloß hierauf die Versammlung, nachdem er zuvor mitgetheilt, daß in den Monaten Juli und August die Vereinsversammlungen ausfallen.

* **Versammlung von Schlossern und Maschinengänsen.** Am Mittwoch Abend fand im Buttel'schen Locale auf der Gräbschenerstraße eine ziemlich schwach besuchte Versammlung von Schlossern und Maschinengänsen statt, in welcher über den in Gotha abgehaltenen Fachcongres Bericht erstattet wurde. Als wesentlichster Beschluß dieses Congresses wurde folgende Resolution verlesen: „Der Verein erachtet den Abschluß der Hamburger Schlosser und Werkarbeiter, weil die derselben von ihrem Recht als Staatsbürger Gebrauch machen sich einer gesetzlich erlaubten Vereinigung zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen angelassen haben und sich nunmehr weigern, auf Verlangen der Fabrikanten ohne Weiteres aus der Organisation auszutreten, für eine widerrechtliche Bergewaltung der Arbeiter und eine neue Form der Sklaverei, und es sei daher beschlossen: a. die Hamburger Ausgeschlossenen mit allen möglichen Mitteln zu unterstützen und zwar durch Aufbringung von Mitteln zur Organisation eines thatkräftigen Widerstandes, b. Fernhaltung jedes Zuganges, c. möglichst Vermeidung von Streiks in allen übrigen Städten Deutschlands während der Dauer des Ausstandes in Hamburg.“ — Die Versammlung schloß sich dieser Resolution an.

-d. **Taubstummen - Unterrichts- und Erziehungs-Anstalt in Breslau.** Die größere Ausdehnung genannter Anstalt hat auch im Jahre 1889 gröbere Anforderungen an die Kräfte der Vereinsmitglieder und der Lehrkräfte gestellt. Aus der Verwaltung sind Professor Dr. Kramuzki und Particulier Täbel ausgeschieden, für die noch ein geeigneter Ersatz gefunden werden soll. Der Gesundheitszustand der Lehrer und Böglinge hat zwar hier und da im vergangenen Jahre einige Säuerungen erfahren, war aber im Ganzen kein ungünstiger. Die Anstrengungen an die Mittel des Vereins sind größer geworden, während die Einnahmen mancher Capitalen und die Beiträge von verschiedenen Seiten her geringer geworden sind. Die Verwaltung wiederholt deshalb in ihrem Jahresbericht die Bitte um Liebesgaben für ihre Anstalt. Zu den früheren Leistungen tritt besonders die Uebernahme des Pensionsfonds und des Lehrer-Wittwen- und Waisenfonds mit der Aussicht auf erhöhte Bedürfnisse hinzu. Am Schluß des Jahres 1888 befanden sich 287 Böglinge (einschließlich 30 Schulgänger) in der Anstalt. Von diesen schieden aus 35, während 46 neu aufgenommen wurden. Am Schluß des Jahres 1889 waren mithin 298 Böglinge (einschließlich 29 Schulgänger) vorhanden. In Legaten fielen der Anstalt im Jahre 1889 zu: 180 M. vom Stabsarzt a. D. Dr. Aug. Heinrich, 300 M. vom Regierung-Secretär H. Brehm, 1000 M. von der verwitweten Frau Schmidmeister Bertha Tanner, geborene Nienig, 525 M. von Fräulein Franziska Jonas in Glatz, 600 M. vom Rentier Johann Weinert, 300 M. vom Particulier Severin Dzemborowicz. Ferner sind der Anstalt neben den Mitgliederbeiträgen auch verschiedene größere Geldgeschenke zugeschlagen. Im Rechnungsjahr 1889/90 betrug die Gesamteinnahme 187 361,35 M., die Gesamtausgabe 181 731,04 M. Bei der Verwaltung des Pensionsfonds auf 4409,07 M., bei der Verwaltung der Wittwenfasse der ordentlichen Lehrer mit 2784,93 M., bei der Verwaltung der Wittwenfasse der ordentlichen Lehrer mit 492 346,15 Mark, davon gehören 37 500 M. dem Lehrer-Pensionsfonds und 21 850 M. dem Lehrer-Wittwen-Pensionsfonds an. Außerdem besitzt die Anstalt noch das Grundstück Sternstraße 32/34 mit dem Institutsgebäude (mit 166 500 M. versichert), das Grundstück Sternstraße 36 und Mon Hauptstraße 1 mit dem zu 66 700 M. verjüngten Lehrerwohnhouse, und das mit 66 000 M. versicherte Mobilier. — Die Prüfung der Böglinge findet am 30. d. M. Nachmittags 2 Uhr statt. Die Confirmationen der Böglinge werden am Sonntag, den 29. d. M., Borm. 9½ Uhr, für die katholischen in der Pfarrkirche zu St. Matthias, Borm. 10½ Uhr für die evangelischen in der Pfarrkirche zu Erlaufsend Jungfrauen erfolgen. — Anmeldungen und Anfragen find an den technischen Leiter der Anstalt, Director Bergmann (Sternstraße 32/34), zu richten, dagegen Zahlungen an Kaufmann Otto Beck (Schweidnitzer Stadtgraben 30) zu senden.

* **Personalien.** Ernannt: der Ingenieurbaubeflissene Conrad Fiedler hier selbst auf Grund der bestandenen ersten Hauptprüfung im Ingenieurbaufach unter dem 30. Mai d. J. zum Königlichen Regierungs-Bauhüter.

Bestätigt die Berufungsurkunde: 1) für den Lehrer und Cantor Hermann Klose aus Grebin, Kreis Liegnitz, zum Lehrer und Organisten an der evangelischen Schule bzw. Kirche in Bogarell, Kreis Brieg; 2) für den bisherigen Lehrer Wagner aus Groß-Wangern, Kreis Wohlau, zum Lehrer an der evangelischen Schule in Groß-Ujechuk, Kreis Trebnitz; 3) für den Adjunkt Josef Hentschel aus Türkow, Kreis Groß-Wartenberg, zum zweiten Lehrer an der katholischen Schule in Trembachau, Kreis Groß-Wartenberg; 4) für den Abiturienten Hugo Krug aus Schleife, Kreis Groß-Wartenberg, zum dritten Lehrer an der katholischen Schule in Groß-Wartenberg.

Zurückgenommen: die Berufung des Gefängnisinspectors Heinelt in Breg an das Amtsgericht zu Leobschütz.

Ernannt: der Kandidat des höheren Schulamts Dr. Wenzig zum ordentlichen Lehrer am hiesigen König Wilhelmsgymnasium.

Es ist übertragen, zunächst probeweise: dem Ober-Postdirektionss-Secretär Wiegmann aus Breslau eine Kassierstelle bei dem Haupt-Telegraphenamt in Berlin.

-9 **Deichamtssitzung.** Am 21. d. M., Nachmittags 5 Uhr, findet in Rothenbaum im Hause des Deichhauptmanns von Haugwitz eine Sitzung der Mitglieder des Carlowitz-Ranferner Deichamts statt.

=β= **Gasverbrauch.** Im Monat Mai betrug der Gasverbrauch in Breslau 743 200 Kubikmeter, also im täglichen Durchschnitt 24 100 Kubikmeter.

-e **Marktwortbot.** Wegen der in verschiedenen Orten des Kreises Döll unter dem Rindvieh aufgetretener Maul- und Klauenfiecke ist zur Verbüttung einer Seuchenverschleppung die Abhaltung des auf den 16. d. M. in Juliusburg angezeigten Viehmarktes seitens des Herrn Regierungs-Präsidenten verboten worden.

g. **Seltener Fund.** Beim Ausschachten des Augrundes auf dem Grundstück Ecke des Striegauerplatzes und der Posenerstraße wurde dieser Tage in einer Tiefe von nur zwei Fuß eine zehnfüßige Haubitzegranate mit vollständig erhaltenem Sprengladung und Zünder gefunden, die vermutlich seit der Belagerung Breslaus dort geruht hat. Das Geschöß wurde von der Polizeibehörde dem hiesigen Artilleriedepot übergeben.

β **Deutscher Schriftsteller-Verband.** Das von der Breslauer Dichterschule für den 16. August zu Ehren der Mitglieder des in Breslau tagenden Deutschen Schriftsteller-Verbandes in Aussicht genommene Fest ist vom Vorstande des Verbandes angenommen worden. Das Fest, welches im Breslauer Concerthaus stattfinden soll, schließt sich an den Begrüßungssatz an. Seinen Hauptbestandtheil bildet ein Commers, bei welchem zur Erinnerung ein geschmackvoll ausgestattetes Bändchen mit ausgewählten literarischen Beiträgen der Mitglieder der Breslauer Dichterschule den Theilnehmern überreicht wird.

β **Die großen Breslauer Pferderennen werden in diesem Sommer bekanntlich Sonnabend, den 12. Sonntag, und Montag, den 14. Juli, auf der Rennbahn bei Scheitnig abgehalten werden.** Jeder der Renntage umfaßt sechs Rennen, von denen einzelne Staats- und Vereinspreise bis 4000 und 5000 M. aufweisen; der „Fürstenpreis“ beim Sonntagsrennen beträgt sogar 7000 M. An denselben Tage findet auch das Verloren-Handicap statt, bei welchem das siegreiche Pferd unter alle bei dem Rennen anwesenden Zuschauer, welche an diesem Tage ein EintrittsTicket zur Rennbahn gelöst haben, ausgelost wird. Dem Rennen am Montag, 14. Juli, geht voraussichtlich ein Corso auf der Schwielowsee voran.

=β= **Revision von Schaufässen.** Auf Anordnung des königlichen Polizeipräsidiums findet z. B. eine Revision sämtlicher Schaufässer in den Ausfachstätten durch Polizeibeamte hinsichtlich der Achse der Gläser bez. des vorschriftsmäßigen Füllstriches statt.

β **Abschätzung der bei den Manövern entstehenden Flurschäden.** Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die Kreisausschüsse baldmöglichst aus jedem Kreise je sechs Sachverständige wählen möchten, denen die Abschätzung der während der bevorstehenden Manöver angerichteten Flurschäden obliegen soll. Aus dieser Zahl wählt dann der betreffende Regierungskommissar für jeden Kreis je drei ihm am geeigneten Distanzschlagende Sachverständige.

K. **Besitz-Veränderungen.** Höfchenstraße 27a, Verkäufer: Particulier Carl Mann, Käufer: Justizrat Albert Seger — Kaiser Wilhelmstraße 4, Verkäufer: Justizrat Albert Seger, Käufer: Particulier Carl Mann. Klosterstraße 33, Verkäufer: Kaufmann und Siegelebenzer Ifidor Fuchs, Käufer: Schlossermeister Robert Krenzel. — Kreuzstraße 49, Verkäufer: Maurermeister Carl Brandt, Käufer: Particulier Joseph Knosnik. Lenwaldstraße 25 und 27, Verkäufer: Schlossermeister Albert und Theodor Dolata, Käufer: Kaufmann Valentin Elias.

W. Goldberg. 11. Juni. [Synode.] Heut wurde hier die Synode des Goldberger und des Haynauer Kirchenkreises abgehalten. Die Predigt beim Gründungs-Gottesdienste hielt Pastor Quellmalz-Alzenau. Aus der Wahl für die Provinzialsynode gingen Pte. Pastor Dr. Janisch-Adelsdorf, Graf von Rothkirch auf Panthenau und Geh. Regierungss- und Landrat Freiherr von Rothkirch-Trach-Goldberg hervor. Hierauf folgten getrennt die Verhandlungen der beiden Synoden in der Mädchenschule bez. im Stadtverordneten-Sitzungssaal. Bei den von Superintendent Fiedler-Hermisdorf geleiteten Verhandlungen der Goldberger Synode erstattete der Vorsthende den Jahres-Bericht über die kirchlichen und städtischen Zustände im Kreise, Landrat von Rothkirch-Trach den Bericht über das Goldberger Rettungshaus, Pastor Janisch-Adelsdorf über die religiöse Armenpflege, Pastor Hofmann-Mödelsdorf über die religiöse Erziehung der Jugend. Den Vortrag über die Synodal-Proposition: Übergläubische Sitten und Gebräuche und deren Beleidigung, hielt Diakonus Schulz-Goldberg. Der Synodalredner Pastor prim. Knöngel-Goldberg wurde entlastet und der Etat für 1890/91 festgestellt.

Glatz. 11. Juni. [Wahl zur Gewerbe kammer.] Bei der am 26. März stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten für die Breslauer Gewerbe kammer wurde der bisherige Abgeordnete, Bädermeister Klapper-Habbelstädt, wiedergewählt. Diese Wahl erhielt, wie der "Gebirgsb." berichtet, von der königlichen Regierung diesmal nicht die Bestätigung, weil Herr Klapper das Bädergewerbe nicht mehr selber betreibe, und somit nach der betr. Wahlordnung nicht zum Abgeordneten wählbar sei. (Die frühere Wahl ist nicht beanstandet worden, obwohl die gleichen Verhältnisse herrschten.) Zu der für den 6. d. Mts. hier angeordneten Nachwahl waren 84 Wahlmänner erschienen; Sattlerobermeister Fürka wurde mit 56 Stimmen zum Abgeordneten der Gewerbe kammer gewählt.

P. Frankenstein. 11. Juni. [Communales.] In der Sitzung der Stadtverordneten am 10. d. Mts. nahm die Versammlung Kenntnis von der Genehmigung der königlichen Regierung, daß in dieser Stadt pro 1890/91 als Gemeinde-Einkommensteuer 166%, p.c. der klassen- und klassifizierten Einkommensteuer erhoben werden.

Langenbielau. 12. Juni. [Gulengebirgs-Verein.] Die diesjährige Hauptversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Gulengebirgsvereins wurde kürzlich im Gasthof zum Schwert abgehalten. Dem Jahresbericht des Vereins ist zu entnehmen, daß der Verein gegenwärtig 116 Mitglieder zählt. Die von der vorjährigen Hauptversammlung bewilligten Arbeiten sind ausgeführt worden. Der im vorigen Sommer vom Hauptverein aus der Alsterkuppe erbauten Aussichtsturm bildet einen neuen Anziehungspunkt unseres an schönen Punkten reichen Gebirges. Aus den sonstigen Verhandlungen ist noch hervorgegangen, daß der langjährige Vorsitzende des Vereins, Fabrikbesitzer Friedrich Dierig jun., den Vorsitz niedergelegt hat. An seine Stelle wurde Kaufmann Gustav Hain, zum Caisse-Kaufmann Gustav Grundmann gewählt. Bei dem diesjährigen Verbandstage soll der Antrag gestellt werden, den Verbandstag 1891 in Langenbielau abzuhalten.

A. Ohlau. 12. Juni. [Schlachthausbau. - Wohnungsgeldzuschuß.] In der am 9. d. Mts. abgehaltenen Stadtverordneten-Versammlung wurde u. a. beschlossen, ein Schlachthaus zu erbauen und zwar auf dem hierfür in Aussicht genommenen Platz an der Oder in der Nähe der Anlagestelle des Breslauer Dampfers. Die zur Erbauung des genannten Etablissements nötigen Mittel sollen durch Aufnahme einer Anleihe aufgebracht werden. - Die Versammlung nahm auch Kenntnis von einem Gesuch der hiesigen Gymnasiallehrer um Bewilligung von Wohnungsgeldern.

Bentheim OS. 12. Juni. [Schulverhältnisse in Ober-Schlesien.] In der Gemeinde Kosberg hiesigen Kreises ist seit 1/4 Jahren, wie man der "Ober-Schles. Grenzg." schreibt, ein Lehrer geistig trank und es scheint leider keine Aussicht vorhanden zu sein, daß er bald wieder genesen. Seine Vertretung wird bis zum heutigen Tage von den dortigen Lehrern besorgt. In Folge eines beständigen Zusuges steigt die Zahl schulpflichtiger Kinder stetig. Schon unterrichtet dort fast jeder Lehrer über 100 Kinder, der jüngste aber etwa 220 sechsjährige.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

Bielitz. 11. Juni. [Garnison.] Vor einiger Zeit war eine Deputation der hiesigen Bürger an den Kaiser von Österreich gefandt worden, um eine ständige Garnison zu erwirken. Die Befriedung war von Erfolg begleitet, denn die Schweizerstädte Bielitz und Biala erhalten, wie die "Oberschl. Volksztg." berichtet, das Jägerbataillon Nr. 25, bisher in ungarisch Hradisch, als ständige Garnison.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Substations-Kalender
für den Zeitraum vom 16. bis 30. Juni 1890.

| Rechts- gerichts- termin. Wk | Bezeichnung des Gerichts. | Bezeichnung des Grundstücks. | Der Grundstücke | | | |
|---------------------------------------|---------------------------------|---|-----------------|-----------------------|-----------------|---|
| | | | Größe | Ausflugss- Bereich | Rein- ertrag | |
| ha | a | qm | Ap | Ap | Ap | |
| 16. 10 | Breslau. | Neg.-Bez. Breslau. | | | | |
| | | Breslau, Sandvorst., Bd. 14, Bl. 261, Nr. 581, Stern- straße 35, Hirzstr. 51. | 0,0463 | — | 0,91 T. | |
| 18. 10 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Odervorst., Bd. 26, Bl. 1134, Waterloos. 8 | 0,0553 | — | 2,17 T. | |
| 18. 10 | Breslau. | | | | | |
| | | Pschowiz, Bd. I, Bl. 19 Nr. 19. | 1,3523 | 180 | 6,70 T. | |
| 21. 9 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Odervorst., Bd. 25, Bl. 311, Nr. 1072, Neue Junfernstr. 33. | — | 7800 | — | |
| 24. 10 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Schweid. Vorst., Bd. 8, Bl. 161, Nr. 330, Am Oberschl. Bahnh. 25. | 0,0553 | 4200 | — | |
| 25. 9 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Innere St., Bd. 19, Bl. 233, Nr. 808, Hum- merez 41, Altbörgerstr. 29 | — | — | 6000 | — |
| 25. 10 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Innere St., Bd. 29, Bl. 297, Nr. 1248, Orlauer- str. 75, Zu d. drei Linden | 0,0453 | 13000 | — | |
| 26. 10 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Schweid. Vorst., Bd. 14, Bl. 25, Nr. 584, Brüderstr. 25. | 0,0490 | 4500 | — | |
| 27. 10 | Breslau. | | | | | |
| | | Breslau, Odervorst., Bd. 18, Bl. 181, Nr. 722, Ottostr. 12 | 0,0435 | 4600 | 1,71 T. | |
| | | Neg.-Bez. Liegnitz. | | | | |
| 21. 10 | Grünberg. | Grünberg, Häuser des III. Biertels, Bd. V, Bl. 266. | 30,4100 | 180 | 267,99 | |
| 27. 9 | Liegnitz. | Vorst. Liegnitz, Bd. XIII, Bl. 636, Nikolaistr. 6. | — | — | 2200 | — |
| 28. 10 | Hainau. | Grb. d. grös. Güter des Kt. Goldberg-Hainau, Bd. III, Bl. 42, Ober- Samig. | 272,4030 | 660 | 1493,88 | |
| | | Neg.-Bez. Oppeln. | | | | |
| 16. 10 | Sabrze. | Dorotheendorf, Bd. II, Bl. 64. | 0,5106 | 2434 | 1,40 T. | |
| 17. 9 | Neustadt OS. | Neustadt OS., Bd. I, Bl. 119, Art. 106. | 0,0380 | 1050 | 0,48 | |
| | | Schönwih, Kr. Falkenberg OS., Bd. Nr. 23. | 16,5790 | 12,65 | 17 T. | |
| 21. 3 | Löwen. | Schönwih, Kr. Falkenberg OS., Bd. Nr. 133. | 2,0650 | 1377 | 10,39 T. | |
| | | Brauerei. | | | | |

Breslau. 13. Juni. [Schöfengericht.] - Die Uebertragung des Droschen-Reglements als grober Unzug. Sonnabend, den 11. Januar, gegen Mittag, warteten auf dem sehr belebten Ringe an der Weiche der Straßenbahnhäle Kleinburg-Oberhafenbahnhof eine Anzahl Personen auf die von beiden Seiten eintreffenden Wagen. Gleichzeitig mit dem von der Schneidebrücke ankommenden Pferdebahnwagen fuhr

eine Drosche in derselben Fahrtrichtung. Der Droschkenführer lenkte sein Gefährt nach der rechten Seite, d. h. er fuhr zwischen den Bauden und dem Straßenbahnhwagen. Vergeblich riefen ihm die dort stehenden Passagiere ein "Halt! Halt!" zu, der Kutscher fuhr mit hoch erhobener Peitsche weiter. Ehe der Pferdebahnwagen anhielt, hatte das Hinterrad der Drosche mit dem äusseren Ende der Achse den Ueberzieher einer der wartenden Personen, des Reisenden Einrich, gefaßt. Schon war Einrich in Gefahr, niedergedrückt zu werden, da brachte der Droschkenführer endlich sein Pferd zum Stehen. Auf die von Einrich erstattete Anzeige wurde gegen den Droschkenführer, Namens Schmolke, das Strafverfahren wegen "groben Unzugs" eingeleitet. Da sich Schmolke bei dem gerichtlichen Strafmandat nicht verhauptigte, so gelangte die Sache heut vor dem unter Vorst. des Amtsgerichtsraths Heinrich tagenden Schöfengericht zur Verhandlung. Schmolke behauptete, er sei entsprechend den Bestimmungen der Straßenordnung und des Droschen-Reglements "rechts" gefahren, überließ sie an der Außenseite des von Kleinburg kommenden Straßenbahnhwagens die Fahrstraße durch zwei Rollwagen versperrt gewesen. Amtsanwalt von Rheinbaben läßt die Frage, ob wirklich das angegebene Hinderniß vorgelegen habe, unentschieden; der Angeklagte sei, wenn er ohne Gefährdung von Personen nicht weiter fahren könne, unbedingt zum Halten verpflichtet gewesen; indem er die wartenden Passagiere beunruhigte, hat er groben Unzug verübt, und dafür erscheint eine Strafe von 30 Mark evtl. 10 Tagen Haft angemessen. Das Schöfengericht beschloß die Geldstrafe in der beantragten Höhe, setzte aber im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 15 Tagen an deren Stelle. In der Motivierung des Urteils führt der Vorsthende aus, daß der Widerwill, welchen die Droschkenführer gegen die Pferdebahn hätten, augenblicklich den Angeklagten bewogen habe, deren Passagiere in so roher Weise zu ängstigen.

Lissa. 12. Juni. [Ein Mordprozeß.] Vor dem hiesigen Schöfengericht fand gestern eine Verhandlung statt, welche ein Schaubern erzeugendes Bild menschlicher Verworfenheit entrollte. Angeklagt war die Wirthsfrau Marie Jähner aus Bogdanki-Albau wegen vorsätzlicher, mit Ueberlegung ausgeführter Tötung ihres Ehemannes Karl Jähner. Die Angeklagte hat am 17. November vorigen Jahres, wie sie vor dem Gerichtshof eingestand, ihren Ehemann, von dem sie mehrmals misshandelt worden sein will, novom jedoch weder ein bei den Jähner'schen Cheleuten beschäftigter Dienstjunge, noch die Nachbarn jemals etwas bemerkt haben, im Schlaf mit einer Art ermordet, dann den Körper, um ihn besser verborgen zu können, zerstückt, indem sie Kopf, Arme und Beine vom Rumpfe trennte und die einzelnen Körperteiletheile in einer Kammer, theils auf dem Düngehaufen vergraben. Nachdem sie alle Spuren des Mordes befreit hatte, machte sie nach einigen Tagen die Anzeige, daß ihr Mann verschwunden sei, und bat, da sie befürchte, er habe in Folge mehrfacher Streitigkeiten, die sie mit ihm gehabt, Hand an sich gelegt, um Nachforderungen nach seinem Verbleben. Während von den Behörden eingehende Ermittlungen angestellt wurden, die natürlich ergebnislos blieben, trug die Angeklagte die größte Ruhe und Kaltblütigkeit zur Schau. Erst gegen Ende December wurde sie durch Vorstellungen seitens der Verwandten des Ermordeten, welche Verdacht geöffnet, ängstlich, ging zu ihren Eltern und gestand ihnen, daß sie ihren Mann ermordet habe. Als ihr Vater die Erfolgslosigkeit der von der Behörde angestellten rastlosen Bemühungen nach dem Verbleib des Jähner sah, heilte er endlich in den ersten Tagen dieses Jahres, von Gewissensbissen getrieben, einem Gendarmen mit, daß es ihm mit der Erzählung von dem Verschwinden des Geschworenen nicht richtig schiene, daß er vielmehr gehabt habe, seine Tochter habe selbst ihren Mann umgebracht. Der Gendarm begab sich zu der Angeklagten, die ihn freundlich empfing, auf die Nachfrage bezüglich ihres verschwundenen Mannes aber bei ihrer schon früher der Behörde gegenüber geäußerten Angabe beharrte. Erst als der Gendarm sie direkt des Mordes beschuldigte und sie auf's Eindringlichkeit nach dem Platz fragte, wo sie den Körper ihres Mannes versteckt habe, führte sie ihn in eine Kammer, wo der Rumpf und Kopf unter einer Bettstelle eingescharrt waren. Die Angeklagte wurde sofort verhaftet, während ihre zwei Kinder im Alter von etwa zwei Jahren anderweitig untergebracht wurden. Die Angeklagte, welche kaltblütig den Mord eingestand, suchte ihre Schuld anfangs dadurch zu mildern, daß sie ihren Bruder und ihre Eltern der Anstiftung bzw. Beihilfe bezichtigte; durch ihr vor dem Gerichtshof abgelegtes Geständnis wurde indes diese Behauptung widerlegt. Nach kurzen Plaidoyers des Staatsanwalts und Vertheidigers berichtete die Geschworenen über die Schuldfrage, und nach kurzer Beratung verklärte der Richter den Wahrspruch, wonach die Angeklagte des Mordes für schuldig befunden wurde. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf Todesstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Angeklagte hörte das Erkenntnis ohne eine Spur von Reue an.

Abgeordnete Schwarze diesen Gedanken weiter aus und meinte, daß Rechtsbewußtsein im Volke werde dadurch irreguliert, daß man eine strafbare Handlung bald mit einer leichten, bald mit einer schwereren Strafe belegt. Es ist auch sehr fraglich, ob die Dinge, welche hier unter Strafe gestellt werden sollen, überhaupt so vorkommen und wirklich so gefährlich sind, daß man deswegen eine besondere Strafe einführen soll. Lediglich ist die Lücke, welche hier vorhanden ist, schon seit langer Zeit bekannt. Die Vorschlag wegen der Aufgabe leicht einzuhaltender Gesetze zur Postbeförderung ist unnötig; das jetzige Strafgesetzbuch bietet schon die nötige Handhabe zur Bestrafung eines solchen Verstoßes. Ich beantrage die Commissionsberatung, in der Hoffnung, daß die Vorlage dort begraben oder ganz abgelehnt wird.

Abg. Hornitz (bfr.) empfiehlt die commissarische Berathung der Vorlage und meint, daß die absilbige Kritik des Vorredner nicht zutreffend sei. Bundesratskommissar Dr. Dambach: Der Abg. Grüber hat das Bedürfnis zur Vorlage bestritten, die Postverwaltung hält sie für dringend unbedingt, weil sie von auswärtigen Verwaltungen auf die bestehenden Rüchen unserer Gesetzgebung auferkam gemacht ist. Wenn 1876 diese Vorlage noch nicht gemacht worden ist, so liegt das daran, daß wir 1876 ein Reichsgericht noch nicht hatten, also auch noch keine einheitliche Justiz in dieser Beziehung. Bezuglich der Nachahmung von Postmarken hat man sich auf dem Lissabon Congress geeinigt, daß die einzelnen Verwaltungen sich dabei gegenseitig unterstützen sollen. Die als strafbar bezeichneten Fälle kommen alle Augenblicke vor, ohne daß man nach der jetzigen Gesetzgebung eine Bestrafung herbeiführen könnte. Die Vorlage wird der bereits bestehenden für die Berathung des Antrags Rintelen eingezogenen Commission überwiegen.

Es folgt die erste Berathung des neuen Niederlassungs-Vertrages zwischen dem Reich und der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Abg. Baumgach: Die Erneuerung des schweizerischen Niederlassungs-Vertrages entspricht unserer schon im vorigen Jahre geäußerten Wünschen. Die Affäre Wohlgenuth, in welcher sich ein Polizeiagent mit großer Ungehorsam compromittiert hat, hatte bedauerlicher Weise im vorigen Jahre eine Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz herbeigeführt. In der offiziellen Presse wurde die Schweiz zu den wilden Ländern gerechnet, es war von der Sprache der Kanonen die Rede und man faßte die Schweiz sogar an ihrem empfindlichsten Punkt, der Nationalitätsfrage, an. Der damalige Vertreter des Auswärtigen Amts stellte wiederholt in Abrede, daß eine Verbindung zwischen uns und der Schweiz bestehet oder bestanden habe. Aber die Thatsachen waren noch nicht so lange her und die Kündigung des Vertrages lag vor, und da mußte man sich in der That fragen, ob nicht ein kurzes Gedächtnis zu den hervorragenden Eigenschaften eines Diplomaten geboren müsse. Damals sprach man von der Unterdrückung der Umfrabefreiheiten in der Schweiz. In letzter Zeit hat aber ein national-liberales Blatt in Hamburg, in welchem jetzt zumeilen über die auswärtige Politik retrospective Betrachtungen angestellt werden, ausseinerndgefecht, daß es sich nicht um Beziehungen zwischen dem Reich und der Schweiz gehandelt habe, sondern darum, daß nach der Meistbegünstigungsklausel im Frankfurter Friedensvertrag die Angehörigen Frankreichs in Elsaß-Lothringen dasselbe Recht in Anspruch nehmen können, welches nach dem Schweizer Niederlassungsvertrag die Angehörigen der Eidgenossenschaft in Deutschland verlangen können. Die sich daran knüpfenden Bedenken hätten zur Kündigung des Niederlassungsvertrages geführt. Demgegenüber bemerkte ich, daß die Ausweisungsbefugnis der contrahierenden Staaten aus Gründen der öffentlichen Sicherheit durch den Niederlassungsvertrag in keiner Weise alterirt wird. Zur Kündigung gab Anlaß eine Differenz in der Auslegung über den Art. 2 des früheren Vertrages. Die deutsche Regierung war der Ansicht, daß die schweizerischen Behörden die Pflicht hätten, von den Deutschen, die sich in der Schweiz niederlassen wollten, Heimatbuche und Leumundszeugnisse zu fordern. Zweifellos hat aber die Schweiz das Recht, auch ohne diese Zeugnisse die Niederlassung zu gestatten. Der Art. 2 bestimmt nur, daß die Deutschen, wenn sie Heimatbuche und Leumundszeugnisse haben, die Niederlassung in der Schweiz verlangen können. Die Fassung des Art. 2 in dem neuen Vertrage ist klarer und bedeutet eine Besserung des bisherigen Rechtszustandes, indem gesagt ist, daß die Deutschen mit den Zeugnissen versehen sein müssen, um die in Art. 1 bezeichneten Rechte beanspruchen zu können. Damit ist die Streitfrage entschieden. Von besonderer Wichtigkeit ist die Verfassungsfrage, wer war eigentlich bestimmt, in diesem Falle zu kündigen, und wer hat gekündigt? Nach der Verfassung hat der Kaiser das Reich völkerrechtlich zu vertreten, und wenn der Reichskanzler den Vertrag kündigte, so hat er in Consequenz dieser Verfassungsbestimmung gehandelt. Aber nach der Verfassung bedürfen Verträge mit fremden Staaten, wosfern sie sich auf Gegenstände beziehen, die zur Kompetenz des Reichskanzlers gehören, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Reichstags. Kann nun ein so zu Stande gekommener Vertrag einzig durch das Auswärtige Amt, den Reichskanzler oder die kaiserliche Regierung gekündigt werden oder muß dazu wiederum die Zustimmung des Bundesraths und die Genehmigung des Reichstages erfolgen? Diese Frage ist von der größten staatsrechtlichen Bedeutung, wenn sie auch bisher noch nicht praktisch geworden ist, und wäre jetzt nicht ein neuer Vertrag geschlossen, so

habe erwerben wollen, und wir verhandeln hier über weltkundige Thatsachen, wenn wir diese Behauptung aufstellen. Die offiziöse und halboffizielle Presse ist ja über das wilde Land, die Schweiz, zu jener Zeit hergeschafft und hat es so dargestellt, als ob die Schweiz den Verschwörern aller Länder ein Asyl gewähre, und als ob sie selbst ein großes Nest von Verschwörern sei. Man hat dabei merkwürdigerweise vergessen, daß die Hauptverschwörer von Berlin aus bezahlt worden sind. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Wir haben ja jetzt die Freude, den Vertreter des früheren Systems unter uns als Mitglied zu sehen. (Heiterkeit.) Am 27. Januar 1887 hat der damalige Minister des Innern, Herr von Puttkamer, unsere Behauptung, daß er sich der agents provocateurs bediene, um in der Schweiz Dinge anzustiften, die nachher Veranlassung zu Maßregeln gegen die deutsche Socialdemokratie geben sollten, als vollständige Erfindung, als eine ungerechte Verdächtigung seiner Stellung und aller Polizeibehörden im Deutschen Reich bezeichnet. Er verlangte, daß man seinen Worten als denen eines ehrlichen Mannes Glauben schenke, und meinte, er würde in die Erde sinken müssen (Heiterkeit bei den Socialdemokraten), wenn er auf diesem Gebiet kein reines Gewissen hätte. Im Gegenteil, der Segen des Himmels ist über ihn gekommen in Gestalt einer Dompfrolle. (Große Unruhe rechts.) Ich erinnere gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Puttkamer nur daran, daß Herr Wohlgenuss schrieb: „Wühlen Sie nur tüchtig drauf los.“ (Beifall links.) Es ist selbstverständlich, daß wir gelegentlich der Berathung dieser Vorlage die Ursache, aus der sie notwendig geworden ist, mit einigen Worten beleuchten. Die Kündigung des Vertrages war eine Strafe dafür, daß die Schweizer Eidgenossenschaft sich nicht zum Schergen der deutschen Polizei hergeben wollte. Wenn Herr Hahn meinte, daß die Verhandlungen mit der Schweiz nach einer bestimmten Richtung willfähriger gemacht haben, so sage ich: Viele Beispiele verdeutlichen gute Sitten, und es ist bedauerlich, daß man in der Schweiz jetzt anfängt, einen anderen Begriff vom Amtsräte zu bekommen, als bisher dort Sitte gewesen ist. Die Kündigung des Vertrages mußte mit einer Niederlage des damaligen Systems endigen, und wir sind berufen, unter diese Niederlage heute das officielle Siegel zu drücken. (Beifall links.) Wir sind dem Reichskanzler dankbar, daß er in offener, ehrlicher Weise die Sache wieder gut gemacht hat. Ich habe den lebhaften Wunsch, daß die jetzige Regierung den Reichstag nicht mehr in die Lage versetzen möge, die Ausführungen zu machen, die das System Bismarck unter Aufsicht des Herrn v. Puttkamer uns aufgezwungen hat. Wir haben keine Freude daran, die deutschen Verhältnisse in irgend einer Weise zu discrediren. Meine Partei war es aber, die seitens des Systems Bismarck mit Mitteln behandelt worden ist, die in einem Kampf gegen politische Parteien nicht angewendet werden dürfen. Wir haben als politische Partei uns niemals der Dinge schuldig gemacht, deren wir seitens der früheren Regierung angeklagt worden sind. Die Mitteln, mit denen wir unsere Ziele verfolgen, sind reinere Natur als diejenigen, die gegen meine Partei seit langen Jahren angewendet werden, und wenn wir jetzt in einer Zeit dahin gelangen werden, jenes unheilvolle Ausnahmegerüst nicht mehr in der Gesetzgebung des Deutschen Reiches zu wissen, so ist das in allererster Linie unserer Tätigkeit zu danken. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Genehmigung des Vertrages den Groß, der mit Recht in der Schweizer Eidgenossenschaft gegenüber Deutschland Platz gegriffen hatte, bestätigen möge, und ich werde mich lebhaft freuen, wenn die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland zu der alten Freundschaft zurückkehren, die sie gehabt haben, ehe die Affäre Wohlgenuss zu der Störung des freundlichen Einvernehmens die Veranlassung hat. (Beifall links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amts Frhr. v. Marschall: Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf die retrospektiven Betrachtungen des Herrn Vorredners des näheren einzugehen. Bei den Verhandlungen, die wir mit der Schweiz geführt haben, kam es mit keinem Worte mehr auf die sogenannte Wohlgenuss-Affäre zurück. (Zuruf links.) Die Sache ist ein für alle Mal abgethan, und ich kann es nicht für nützlich erachten, daß diese Angelegenheit hier fort und fort zur Discussion gestellt wird. Ich habe das Wort lediglich ergriffen, um einer Behauptung des Herrn Vorredners mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, nämlich der, daß die deutliche auswärtige Politik in dem vorigen Jahre die Absicht „einer Vergewaltigung der Schweiz, um eine bestimmte politische Partei zu schädigen“ gehabt habe. Ich muß mit aller Entschiedenheit das Auswärtige Amt des Deutschen Reichs in Schutz nehmen gegen den Vorwurf, daß es diese Tendenz bei der damaligen Action verfolgt habe. Es hat sich im vorigen Jahre um nichts anderes gehandelt, als um einen Meinungsaustausch mit der Schweiz, wobei unfererseits die Schweiz auf die Gefahren aufmerksam gemacht wurde, die aus den socialdemokratischen Untrieben auf ihrem Gebiet für uns entstehen, und das Resultat dieses Meinungsaustausches war das, daß die Schweiz sich nach wie vor entschlossen gezeigt hat, Befreiungen auf ihrem Gebiete nicht zu dulden, die sowohl die eigene Sicherheit, wie die Ruhe und Ordnung in den benachbarten Staaten gefährden. Durch diese Haltung der beiden Regierungen können sich nur diejenigen beschwert fühlen, die ein Interesse daran haben, daß neue Unstriebe in der Schweiz fortduern. Die Schweiz hat niemals ein solches Interesse besaß; ich habe also nicht nötig, dem Herrn Abg. Singer auf den Vorwurf der Vergewaltigung der Schweiz etwas Weiteres zu erwidern. (Bravo!) (Beifall)

Abg. v. Puttkamer (R.): Ich bitte den Abg. Singer, jeden Versuch zu unterlassen, auf meine frühere Amtstätigkeit zurückzukommen. Ich habe alle jene persönlichen Verdächtigungen als Unwahrheiten oft genug zurückgewiesen, ihm sind die einfachen lügenhaften Berichte zugetragen worden. Die Affäre Wohlgenuss kann nun aber vollständig nicht auf mein Conto geschrieben werden, ich war damals gar nicht mehr Minister, und der Mann war gar kein preußischer Beamter. Ich bin der Letzte, der die Action dieses vielgenannten Beamten verbürgt, er hat sich offenbar einer großen Ungehorsamkeit schuldig gemacht (Lachen links), aber ich erkläre, daß ich andererseits diejenige Behandlung, welche ihm von den Schweizer Communalbehörden zu Theile geworden ist, für eine noch weniger richtige halte. Im internationalen Verkehr pflegt man doch solche Fälle nur zur Anzeige der betreffenden Behörde des anderen Staates zu bringen, und die betreffenden schweizer Behörden hätten nicht übel daran gethan, so zu verfahren. Es steht jetzt fest, daß der Mann in einer socialdemokratische Falle gelockt worden ist. Herr Singer hat sogar erläutert, die Kündigung des Vertrages sei erfolgt, weil die Schweiz es abgelehnt habe, sich zum Schergen der deutschen Polizei und Politik zu machen. Ich will nicht darauf eingehen, welchen Einfluß auf die Verhältnisse die jahrelangen Verhandlungen mit der Schweiz über das Amtsräte gehabt haben; ich betone nur, daß das Gesamtresultat dieser Verhandlungen ist, daß die Schweiz ihre radikale Auffassung dieses Rechts ausgegeben und anerkannt hat, daß die Beziehungen der Freunde auch ihre eigene und die europäische Sicherheit in Frage stellten. Sie hat die ganze politische Polizei aus den Händen der Kantonal-Behörden genommen und einem Bundesamt übertragen, ebenso ist eine ganze Anzahl Socialdemokraten aus der Schweiz ausgewiesen. (Auf links: Ehrenberg) und auch der „Socialdemokrat“ zur Auswanderung veranlaßt worden. Wie Herr Singer diesen Vertrag als Niederlage der deutschen Politik bezeichnen will, ist mir völlig unklar. Ich finde davon keine Spur in dem Vertrage. Der Artikel 2 des jetzigen Vertrages verstärkt die Stellung der deutschen Regierung zu den Hauptrichterfragen ganz wesentlich. (Sehr richtig! rechts.) Es war jedenfalls nicht schön, solche Verdächtigung der eigenen Regierung an diejenigen Vertrag zu knüpfen; (Auf links: Fröhliche Regierung!) ja der jetzige Reichskanzler wird doch in dieser Frage mit dem früheren durchaus solidarisch sein und sich nicht durch diese Verbung für die Socialdemokratie captivieren lassen. Dagegen und gegen den Vorwurf, daß die Regierung eine Niederlage erlitten hätte, vertheidige ich uns und die Nation nochmals. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Marquardsen (natl.) empfiehlt ebenfalls die Annahme des Vertrages, der vor dem früheren viele Vorzüge habe, auch im Punkte des Artikels 2, wie die Abg. Hahn und Baumbach ihn erläutert haben. Verfahren müsse er sich gegen die Auffassung Baumbachs, daß eine rechtsgültige Kündigung die Zustimmung aller bei der Vereinbarung mitwirkenden Faktoren zur Boraussetzung hätte.

Abg. Lieber (Centr.) erklärt für das Centrum, daß es diesen Vertrag, wie er liegt, fröhlig begrüßt und gern bestätigt. (Beifall)

Damit schließt die erste Berathung.

In der zweiten Berathung werden die einzelnen Bestimmungen des Vertrages und das Schlusprotokoll genehmigt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. Leemann beantragt die Commission zwar die Gültigkeit, aber in Bezug auf eine Behauptung des Protestes eine Erhebung durch gerichtliches Verfahren.

Abg. Müller-Marienwerder hält die Forderung eines gerichtlichen Verfahrens für falsch, er beantragt vielmehr, die Wahlacten den betreffenden Behörden zu überweisen, welche schon das Weitere verfügen werden.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschconservativen und der Reichspartei abgelehnt und der Antrag der Wahlprüfungs-Commission genehmigt.

Bezüglich der Wahl des Abg. Panse wird ebenfalls die Gültigkeit beantragt.

Abg. Heine (Soc.) macht darauf aufmerksam, daß in dem Protest mehrfach behauptet wird, daß die Socialdemokraten aus dem Wahllocal verwiesen worden sind; die Wahlprüfungs-Commission habe sich mit dieser Frage schon beschäftigt, sei aber noch nicht zur Entscheidung darüber gekommen.

Die Wahl wird für gültig erklärt, ebenso die Wahl des Abg. von Sperber, in Bezug auf welche auch eine nähere Erhebung des Beifalls möglich einer Protestbehauptung beschlossen wird, nachdem ein Antrag des Abg. Müller-Marienwerder, die Wahlacten der preußischen Regierung zur weiteren Veranlassung zu überweisen, abgelehnt worden.

Die Wahl des Abg. Kauffmann wird ebenfalls für gültig erklärt.

Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. Zweite Berathung der Vorlage, betreffend die Gewerbegefechte.

L a n d t a g .

Berlin, 13. Juni. Im Herrenhause fand heute die letzte geschäftliche Sitzung statt. Die Rentengutsvorlage wurde nach kurzer Debatte nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen, dagegen die Vorlage wegen Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien abgelehnt, nachdem Fürst Hassfeldt und Fürst Blücher sich gegen dieselbe ausgesprochen hatten. Nach Erledigung einiger Formalien und dem üblichen Dank an den Präsidenten schloß das Haus seine Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser. — Um 3 Uhr fand im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses in vereinigter Sitzung beider Häuser der offizielle Schluß des Landtags durch Herrn von Bötticher statt.

Herrenhaus. 17. Sitzung vom 13. Juni.

11 Uhr.

Am Ministerische: v. Schelling und Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht die nochmalige Schlusserörterung des aus dem Abgeordnetenhaus verändert zurückgekommenen Gesetzentwurfs, betr. die Rentengüter.

Graf Eulenburg-Praßen empfiehlt die Annahme der Vorlage, trotzdem die Stempelfreiheit der Verträge u. s. w. gestrichen sei. Die Vorlage werde wahrscheinlich nicht viel angewendet werden, aber man dürfe hoffen, daß die Regierung, wenn sie dies erkenne, Maßregeln vorschlagen werde, um den Gebrauch der selben zu erleichtern.

v. Kleist-Rehov bedauert, daß die Vorlage nicht geeignet ist, die Absicht, welche man verfolgte, zu erreichen, denn die Rentengüter werden nicht eingerichtet werden, weil die Grundbesitzer nicht im Stande sein werden, die Gebäude anzurichten. Wenn aber der Rentengutsinhaber neben der Rente noch eine Hypothek übernehmen müsse, um seine Gebäude zu beschaffen, dann sei er vor vornherein wirtschaftlich leistungsunfähig. Es müßten Rentenbanken geschaffen werden, es müßte durch die Stempelfreiheit ein Anreiz zur Schaffung der Rentengüter gegeben werden, denn es ist dringend notwendig, daß der Großgrundbesitz im Osten mit kleinem und mittlerem Grundbesitz durchsetzt wird. Redner nimmt die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Resolution, betreffend die Schaffung von Rentenbanken für die Zwecke dieses Gesetzes seinerseits auf.

Graf Schulenburg-Beezendorf hält die Sachlage durch die Verhandlungen im anderen Hause nicht für gelläufig und wird deshalb gegen die Vorlage stimmen.

Graf Brühl empfiehlt die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß sich heute soviel Gegner der Vorlage melden, nachdem man früher im Herrenhause fast einstimmig die Vorlage gewünscht und beschlossen habe.

Oberbürgermeister Miquel: Nach meiner Auffassung ist die Vorlage nur ein Rahmen, der später ausgefüllt werden soll. Der Staat will die Form des Rentengutes zuwalten, aber die Bildung der Rentengüter nicht fördern. Es wäre aber zu wünschen, daß die Regierung sich im Sinne der Resolution des Abgeordnetenhauses, die Herr v. Kleist-Rehov aufgenommen hat, vorzuhören entschließen möchte, damit durch die Bildung von Rentenbanken die Errichtung von Rentengütern gefördert wird.

Die Vorlage wird darauf mit großer Mehrheit angenommen und zwar mit der von Herrn v. Kleist-Rehov vorgeschlagenen Resolution.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in der Provinz Schlesien, in Bezug auf welchen die Commission beantragt, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zu entsprechen und folgende Resolution anzunehmen: Die Staatsregierung zu ersuchen, den Dispositionsfonds des Ministers für Landwirtschaft u. c. zur Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flussregulierungen von 500 000 M. auf 2 Mill. M. zu erhöhen. Berichterstatter Graf v. Frankenberg: Durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sind die Grundlagen des ganzen Gesetzes, wie es von der Regierung vorgefasst und von dem Herrenhause angenommen worden ist, verändert worden. Die Commission des Herrenhauses hat diese Änderungen absolut nicht für Verbesserungen anerkennen können, sie hat schließlich mit allen gegen eine Stimme beschlossen, das Gesetz so anzunehmen, wie es das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, in der Meinung, daß es wohl kaum schaden würde. Die Änderung im Artikel 1, wo an die Stelle des Provinzial-Ausschusses der Bezirksschulräte getreten ist, ist als eine Verbesserung nicht anzuerkennen. Der Provinzialausschuss ist gewissermaßen der Finanzminister, er kann am besten ermessen, ob eine Fluhunterhaltung oder Regulirung nothwendig oder nützlich ist, und kann am besten über die Mittel verfügen. Außerdem hat das Abgeordnetenhaus die schwerwiegende Bestimmung getroffen, daß die Kreise nicht bloß die Unterhaltung, sondern auch die Regulirung der in ihrem Bezirk belegenen nicht schiffbaren Flüsse übernehmen sollen. Auf die Annahme der Resolution legt die Commission einen großen Wert.

Fürst v. Hassfeldt: Der Artikel 1 enthält etwas Selbstverständliches. Daß die Kreise beauftragt sind, derartige Fluhunterhaltungen auf ihre Kosten zu übernehmen, wußten wir bereits vorher, noch ehe dieser Gesetzentwurf von dem anderen Hause hierher gekommen war. Der § 124 der Kreisordnung, auf welchen in dem Artikel 1 hingewiesen wird, besagt, daß bei einer Belastung der Kreisangehörigen eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Abstimmenden erforderlich ist, und dies war gerade der wunde Punkt dieses Gesetzes. Ich fürchte, daß sich — ausgenommen den Kreis Borsigheim — kein Kreis finden wird, in dem sich zwei Drittel des Kreistages für die Fluhunterhaltung oder Regulirung aussprechen. Man ertrinkt lieber alljährlich, als daß man alljährlich eine kleine Erhöhung der Steuern zugiebt. Ich hätte erwartet, daß der Berichterstatter zu dem Resultate kommen würde, dieses Gesetz abzulehnen; statt dessen hat er für dieses Gesetz plaidiert; es werde zwar nichts nützen, aber auch nichts schaden. Ich glaube, die Annahme des Gesetzentwurfs schadet uns allerding, insofern als dann in absehbarer Zeit keine Möglichkeit gegeben wird, einen anderen Modus der Fluhunterhaltung auf gesetzlichem Wege zu Stande zu bringen. Nachdem die Staatsregierung im vergangenen Jahre wiederum einen nach meiner Ansicht richtigen Weg, zu einer Lösung dieser schwierigen Frage zu kommen, vorgeschlagen hat, so muß ich mich wundern, daß der Vertreter des Ministers die Annahme dieses Gesetzes empfohlen hat. Die Regierung hätte in diesem Falle etwas mehr Mut beweisen sollen. Ich werde gegen die Fassung des Abgeordnetenhauses stimmen.

Fürst Blücher v. Wahlstatt: Die Fassung des Abgeordnetenhauses verdient vor denjenigen der Regierungsvorlage insofern den Vorzug, als in der Regierungsvorlage keine genügenden Garantien zum Schutz des Privatrechts vorgenommen waren. Indes wünsche auch ich, daß diese Materie nicht weiter verfolgt werde, bis wir genügende Erfahrungen gesammelt haben. Ich stimme gegen das ganze Gesetz, weil dasselbe durch die sonstigen Änderungen des Abgeordnetenhauses eine Form erhalten hat, die mir das Gesetz unannehmbar macht.

Der Gesetzentwurf wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses abgelehnt, die Resolution dagegen angenommen.

Nachdem Herr v. Winterfeldt-Menken den Bericht der Matrikel-Commission erläutert, wurde die strafrechtliche Verfolgung der „Kielser Zeitung“ und der „Freisinnigen Zeitung“ wegen Bekleidung des Herrenhauses, begangen in Artikeln vom 9. bzw. 11. Mai, abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Zur Geschäftsortordnung bemerkt v. Kleist-Rehov: Ich bin gewiß, die freudige Zustimmung des ganzen Hauses zu finden, wenn ich in ihrer aller Namen dem hochverdienten durchlauchtigsten Vorsitzenden hiermit den Dank ausspreche für die Leitung unserer Verhandlungen und für das große Wohlwollen, mit welchem er jedem Einzelnen von uns entgegengetreten ist. Ich bitte Sie, zum Zeichen Ihrer Zustimmung sich von den Plänen zu erheben. (Die Mitglieder erheben sich.)

Präsident Herzog v. Ratibor: Ich danke Herrn v. Kleist für seine wohlwollenden Worte und bin erfreut, daß das Haus auch in diesem Jahre mit meiner Leitung einverstanden gewesen ist. Ich danke sehr für die mir zu Theil gewordene Unterstützung. Das es mir gelungen ist, die Geschäfte zu führen, verdanke ich wesentlich meinen Herren Collegen im Präsidium und den Vorsitzenden der Abteilungen und Commissionen.

Der Präsident giebt darauf die übliche Geschäftsübersicht und schließt die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König, in welches die Mitglieder des Hauses lebhaft einstimmen.

Schlussitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages.

Freitag, den 13. Juni 1890.

3 Uhr.

Am Ministerische: von Bötticher, von Maybach, von Scholz, von Lucius, von Schelling, von Göller, Herrfurth, von Berlepsch.

Präsident des Herrenhauses Herzog von Ratibor: Auf Grund der Vereinbarung beider Präsidenten des Landtages übernehme ich den Vorsitz und ernenne zu Schriftführern die Herren v. Neumann und v. Reinersdorf und die Abgeordneten Kosch und v. Nehdiger. Der Vicepräsident des Staatsministeriums hat das Wort.

Vicepräsident des Staatsministeriums, von Bötticher: Ich habe der bösen Versammlung eine Allerhöchste Botschaft mitzuteilen. (Die Anwesenden erheben sich.) Sie lautet:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen etc., haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Vicepräsidenten unseres Staatsministeriums von Bötticher beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages unserer Monarchie am 13. Juni d. J. in unserem Namen zu schließen.

Gegeben Berlin, den 11. Juni 1890.

gez. Wilhelm.

Gegengesetzes vom Staatsministerium.“

Se. Majestät der Kaiser, unter allergrößter König und Herr, er lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Schluß 3 Uhr 8 Minuten.

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.

* Berlin, 13. Juni. Die Kaiserin ist von ihrer Unpäuschlichkeit jetzt so weit wieder hergestellt, daß sie, wie gemeldet, bereits am gestrigen Abend der musicalischen Soirée im Muschelsaal des Neuen Palais beiwohnen konnte.

Der Kronprinz von Italien kam heute Vormittag nach Berlin, stattete zunächst dem Reichskanzler General von Capri im Reichskanzler-Palais einen etwa vierstündigen Besuch ab und begab sich hierauf nach der allgemeinen deutschen Pferde-Ausstellung.

Die Vertagung des Reichstages wird in etwa 14 Tagen erwartet.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge sind die Vorbereitungen zur Beurteilung einer Enquête commission für die Reform des Unterrichtswesens, welche der Minister v. Göller in seiner im Hause der Abgeordneten am 18. März gehaltenen Rede in Aussicht gestellt hat, zu seinerzeit im Gange. Es sollen der Commission, zu welcher Vertreter der verschiedensten Interessengebiete und Richtungen einberufen werden sollen, bestimmte Fragen vorgelegt werden, aus deren Beantwortung sich das Bedürfnis und die Richtung

Spandau, 13. Juni. Heute Nachmittag 12^½ Uhr fand in dem Trockengebäude der neuen Pulversfabrik, wo sich 26 Fässer Pulver befanden, eine Explosion statt. Das Trockengebäude wurde vollständig verwüstet. Eine größere Anzahl anderer Gebäude wurde stark beschädigt, bei vielen Häusern sind die Fenster zertrümmert. Von den Arbeitern erhielten mehrere durch herumstiegende Trümmer und Splitter leichte Verletzungen.

Karlsruhe, 13. Juni. Der Kaiser richtete ein Schreiben an den Großherzog von Baden, in welchem er für die schnelle Ausführung der neu eröffneten, für die Sicherheit des Reiches hochbedeutsamen Eisenbahn dankt; der deutschen Willenskraft und Ingenieurkunst sei dadurch ein herrliches Zeugnis ausgestellt worden; er wünscht, daß die zur Gewährleistung des Friedens erbaute Eisenbahn das Gediehen Badens fördere.

Bern, 13. Juni. Der Ständerath nahm einstimmig, der Nationalrath mit 112 gegen 2 Stimmen den Antrag des Bundesraths auf Aufnahme eines neuen Artikels in die Bundesverfassung an, wonach der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung unter Berücksichtigung der bestehenden Krankenkassen einrichten und den Beitritt zur Versicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen für obligatorisch erklären kann. Ueber diesen Antrag hat noch die Volksabstimmung stattzufinden.

London, 13. Juni. Unterhaus. Ferguson erklärte, Rostem Pascha eröffnete am 23. April Salisbury den Wunsch des Sultans, die Unterhandlungen betreffs der britischen Befreiung Egypts zu erneuern, und theilte einen Conventionsentwurf mit. Es erfolgte eine Antwort, mit der die Pforte jedoch sich noch nicht beschäftigte. Das Haus kennt die äußersten Bedingungen, unter denen die Regierung im Stande sei, in der von Drummond Wolff negozierten Convention zu unterhandeln.

Haag, 13. Juni. Nach amtlichen Berichten vom 11. Juni besetzten die Holländer die achtzehnischen Stellungen auf den Hügeln am Ediuer und vertrieben die Achtzehnischen, welche gegen 80 Tote verloren; auf holländischer Seite wurden 2 Offiziere und 22 Mann verwundet.

Petersburg, 13. Juni. Ein heute veröffentlichtes Gesetz revidirt die Vorschriften, betreffend die Arbeit der Minderjährigen und Frauen in den Fabriken, bezüglich des erweiterten Schutzes derselben und dehnt diese Vorschriften, sowie die Vorschriften bezüglich der Schulpflicht der minderjährigen Arbeiter auch auf die Handwerkstuben aus. Ein weiteres Gesetz bestimmt, daß die durch die Generalversammlungen solcher Eisenbahngeellschaften, welche der Krone Geldsummen schulden, beschlossenen Creditbewilligungen der Bestätigung der Regierung unterliegen. Die Regierung ist befugt, eventuell Maßnahmen zur Tilgung der Privatschulden zu ergreifen.

Kairo, 13. Juni. Wissmann reiste heute nach Berlin ab.

Locale Nachrichten.

Breslau, 13. Juni.

—d. Spielfest des Kindergarten-Vereins. Der Kindergarten-Verein zu Breslau veranstaltete am Freitag, 13. d. M., im Schießwerder-Saal ein Spielfest, auf welchem die kleinen Jögglinge der 12 Vereins-Kindergärten teilnahmen. Ein Rundgang durch den Saal unter Absingung des Liedes "Der Frühling hat sich eingestellt" u. s. eröffnete das Fest. Die Kinder trugen hierbei mit grossem Stolz bunte Fähnchen in verschiedenen Farben. Die hierauf folgenden Freilübungen wurden von den kleinen Schaar recht wacker ausgeführt. Es folgte eine Reihe von Spielen, wobei von den Kindern Lieder gesungen wurden, welche zur Handlung in den Spielen Beziehung hatten. Der erste Theil des Programms schloß mit dem Abmarsch der Kinder unter dem Liede: "Alle Bögel sind schon da" u. s. Nachdem die Kinder mit Chocolade und Backwerk bewirthet worden, wurde der zweite Theil des Programms mit einem Feitzeuge der Kinder eröffnet, welcher nicht, wie geplant, im Garten, sondern wegen der Unzug der Witterung im Saale stattfinden mußte. An den Aufmarsch schloß sich das von den Damen Meyer und Menzel geleitete Stabturnen der ersten Abtheilung, welches besonderen Beifall fand. Nachdem wiederum niedlich, mit Liedern verbundene Spiele aufgeführt worden, schloß der Abmarsch der Kleinen unter dem Gefang des Liedes: "Wir gehen jetzt ganz leise" u. s. das wohlgelungene Fest. Das geplante Gartenconcert mußte wegen des Regenwetters unterbleiben.

—e. Vermischte Knaben. Die beiden Söhne des hier selbst in dem Hause Theresienstraße Nr. 18 wohnenden Schmiedes Klose, Namens Gustav und Paul Klose, 13½ und bzw. 10½ Jahre alt, haben sich seit einigen Wochen aus der elterlichen Wohnung entfernt und sollen sich im Landkreis bzw. der Umgebung der Stadt umherstreben. Bisher ist über den Verbleib der Knaben nichts ermittelt worden.

g. Unglücksfälle. Am 12. d. Mis. Nachmittags wurde die auf der Mehlgasse wohnhafte Wäscherin Auguste Hanke, als sie den Gneisenauplatz passirte, plötzlich von Krämpfen befallen, stürzte zu Boden und schlug dabei so unglücklich mit dem Kopfe auf das Steingrundplatte, daß sie mehrere schwere Verletzungen an der Stirn davon trug und wahrscheinlich auch eine Gehirnerkrankung erleidet haben wird. Sie wurde sogleich nach dem Allerheiligenspital gebracht.

—g. Unglücksfälle. Der auf der Vorwerkstraße wohnende 17 Jahre alte Schlosserlehrling Georg Tolofon besichtigte nach Feierabend eine geladene Pistole, die sich ein anderer Lehrling angehaftet hatte. Bei dieser Gelegenheit entzündete sich die Pistole unerwartet und die Kugel drang dem Lehrling in den linken Oberarm und fügte ihm eine schwere Schußwunde zu. — Als der auf der Mauritiusstraße wohnende Färber Gustav Hammer im Keller mit Benzinkuchen reinigte, kam eine andere Person, die mit Licht den Keller betrat, dem Färber zu nahe, sodaß eine heftige Explosion des leicht entzündlichen Benzins erfolgte. Der Färber trug schwere Brandwunden am Gesicht und an beiden Armen davon. — Der 10 Jahre alte Schlosser Paul Kruppe, Sohn eines auf der Uferstraße wohnenden Arbeiters, fiel beim Verlassen eines Fuhrwerks zur Erde und wurde durch einen zweiten in denselben Augenblick daherkommenden Wagen überfahren. Der Knabe erlitt eine Verquetschung des rechten Unterschenkels. Alle diese Verunglückten fanden Aufnahme im biesigen Krankeninstitut der Barnberger Brüder. — Dem auf der Friedrich-Wilhelmstraße wohnenden Former Adolf Gimmel fiel heute Vormittag bei seiner Arbeit in einer biesigen Maschinenfabrik eine schwere Form auf die rechte Seite des Oberkörpers und fügte ihm einen Oberarmbruch zu. Der Former wurde in die Kgl. chirurgische Klinik aufgenommen.

g. Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: Ein schwarzer Regenschirm; zwei Sonnenschirme; zwei Armbänder; ein wollenes Umhängetuch; ein gehäkeltes Tuch. — Abhanden gekommen: Einer Frau von der Friedrich-Wilhelmstraße ein Portemonnaie mit zwei Mark in Baar und für 23 Mark Confitummarken; einem Kaufmann von der Freiburger Straße ein Bincene; einem Droschkenbesitzer von der Neudorfstraße eine silberne Cylinderruhr mit kurzer silberner Kette; einer Köchin von der Hordenstraße ein Portemonnaie mit 6 Mark; einer Dame von der Kleinen Holzgasse eine goldene Damenuhr nebst Kette; einem Herrn von der Klosterstraße ein rothgestreifter Sonnenschirm; einem Haushälter von der Heinrichstraße ein schwärzledernes Portemonnaie mit 2 Mark. — Gestohlen: Einem Ziegeleibesitzer aus dem Kreise Beuthen vier Cigarettenspitzen von Weichholz; einer Frau vom Lessingsplatz eine Partie Wäsche; einem Büschneider vom Neumarkt ein goldener Siegerring und 23 Mark baares Geld. — In Untersuchungshaft genommen 19 Personen, in Strafhaft 9.

Die Eigentumsverhältnisse der Besitzungen im preußischen Staate.

Die auf Grund der Materialien der Gebäudeinventur vom Jahre 1878 im Königlichen statistischen Bureau aufbereitete "Statistik des Grundeigentums und der Gebäude im preußischen Staate" hatte eine Gesamtzahl von 2917 852 Besitzungen ergeben. Davon waren 149 606 oder 5,13 p.C. öffentliche und 2768 246 oder 94,87 p.C. private Besitzungen. An den öffentlichen Besitz sind der Staat — jedoch ausschließlich der Eisenbahnen — mit 10,5 p.C. die Provinzen, Kreise u. s. w.

mit 1,8, die Gemeinden, Kirchen- und Schulsocietäten mit 79,4, die Eisenbahnen (Staats- und Privatbahnen) mit 6,3, und endlich die milden Stiftungen und ähnliche Corporationen mit 2,0 p.C. beteiligt. Beüglich der ebenen Eigentumskategorien bemerkt die "Statist. Corresp.", daß unter dem Eigentum des Staates die dem Reichs- und dem preußischen Reichs sowie dem Königlichen Haufe und Mitgliedern desselben gehörenden Besitzungen verstanden sind. Desgleichen wurden hierher die von der Grund- und Gewerbebevölkerung befreiten gleichen Objekte der Mitglieder des hannoverschen Königshauses, des kurhessischen und nassauischen Fürstenhauses, sowie die zu den Standesherrschäften der vormaligen reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen gehörigen steuerfreien Besitzungen gerechnet. Die zweite Kategorie erstreckt sich auf das Eigentum der Provinzen, Kreise und sonstigen kommunalständischen Verbände. Die Zusammenfassung der Gemeinden, Kirchen- und Schulsocietäten unter der dritten vorbeschriebenen Gruppe ist erfolgt, weil in den Unterlagen diese Eigentumskategorien zu wenig genau unterschieden waren. Unter den milden Stiftungen und ähnlichen Corporationen finden sich auch Knapschaftsvereine, Klöster, adelige Familienstifte und die Landesschule Pforta.

Von dem privaten Besitz kommen auf die Privatpersonen 99,4 und auf die wirtschaftlichen Genossenschaften 0,6 p.C. der Besitzungen. Letztere Kategorie enthält das Eigentum von Bauerhaften, Hünnerhaften u. dgl., von Innungen, Arbeitervereinen und ähnlichen Institutionen, von landwirtschaftlichen und sonstigen Credit- und Sparvereinen (Borschusvereinen, Spar- und Darlehnsbanken bezw. Kassen, Pensionskassen u. s. w.), von Actien-, Aktiengesellschaften und Handelsgesellschaften aller Art (Bergwerken, Hüttenwerken, Maschinenbau, Gasgesellschaften u. s. w.), von Bergungsvereinen und Erdbohrungsgeellschaften (Schiffahrtvereinen und -Gilden, Kriegsvereinen, Freimaurerlogen u. s. w.), endlich von Herrnhuter- und Brüdergemeinden, sowie sie zu wirtschaftlichen Zwecken vereinigt sind; im Übrigen sind diese Gemeinden unter der dritten Kategorie der öffentlichen Besitzungen berücksichtigt.

Wie sich die Eigentumsantheile der einzelnen Provinzen an dem öffentlichen und Privatbesitz gegenüber dem Staatsdurchschnitt gestalten, ist in der folgenden Nachweisung ersichtlich gemacht. Es kamen Prozent aller Besitzungen auf

| in | öffentlicher wirtschaftlicher Genossenschaften | von Privat- personen |
|--------------------|--|-------------------------|
| Art | | |
| Ostpreußen | 4,8 | 95,0 |
| Westpreußen | 5,6 | 94,2 |
| Berlin | 4,6 | 91,5 |
| Brandenburg | 6,4 | 93,2 |
| Pommern | 7,1 | 92,6 |
| Posen | 5,0 | 94,9 |
| Schlesien | 4,3 | 95,2 |
| Sachsen | 6,1 | 93,5 |
| Schleswig-Holstein | 5,4 | 94,4 |
| Hannover | 5,8 | 93,7 |
| Westfalen | 4,0 | 94,5 |
| Hessen-Nassau | 5,8 | 93,8 |
| Rheinland | 4,1 | 94,9 |

Unter den Provinzen geben beim öffentlichen Besitz über den Staatsdurchschnitt von 5,13 p.C. Pommern, Brandenburg, Sachsen, Hessen-Nassau, Hannover, Westpreußen und Schleswig-Holstein hinaus, die erstgenannte Provinz namentlich in Folge des sehr hohen Anteiles (9,7 p.C.), welchen das fiscale, communale u. s. w. Eigentum im Regierungsbezirk Straßburg ausmacht. Eine Erklärung dürfte diese hohe Bevölkerungsanzahl im dortigen Überwiegen des Großgrundbesitzes über den kleinen Besitz finden; denn die durchschnittliche Größe einer Bevölkerung, welche im Staate 11,9 Hektar beträgt, steht sich in jenem Landesteile auf 20,5 ha. Das Eigentum wirtschaftlicher Genossenschaften ist — abgesehen von Berlin, wo wegen der Anzahligkeit ja vieler, in ihrer Geschäftstätigkeit weit über den Stadtbereich hinausgehender derartiger Unternehmungen dieser Kategorie im Vergleich zum Staate mit 0,59 p.C. naturgemäß überwiegt — am stärksten in den Provinzen Westfalen und Rheinland vertreten. Die Erklärung röhrt daher, daß, wie oben angegeben, die Bergungsgeellschaften zu dieser Gruppe gerechnet werden, und daß von vielen derselben in den genannten Provinzen (in den Regierungsbezirken Arnswalde, Düsseldorf und Aachen) Arbeiterwohnungen erbaut sind, von denen jedes für sich bestehende Haus nebst Zubehör als eine Besitzung geählt ist. Bezüglich des Eigentumes von Privatpersonen endlich übertrifft Schlesien, Ostpreußen, Posen, Rheinland, Westfalen und Schleswig-Holstein den Staatsdurchschnitt von 94,28 p.C. aller Besitzungen.

Handels-Zeitung.

* Poseuer Wollmarkt. Posen, 13. Juni. Der Verlauf des Wollmarktes war ein für die Produzenten ungünstiger, der Rückgang der Preise ist vorwiegend in mangelhafter Wäsche und zunehmender Verzüchtung zu suchen. Es notierten: feine Dominialwollen 155—169, mittelfeine 135—150, Mittellwollen 120—130, Rustikalwollen 105—112, ungewaschene 48—56 M.

? Kohlenbezüge der Eisenbahndirection Breslau. Die königliche Eisenbahndirection Breslau hatte von jeher ihren Jahresbedarf an Steinkohlen in einem öffentlichen Submissionstermine gedeckt, und diese in der Regel im April abgehaltenen Termine galten für den gesamten oberschlesischen Steinkohlenmarkt insofern als Ereigniss, als die Preisstellungen in jenen Terminen Lage und Bewegung des Kohlenmarktes kennzeichneten und für seine fernere Entwicklung Directive gaben. Im vorigen Jahre wurde ein solcher Termin im April abgehalten und in demselben der mutmassliche Bedarf für die Zeit vom 1. Juli 1889 bis Ende Juni 1890 in Höhe von 335 000 Tonnen vergeben. Das Quantum reichte indessen nicht aus, und gegen Ende März d. J. wurden für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni weitere 40 000 Tonnen im Wege der Submission vergeben. Seitdem ist kein neuer Submissionstermin öffentlich ausgeschrieben worden; wie wir indessen hören, waren zum 14. Mai eine beschränkte Anzahl von Gruben-Verwaltungen und Grosshändlern zu einer nicht öffentlichen Kohlen-Submission eingeladen; abweichend von den früheren Gepflogenheiten sollte nur der halbjährige Bedarf, also für die Zeit vom 1. Juli bis Ende December dieses Jahres, vergeben werden. Die Preise, welche hierbei gefordert worden sind, sollen sich im Durchschnitt zwischen 8 und 8,50 Mark für Prima- und zwischen 7 und 7,50 Mark für Secundamarke pr. To. ab Grubenstufe bewegen haben, d. h. fast genau ebenso hoch gewesen sein, wie diejenigen, welche in dem öffentlichen Termin am 10. April gestellt worden sind. Ob die Eisenbahnverwaltung in Erwartung eines Preisrückgangs diesmal nur den halben Jahresbedarf zu decken sich angeschickt hat, entzieht sich der Beurtheilung; einen anderen Grund ausfindig zu machen, dürfte indessen schwierig sein. Der erwähnte Submissionstermin vom 14. Mai hatte aber noch ein interessantes Nachspiel; wir erfahren darüber, dass die von den Grosshändlern abgegebenen Offerten erheblich höher lauteten, als diejenigen, welche die fiscalischen Grubenverwaltungen gestellt hatten und dass nach abgehaltetem Termine die Kohlenfirmen ihre Angebote ganz erheblich ermäßigt haben sollen und dass schliesslich zu den ermäßigten Preisen ein sehr grosser Theil den fiscalischen Gruben und ein kleinerer einzelner Grosshändlern zur Lieferung überwiesen worden seien. Wie weit die Herren ihre Offerten ermäßigt haben und zu welchen Preisen sie abgeschlossen haben, war aus nahe liegenden Gründen nicht zu erfahren.

* Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft. Nach dem Jahresabschluss betragen die Brutto-Einnahmen 9 393 363 Rbl., die Ausgaben 4 838 188 Rbl., der Netto-Ueberschuss demnach 4 555 175 Rbl. Devon sind zu decken: 1) die jährliche Rente des Staates: 250 000 Rbl., 2) Verzinsung und Amortisation der Obligationen: 1 879 667 Rbl., 3) 1½ p.C. vom Actiencapital zur Amortisation der Actien: 62 500 Rbl., 4) Tilgung der Ausgaben auf den Bau der Nebenzweige: 30 345 Rbl., zusammen 2 222 511 Rbl., mithin verbleiben 2 332 663 Rbl. und nach Abzug der den Directoren zukommenden Tantieme von 1½ p.C. = 26 102 Rbl. stehen zur Disposition der Actionäre 2 306 561 Rbl. Davon sollen, wie bekannt, 9 Rubel pro Actie als Dividende vertheilt werden mit 1 125 000 Rbl. Alsdann verbleibt noch der bedeutende Betrag von 1 181 561 Rbl., und nach Hinzurechnung des unvertheilten Restes des Nettogewinns pro 1888 von 510 129 Rbl. stehen insgesamt zur Verfügung der Actionäre 1 691 690 Rbl. Es wird beabsichtigt, wie wir dem "B. B. C." entnehmen, den grössten Theil dieses Betrages zu einer außergewöhnlichen Verlosung von Actien, die in Höhe von 15 500 Stück erfolgen soll, zu verwenden. — Die "Allg. R. Corp." will erfahren haben, dass eines der deutschen Mitglieder der Finanzgruppe, welche die Durchführung der Convertirung der Warschau-Wiener Eisenbahn-Obligationen übernommen hat, sich an die Petersburger

maassgebende Stelle mit dem Gesuch gewendet habe, in Berlin neben dem Umtauschgeschäft der 5prozentigen alten Stücke gegen die 4prozentigen neuen auch die Baarsubscription zu genehmigen. Ursprünglich erhielt das betreffende Haus einen abschlägigen Bescheid. Als das letztere aber darauf hinwies, dass dies wohl das letzte russische Finanzgeschäft sei, bei dem der Einfluss des deutschen Marktes maassgebend wäre, wurde der erste verneinende Bescheid zurückgenommen, die Genehmigung jedoch von der Entscheidung der deutschen Regierung abhängig gemacht. Die Zulassung der Conversion wird als sicher angesehen, die der Baarzeichnung dagegen noch für zweifelhaft gehalten. Der Vertrag, betreffend die Convertirung, ist nunmehr unterzeichnet worden.

* 5pro. Italienische Rente. Aus Berlin schreibt der "Frk. Ztg." ein gelegentlicher Correspondent: "Seit einiger Zeit ist in Berliner Bankkreisen aufgefallen, dass von der italienischen Rente neue Stücke mit fortlaufenden Nummern zur Ablieferung kommen, und die gleiche Wahrnehmung wird aus Paris berichtet. Der neulichen Meldung, dass die Regierung wegen Begebung der Rententires aus der Pensionskasse unterhandelt, wurde widersprochen. Jetzt verlautet, dass ein erheblicher Theil dieser Rente freihandig zum Verkauf gebracht worden ist, und zwar soll die Regierung an dem Gewinn der Vermittler partizipieren. Ich war bis zur Stunde noch nicht in der Lage, diese überraschende Nachricht zu verificiren, daher ich sie unter allem Vorbehalt mittheile, aber sie kommt mir von einer Seite, die ich für gut unterrichtet zu halten allen Grund habe."

* Die "Mutual Lebensversicherungs-Gesellschaft von Newyork" veröffentlicht soeben ihren 47. Jahresbericht und den dritten Ausweis über ihre Operationen in Deutschland. Derselbe zeigt wiederum günstige Ziffern. Es wurden von der Anstalt insgesamt für 644 310 554 Mark neue Policien ausgestellt. Die Gesamt-Versicherungssumme stieg im Berichtsjahr von 2 049 032 034 M. auf 2 405 287 219 M. Die Gewährleistungsfonds der Anstalt stiegen von 535 849 152,63 M. auf 579 705 644,09 M. und der erzielte Ueberschuss von 33 745 270 M. auf 41 043 306 M. Die Gesamtprämien-Einnahme betrug im Berichtsjahr 100 843 399,47 M., während für Todesfälle und Ausstattungen 40 693 028,56 Mark bezahlt wurden. — Was die deutsche Geschäft der Anstalt betrifft, so schloss dieselbe im Berichtsjahr in Deutschland 918 neue Policien mit einer Versicherungssumme von 12 949 250 M. ab, d. h. über vier Millionen M. mehr als im Jahre 1888. Insgesamt waren am 31. December 1889 1344 Policien mit 19 539 100 M. in Kraft, auf welche eine jährliche Prämienannahme von 878 366 Mark, sowie einmalige Zahlungen von 18 482 M. entfallen. Außerdem waren 23 Leibrentenpolicien mit jährlicher Rente von 18 482 M. in Kraft, auf welche 286 003 M. Capital einzuzahlt wurde. — Zur weiteren Orientirung über die Lage dieses Institutes verweisen wir auf den im Inseratentheil befindlichen Rechnungsabschluss.

* Saatenstand in Ungarn. Die privaten Berichte, welche in den letzten Tagen über den Saatenstand in Ungarn eingelaufen sind, haben durchwegs eine weniger günstige Entwicklung verzeichnet; man sah daher dem offiziellen Berichte mit grosser Spannung entgegen. Die privaten Meldungen finden ihre Bestätigung, denn der offizielle Bericht lautet: Nach den in der Zeit vom 3. bis 9. Juni reichenden Berichten des Ackerbauministeriums hat die andauernde ungünstige Witterung in vielen Gegenden Nebel und in Ober-Ungarn Frost verursacht. Am 2., 3. und 4. Juni herrschte in den oberungarischen Comitaten Frost, am 7., 8. und 9. Juni in einem grossen Theile des Landes Sturmwetter, wodurch die üppigen Saaten vielseits sich legten und in Folge der kalten Witterung der Rost sich

habe-Institut zeigte schönen Schmuck. — Das Curleben wird ein immer regeres. Der Fremdenzuzug ist größer als voriges Jahr.

P. Westerland auf Sylt, Anfang Juni. Die Kinderheilstätte auf Sylt in der Nähe des Damenbades südlich von Westerland ist bis auf die innere Einrichtung vollständig hergestellt und soll am 3. Juli seiner Bestimmung übergeben werden. Der mit einer Anstaltskapelle versehene schöne Neubau wird von großen Garten- und Spielplätschen umgeben. Das gesamte Areal der Anstalt umfasst einen Flächeninhalt von 1 Hektar, ein Gehterrain der Gemeinde Westerland. Außer dem Direktions- und I. Badearzt Dr. med. Wegele, der im Verein mit dem Landes- und Badearzt Dr. med. Nicolas die ärztliche Leitung der Anstalt innehaben wird, gehören noch der Verwaltung an: der Seebadelektor Dr. Pollackel als Vorsitzender, Pastor Gleiß, Pastor Carstens und Kaufmann Broderlen. Die Zahl der von der Diaconissenanstalt in Flensburg der Kinderheilstätte in Westerland überlassenen Schwestern ist in diesem Jahr von zwei auf drei vermehrt worden. Wiewohl die Anmeldungen zur Aufnahme in die Anstalt erfreulicher Weise zahlreich eingingen, so ist bei der durch den Neubau bewirkten erheblichen Vergrößerung aller Einrichtungen noch für eine weitere Zahl curbedürftiger Kinder die Aufnahme ermöglicht. Für Kinder aus weniger bemittelten Ständen sind für die letzte Curperiode eine größere Anzahl halber, event. auch ganzer Freifesten vorgesehen. Von der Seebade-Direction ist soeben eine neue, bereits die siebente, Ausgabe von "Die Nordseebäder auf Sylt, Westerland und Wenningstedt" im Verlage von Otto Meißner in Hamburg herausgegeben worden. Das Heftchen enthält alles für einen Aufenthalt auf Sylt Nothwendige nebst Angabe von Reiseverbindungen etc.

* Bad Reichenhall, 8. Juni. Sicherem Vernehmen nach wird im Laufe dieses Monats die Prinzessin Albrecht von Preußen zu längeren Aufenthalten hier eintreffen.

* Bäder-Frequenz. Lussee 463, Baden-Baden 14 370, Franzensbad 1488, Gastein (Waldbad) 474, Gräfenberg-Freiwaldau 339, Gleichenberg 905, Högl 437, Johannibad 43, Karlsbad 10 344, Lippespringe 396, Marienbad 2780, Meran 8976, Neuhaus 1112, Pyrmont 1354, Reiters 1087, Tatra-Füred (Schmecks) 284, Trenčín-Teply 575, Wiesbaden 31 841, Wildbad 553.

Born Standesamt. 13. Juni.

Aufgebot.

Standesamt I. Schneider, Aug., Zimmermann, L., Neudorfstr. 85a, Janerick, Anna, ev., Goldene Radeg. 25. — König, Jos., Brauer, f., Margarethenstraße 17, Müller, Anna, L., Matthiasplatz 7. — Breiter, Ernst, Maler, f., Sternstraße 68. — Weigt, Emma, ev., ebenda. — Böge, Paul, Handelsbuchdr. f., Schweidnitz, Schmidt, Minna, geb. Zimmer, f., Salzstraße 19.

Standesamt II. Knittel, Wilhelm, Arbeiter, ev., Gabitzstraße 46a, Betschke, Paul, L., ebenda.

Sterbefälle.

Standesamt I. Schindler, Karl, S. d. Stuckateurs Karl, 11 M. — Syba, Karl, S. d. Schornsteinfegers Karl, 4 J. — Klingenberg, Hermann, Arbeiter, 58 J. — Gaber, Margaretha, L. d. Stellmachergefeßelte Wilh., 1 J. — Koska, Norbert, S. d. Bildhauers Karl, 1 J. — Sauer, August, emerit. Lehrer, 81 J. — Weinert, Maria, L. d. Dienstmanns August, 3 J. — Braun, Oskar, Referendar, 32 J. — Dauisch, Marie, geb. Weinhold, Maurerfrau, 41 J. — Kapell, Paul, Kaufmann, 33 J. — Niedel, Herbert, S. d. Tischermstr. Bruno, 1 M. — Hoffmann, Ida, L. d. Arbeiters Hermann, 16 J. — Standesamt II. Gense, Friedrich, Böttcherstr., 56 J. — Leonard, Felix, Maler, 38 J. — Schöpe, Marie, L. d. Schlossers Rudolf, 2 M.

— Kauffmann, William, Rector, 72 J. — Joyde, Clara, L. b. Brauers Eduard, 4 M. — Marquardt, Herm., S. d. Stellmachers Robert, 3 J. — Pittbner, Hans, S. d. Fabrikbesitzers Ludwig, 6 W. — Pratsch, Pauline, geb. Schäf, verw. Major, 76 J. — Werse, Josef, Arbeiter, 39 J. — Hyba, Georg, S. d. Schornsteinfegers Carl, 1 J. — Balthasar, Hans, S. d. techn. Eisenbahn-Seer. Bernhard, 8 M. — Neipert, Gertrud, L. d. Tischlers Albert, 6 W.

* Die Königin von Sachsen hat, wie in den fünf letzten Jahren, alljährlich mehrmals, so auch bei dem diesmaligen Aufenthalt auf Schloss Sibyllenort, aus der der Seidenwaren- und Confection-Handlung von Hugo Cohn hier, Schmiditzerstraße 50, Ecke Junkerstraße, sowohl Seidenwaren, als auch Confection für ihren eigenen Bedarf entnommen.

Theodor Lichtenberg Gemälde - Ausstellung

Kunst-Handlung Zwingerplatz 2. im Museum.

Hans Makart, Colossalbild, Bacchus u. Ariadne. Nur noch einige Tage. Morgen letzter Sonntag. Eintritt 50 Pf.

Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft. Gingetretener Hindernisse halber muß die für den 17. cr. angezeigte Pferde-Auction bis auf Weiteres verschoben werden. Breslau, den 12. Juni 1890. [7039]

Die Direction.

Victoria-Theater (Simmerauer Garten), Neue Taschenstraße 31.

Borlestes Aufreten des phänomenalen russischen Riesen-Kindes

Elisabeth Lyska, Kosaken-Tochter, 12 Jahre alt, 2,20 Meter groß, 300 Pfund schwer. Außerdem Aufreten des ganzen Künstlerpersonals. Anfang 8 Uhr.

Täglich: Separat-Nachmittags-Vorstellungen mit dem Riesenmädchen Lyska um 4, 5 und 6 Uhr zu halben Preisen. [6560] Kinder 10 Pf.

Im Garten bei günstiger, im Saale bei ungünstiger Witterung.

Meiner werthen Landschaft hiermit die gefällige Nachricht, daß ich das [2778]

Hôtel zum goldenen Kreuz in Neustadt O.-S.

nach wie vor weiterfähre, und bitte um gefällige Unterstüzung. Neustadt Ob.-Schles., 10. Juni 1890.

Wwe. Florentine Viol, Hotelbesitzerin.

Eduard Trewendt in Breslau.

Afraja. Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

= Dritte Ausgabe. =

8°. 532 Seiten. Schön gebunden Preis 4 M.

Dieser klassische Roman spielt in Norwegen, vornehmlich in den Gegenen, die Kaiser Wilhelm II. auf seiner nordischen Reise berührte.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Patent-Betten

zum Zusammenlegen, complet mit Spiralfatrate und Seegras-Polsterung, mit Kopferhöhung und Fussklappe, a. mit buntem Jute-Bezug 13,00,

b. mit feinem Möbelstoff-Bezug 14,50, mit Quergurten

Klapp-Bettstellen 6,00, mit Kreuzgurten 7,00,

do. mit einfacher Spiralmatratze ... 9,50, do. mit doppeiter ... 13,00,

Kinder-Bettstellen von 14,00 an, do. mit Seitenwänden zum Herunterlassen von 22,00 an,

Matratzen und Keilkissen in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Herz & Ehrlich, Breslau.

Preislisten auf Wunsch gratis und franco. [7048]


H.E.
Badewäsche spottbillig wegen Aufgabe. Albert Fuchs, Postliefer, Schweidnitzerstr. 49.

Sehr dringend

b. e. jüd. Privat, im Unterr. in allen Gymnasialfäch. namentlich der Mathem. s. erf., v. e. hiel. Gymn. Dir. warm empf., um Zuverfügung von Schülern. — Drei i. 1½ J. Referend. gewei. der Stenogr. und Buchdr. mächt. bef. gute Kenntn. i. Engl. u. Franz. u. würde auch jede andere Beschäftigung m. Dank annehmen. Ges. Adressen werden erbeten sub S. D. 84 Exped. der Bresl. Stg.

Letzte Ziehung der Schlossfreiheit

Antheile an Orig.-Loosen 1/128 à 2 M., 1/64 à 2 1/2 M., 1/32 à 3 1/4 M., 1/16 à 5 M.

Auch gewähre ich Beteiligung an verschiedenen Nummern, und zwar an

5, 10, 15 u. 20 Loosen

durch Entnahme von 5, 10, 15 oder 20 Stück obiger Antheile.

Stan. Schlesinger, Schweidn.-Str. 43, neb. d. Apoth.

Breslau.

Oblizableiter, complet, wie einzelne Theile, als Außenfestei, Kupferdraht, Seilstücken, Auffangs-Spielen u. Signen. Alle Artikel für Telegraphen- u. Telephon-Anlagen empfiehlt billig und in großer Auswahl

[6889]

Julius Sckeyde,

Breslau, Ohlauerstraße Nr. 25. 

ältestes Special- u. Fabrikations-Geschäft für Blitzableiter, Telegraphen- u. Telephon-Auflagen.

Speciell nur f. Bandwurm-Kranke. Oschatz, Vorwerksstr. 16, pt.

Engl. u. Franz. Untericht Breitestr. 42, 1. Etage.

Ostseebad Warnemünde.

Ab Berlin u. Hamburg 45 Tage. Saisonbillets 4½ St.; ab Rügenhagen 7½ St. (2 Std. auf See). Der Projekt d. die Badeverwaltung. Bresl. Stg. [7070]

Fortschritt auf all. Gebieten!

Wichtig für Spezereihandlungen

ist es, sich selbst einen kleinen Essigapparat mit sehr wenig Anlagecapital und wenig Raum zur Fabrikation von Essigpräparaten herzu-

stellen. Die Procedur beansprucht beliebig nur eine Stunde Zeit. Nach-

dem die Badeverwaltung. Bresl. Stg. [7070]

Die Verlobung ihrer Tochter Anna mit dem Rechtsanwalt Herrn Edwin Schiller hier zeigen ergebenst an [2802]

Albert Ephraim und Frau, geb. Kohn. Berlin, im Juni 1890. Wilhelmstr. 147.

Anna Ephraim, Edwin Schiller, Verlobte.

Die glückliche Geburt eines muntern Mädchens zeigen erfreut an J. Wahnsiedler und Frau. Ohlau, den 13. Juni 1890.

Heute Mittag 2 Uhr verschied sanft nach längrem Leiden unser guter, innig geliebter Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der emer. Lehrer

August Sauer, in dem ehrenwerthen Alter von 81 Jahren.

Schmerzerfüllt zeigen die allen Verwandten und Freunden an [2805]

Die trauernden Hinterbliebenen. Gleiwitz und Breslau, 12. Juni 1890. Beerdigung: Sonntag Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, Uferstraße 41, nach Rothkretscham. Breslau, 12. Juni 1890.

In der Morgenstunde des 12. d. M. entschlief sanft und unerwartet im vollendeten 72. Lebensjahr unser theurer, unvergesslicher Vater und Grossvater, der [2815]

Professor und Rector William Kauffmann. Dies zeigen unter Ausschluss jeder besonderen Meldung hierdurch an.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen. Breslau, den 13. Juni 1890.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. Juni, Vorm. 11 Uhr, vom Trauerhause Vorwerksstraße 36/38 aus, nach dem St. Bernhard-Friedhofe in Rothkretscham statt.

Aufrichtige Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung drängen uns, das so unerwartete Hinscheiden unseres einstigen väterlichen Berathers und Lehrers, des [2814]

Herrn Professor William Kauffmann, Rector der evgl. höheren Bürgerschule No. II,

hierdurch all seinen früheren Schülern tiefbewegten Herzens kund zu geben.

Breslau, den 13. Juni 1890.

Die Abiturienten aus dem Jahrgang 1889/90.

Heute früh 4 Uhr verschied nach schweren Leiden unser theurer, unvergesslicher Vater, Grossvater, Urgrossvater, Schwager und Onkel, [7072]

Herr Leopold Altmann, im Alter von 86 Jahren, was wir hiermit statt besonderer Anzeige seinen zahlreichen Freunden und Bekannten schmerz- erfüllt mittheilen.

Gleiwitz, Brieg, Neurode, Bernstadt i. Schl., Ratibor, den 13. Juni 1890.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet in Ratibor Montag, Nachmittag 2 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus statt.

Junge Kaufmann sucht in anständiger Familie Pension. Offertern mit Preisangabe unter C. R. 20 hanipostlagernd. [7894]

Am 12. d. M. verschied unerwartet zu unserem großen Schmerz [7886]

Herr Rector Professor W. Kauffmann.

Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen einen humanen, von wahrer Herzengütte erfüllten Borgeleben, dessen Andenken wir stets dankbar in Ehren halten werden.

Neumann, Schuhmacher, nebst Frau.

Lobe-Theater. Sonnabend, den 14., u. Sonntag, den 15. Juni. Gastspiel des Fr. Mila Hof und Aufreten des Hrn. Julius Spielmann. „Der arme Jonathan.“ Operette in 3 Acten von G. Millöcker. Anfang 7½ Uhr.

Der Billetverkauf ist Ohlauerstraße 7 bei H. Langenmayr von 10 bis 2 Uhr. — Preis der Plätze wie gewöhnlich.

Residenz-Theater. Sonnabend, den 14. u. Sonntag, den 15. Juni. Gastspiel des Fr. Mila Hof und Aufreten des Hrn. Julius Spielmann. „Der arme Jonathan.“ Operette in 3 Acten von G. Millöcker. Anfang 7½ Uhr.

Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf. Anfang Wochentags 7½ Uhr. Sonn- und Festtags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concert-Capelle, Herr Capellmeister Georg Riemenschneider.

Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf. Anfang Wochentags 7½ Uhr. Sonn- und Festtags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concert-Capelle, Herr Capellmeister Georg Riemenschneider.

Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf. Anfang Wochentags 7½ Uhr. Sonn- und Festtags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concert-Capelle, Herr Capellmeister Georg Riemenschneider.

Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf. Anfang Wochentags 7½ Uhr. Sonn- und Festtags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concert-Capelle, Herr Capellmeister Georg Riemenschneider.

Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf. Anfang Wochentags 7½ Uhr. Sonn- und Festtags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concert-Capelle, Herr Capellmeister Georg Riemenschneider.

Eintritt 30 Pf., Kinder 10 Pf.

Lotterie zur Beschaffung der Mittel für die Niederlegung der Schlossfreiheit.

Die Erneuerung der Loose der obigen Lotterie zur fünften Klasse erfolgt gegen Einreichung der Loose vierter Klasse und Zahlung des planmässigen Preises bei derjenigen Stelle, bei welcher die Loose zur vierten Klasse gekauft sind, in der Zeit

vom 10. bis 24. Juni cr., Abends 6 Uhr.

Mit Ablauf dieser Frist geht das Anrecht zur Erneuerung verloren. Die Ziehung der fünften Klasse findet am

Montag, den 2. Juli c.,

statt. Die Inhaber der Loose werden ersucht, im eigenen Interesse die Erneuerung zeitig zu bewirken, damit nicht durch übergrossen Andrang in den letzten Tagen der Erneuerungsfrist die Abfertigung erschwert wird.

Berliner Handels-Gesellschaft.
Deutsche Bank.
Mendelssohn & Co.

Bank für Handel & Industrie.
Dresdner Bank.
Robert Warschauer & Co. [6938]

Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt
vormals S. Schottlaender in Breslau.

In wenigen Tagen erscheint:

Ein Circusmädchen.

Roman

von

August Siems.

25 Bogen 8°. Elegant broschiert M. 5.—, fein gebunden M. 6.—
August Siems, der frühere großherzoglich hessische Hofballmeister, welcher die erfolgreichsten Balletts: „Im Reiche der Blumen“, „Des Kriegers Heimkehr“ u. s. f. für Theater, sowie in den letzten Jahren die populären Pantominen „Die lustigen Heidelberg“, „Deutsche Turner“ u. s. f. für den Circus geschaffen, hat in obigem Buche seine vielen Erfahrungen und Erlebnisse beim Theater sowohl als beim Circus niedergeschrieben und wird dasselbe in weitesten Kreisen großes Interesse erregen. [7067]

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Schlesische Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft
Section II (Beuthen O.-S.).

Zu der am Sonnabend, den 28. Juni d. J., Nachm. 2½ Uhr zu Beuthen O.-S. in Krüger's Hotel stattfindenden Sectionsversammlung werden die Mitglieder ergebenst eingeladen. [2797]

Tagesordnung:

- 1) Geschäftsbericht für das Jahr 1889.
- 2) Prüfung und Abnahme des Rechenschaftsberichts für das Jahr 1889.
- 3) Feststellung des Verwaltungskosten-Etats für das Jahr 1891.
- 4) Wahl zweier Ersatzmänner von Mitgliedern des Sectionsvorstandes an Stelle der Herren Generaldirektoren Barnewitz und Galda.
- 5) Wahl eines Delegierten an Stelle des Herrn Generaldirektor Barnewitz.
- 6) Wahl der Revisoren zur Vorprüfung des Rechenschaftsberichts für das Jahr 1890.
- 7) Wahl von 9 Delegierten zur Genossenschaftsversammlung und deren Ersatzmänner in Folge Bunahe der Arbeiterzahl.

Der Vorstand.

Kaufgebot.

Heiraths-Partien in nur besser. Kreisen, ab-
diser. u. reell, durch
Julius Wohlmann,
Breslau, Oberstraße 3.

Für ein aus achtbarer jüdischer Familie einfach und wirtschaftl. ergenes Mädchen, Mitte zwanziger Jahre, hübsche Erscheinung, Vermögen 7500 Mark und reiche Aussteuer, suchte als Lebensgefährtin tüchtigen Kaufmann aus der Herrenconfections-, Manufactur- oder Lederbranche. [7888]

Offerten unter G. A. 81 an die Exped. der Breslauer Zeitung.

Kaufgebot.

besser. Kreisen, ab-
diser. u. reell, durch
Julius Wohlmann,
Breslau, Oberstraße 3.

Für ein aus achtbarer jüdischer Familie einfach und wirtschaftl. ergenes Mädchen, Mitte zwanziger Jahre, hübsche Erscheinung, Vermögen 7500 Mark und reiche Aussteuer, suchte als Lebensgefährtin tüchtigen Kaufmann aus der Herrenconfections-, Manufactur- oder Lederbranche. [7888]

Offerten unter G. A. 81 an die Exped. der Breslauer Zeitung.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist zufolge Verfügung vom heutigen Tage bei der unter Nr. 33 eingetragenen Actiengesellschaft:

Kunzendorf-Hausdorf-Steinkunzendorfer Chaussee-Aktien-

Verein zu Neurode

eingetragen worden: [7060]

Die Actiengesellschaft ist durch Generalversammlung beschlossen vom 30. December 1889 aufgelöst.

Zu Liquidatoren sind gewählt:

1) der Gasanstaltsbesitzer Berthold Enders.

2) der Particulier Karl Birke,

beide zu Petersmalbau.

Neurode, den 4. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herzogswaldau

heute eingetragen worden. [7057]

Großstadt R.-Schl., b. 10. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Kaufgebot.

In unser Firmenregister ist unter laufende Nr. 351 die Firma

Hugo Bethke

zu Nieder-Herzogswaldau und als deren Inhaber der Kaufmann Hugo Bethke zu Nieder-Herz

See- und Sool-Bad Kolberg.

Eisenbahn-Saison-Billets. Frequenz 1889: 8089 Gäste.

König Wilhelm-Bad

Swinemünde am Ostseestrand.

Kalte u. warme See, Sool, Moor- u. medic. Bäder; 150 Logirzimmer, vorzügliche Betten, ausgezeichnete Verpflegung, mäßige Preise.

[2394] H. E. Lindner, Besitzer.

Obernick-Sitten.

Kurhaus-Hotel, Weinhandlung, Restauration, reizend im Walde gelegen, empfiehlt sich geneigter Beachtung. Gut ausgestattete und billige Zimmer. Pension, auch Jahrespension mit Übernahmefähigkeit.

O. P. Pfahl.

Die Stelle einer Erzieherin, evangel. Confession, verbunden mit einem jährlichen Gehalt von 600 M., bei freier Wohnung, Beleuchtung, und Mittagskost, sowie einvierteljährlicher Kündigung, am bietigen J. F. Fraeger'schen Waisen- und Wohlthätigkeitstitut ist zum 1. October d. J. zu befreien.

Die Erzieherin muss unverheirathet, von geieitem Alter, bescheidenem und moralischen Charakter sein und hat die Beaufsichtigung und Erziehung von 20 Waisenmädchen, deren Handarbeitsunterricht, sowie die Küche und das Haushwesen gewissenhaft zu leiten. Wissenschaftliche oder höhere Bildung ist nicht erforderlich.

Reflectantinnen wollen unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes Gejch zu unterzeichnetes Curatorium zu Händen des Handchufabrikanten und Curators Reinh. Hempel bis zum 1. Juli 1890 einreichen.

Photographie erwünscht.

Reichenbach i. Schles., den 11. Juni 1890.

Curatorium des J. F. Fraeger'schen Waisen- und

Wohlthätigkeitstitutes.

R. Hempel. — H. Arlt. R. Hoosor.

Achtung für Ritterguts- u. Herrschaftsbesitzer!

Ich suche: 1 Rittergut mit schönem Schloss, Park und guter Jagd, zwischen Eisenach u. Liegnitz, im Preise bis 2000000 Mark gegen baare Auszahlung.

1 Herrschaft auf Aldeicomix bis 4000000 Mark in den preußischen Ostprovinzen.

1 kleines Ritter- oder Stadtqnt, 3—500 Morgen, ganz nahe einer Gymnasialstadt, muss aber hübsches Schloss haben.

1 Wald-Rittergut mit Hochwildjagd, bis 1500000 Mark bei baarer Auszahlung, zwischen Elbe und Polen.

1 Rittergut für 500000 bei 300000 Mark Auszahlung, aber nur guten Boden, zwischen Elbe und Oder.

1 größeres Land- oder Rittergut gegen sofortige Auszahlung, welches sich zur Parcellierung eignet.

1 Rittergut mit schlagbarem Wald gegen Fasse.

F. G. Steggle, Waller für Großgrundbesitz u. Hypotheken,

Dresden, Wölfisnitzstraße 15, L.

Ein vermögenden Buchhändler kann eine grohe

Buchhandlung in Breslau

zum Ankauf nachgewiesen werden. Besonders jüngeren Herren wird durch diese Offerte eine selten günstige Gelegenheit zum Etablieren geboten. Offerten unter H. 23077 an Haasestein & Vogler, A.-G., Breslau.

[2746]

Lehrerinnen-Gesuch.

An der katholischen Schule in Laurahütte sollen vom 1. Octbr. cr. ab zwei Lehrerinnen angestellt werden. Das Einkommen beträgt per Jahr neunhundert Mark, einschließlich der Entschädigung für Erziehung des Industrie-Unterrichts, freie Wohnung, eventl. hundertzwanzig Mark Wiederkostentschädigung und sechzig Mark für Belebung. [2794]

Eigentige Bewerberinnen wollen ihre Meldung unter Beifügung der Zeugnisse bis zum 25. d. M. einreichen.

Laurahütte, den 12. Juni 1890.

Der Schulvorstand.

gez. Gubis,

Localschulinspector.

Ausschreibung.

Hierorts soll ein neuer Thonrohrkanal

behufs Entwässerung des Gymnasialgrundstückes unter der Swinemünder Promenadestraße hergestellt werden. [2796]

Die Kosten sind überschläglich auf 4747 M. 86 Pf. berechnet. Unternehmer wollen schriftliche Offerten einreichen. Anhänger geben wird die Belebung an Ort und Stelle.

Strehlen, den 6. Juni 1890.

Magistrat.

Das Grundstück Breslau Neue Junkerstraße 33, mit großem Hof u. Garten, gut gebaut, wird am 21. J. Vormittags 9 Uhr, auf dem bietigen Amtsgericht zwangsweise verkauft und wird sehr preiswert zu erwerben sein.

Nähere Auskunft unter H. 23082 durch Haasestein & Vogler, A.-G., Breslau. [2792]

Das renommierte, elegante eingerichtete [2743]

Hôtel

in großer Garnison- u. Fabrikstadt, mit flottem Fremden- u. Restaurationsverkehr, ist zu verkaufen.

Preis 220000 M., Anzahlung 50—60000 M., fester Wiederertrag 5500 M., Hypotheken fest. Offerten sub H. 23067 an Haasestein & Vogler, A.-G., Breslau, erbeten.

[2744]

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Intellig. junge Dame, billig mit wenig Angabe zu verkaufen. [2779]

Offerten unter H. D. 733 an Haasestein & Vogler, A.-G., Erfurt, erbeten.

Gesucht tüchtige Küpergesellen auf Sprit- und Weingebinde.

Näheres durch den Arbeitsnachweis der Küper-Zunft, Hamburg, b. d. Mühren 80, sowie bei Herren J. C. P. Melind. Holl. Brook 11, J. C. W. Heeger, Grimm 10, Alb. Upleiter, Kraenkamp 4, C. Böhmer, Bankstraße 52, Hamburg. [7012]

Blücherpl. 17 u. Junkerstr. 37

werden die sehr großen Eck-Parterre-Räume, verbunden mit großem Keller, zu öffnen Geschäftsräumen umgebaut. — Reflectanten event. auch auf die ungetheilten Räume wollen sich bald mit uns in Verbindung setzen. Ferner darf die herzlich eingetragene halbe 2. und 3. Etage, vollständig neu renovirt, per October resp. Juli zu vermieten. [7898]

Firle & Anders.

Breslau—Zobten—Ströbel: Abg. 6 U. 25 M. Vm. — 12 U. 30 M. Nm.

— 8 U. 20 M. Ab. Ank. 9 U. 25 M. Vm. — 3 U. 40 M. Nm. — 10 U. 34 M. Ab.

Jeden Sonn- u. Feiertag bis auf Weiteres Extra-Personenzug nach Zobten. — Abg. Breslau OS-Bahnhof: 6 Uhr 17 Min. Vorm. Ank. Breslau 11 Uhr 6 Min. Abds.

Breslau-Freiburger Eisenbahn.

Nach bezw. von Freiburg, Sorgau, Liebau, Hirschberg:

Abg. 5 U. 30 M. Fr. — 9 U. 10 M. Vm. — 1 U. 5 M. Nm. — 6 U. 35 M. Ab.

Ank. 8 U. 18 M. Vm. (nur von Dittersbach). — 11 U. 45 M. Vm. — 4 U. 15 M. Nm. — 9 U. 30 M. Ab. (Schnellz.). — 10 U. 50 M. Ab. (nur von Kohlfurt). — 11 U. 11 M. Ab. (v. Oberschles. Bahnh.).

Ank. 6 U. 24 M. Vm. (Schnellz., Oberschl. B.). — 7 U. 30 M. Vm. — 11 U. 25 M. Vm. (nur von Kohlfurt). — 4 U. 30 M. Ab. (Schnellz., Oberschl. B.). — 5 U. 20 M. Nm. (Oberschles. B.). — 8 U. 5 M. Ab. (nur von Kohlfurt). — 8 U. 30 M. Ab. (Schnellz., Oberschl. B.). — 10 U. 59 M. Ab. (Oberschles. Bahnh.).

Nach bezw. von Görlitz, Dresden, Hof:

Abg. 6 U. fr. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 6 U. 30 M. Vm. — 10 U. 20 M. Vm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 12 U. 35 M. Nm. (nur nach Sommerfeld) — 2 U. 55 M. Nm. (v. Oberschl. B.). — 6 U. 20 M. Ab. (nur bis Kohlfurt). — 10 U. 33 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 11 U. 11 M. Ab. (v. Oberschl. B.).

Ank. 6 U. 24 M. Vm. (Schnellz., Oberschl. B.). — 7 U. 30 M. Vm. — 11 U. 25 M. Vm. (nur von Halbstadt). — 11 U. 45 M. Nm. — 9 U. 30 M. Ab.

Jeden Sonn- u. Feiertag bis auf Weiteres Extra-Personenzug nach Caanth, Metkau, Freiburg, Sorgau, Salzbrunn, Friedland, Halbstadt, Weckelsdorf, Brauna, Abg. 5 Uhr 10 Min. fr. Ank. 11 Uhr 31 Min. Abds.

Glogau, Reppen, Frankfurt a. O., Berlin, Cüstrin, Stettin:

Abg. 6 U. 10 M. Vm. — 10 U. 50 M. Vm. — 3 U. 30 M. Nm. — 9 U. Ab.

Ank. 7 U. 15 M. Vm. (nur von Wohlau). — 9 U. 58 M. Vm. — 1 U. 45 M. Nm. — 5 U. 27 M. Nm. — 11 U. 50 M. Ab.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn.

Oels, Oberschlesien, Pless, Dzieditz:

Abg. Mochbern: 6 U. 21 M. Vm. — 3 U. 55 M. Nm. — 5 U. 20 M. Nm. — Niederschles.-Märk. Bahnh.: 6 U. 15 M. Vm. — 8 U. 25 M. Vm. — 10 U. 35 M. Nm. — 10 U. 25 M. Ab. — Oderthor-Bahnh.: 6 U. 34 M. Vm. — 8 U. 39 M. Vm. — 10 U. 44 M. Vm. — 2 U. 15 M. Nm. — 4 U. 21 M. Nm. — 6 U. 13 M. Ab. — 10 U. 40 M. Ab. — Ank. Oderthor-Bahnh.: 7 U. 32 M. Vm. — 10 U. 59 M. Ab. — 11 U. 59 M. Nm. — 2 U. 21 M. Nm. — 5 U. 38 M. Nm. — 8 U. 10 M. Ab. — 10 U. 9 M. Ab. — Niederschles.-Märk. Bahnh.: 7 U. 2 U. 25 M. Nm. — 9 U. 25 M. Nm. — 10 U. 25 M. Ab. — Ank. in Oels: 9 U. 12 M. Vm. — 1 U. 27 M. Nm. — 8 U. 57 M. Ab.

Anschluss nach und von der Warschauer Eisenbahn. Abf. v. Oels: 9 U. 36 M. Vm. — 11 U. 40 M. Vm. — 7 U. 20 M. Ab.

— Ank. in Oels: 9 U. 12 M. Vm. — 1 U. 27 M. Nm. — 7 U. Ab.

Anschluss nach und von der Kreuzburger Eisenbahn. Abf. v. Kreuzburg: 5 U. 15 M. fr. — 8 U. 52 M. Vm. — 11 U. 45 M. Vm. — 12 U. 32 M. Vm. — 12 U. 33 M. Nm. — 7 U. 47 M. Ab.

Breslau-Trebnitz:

Abf. Oderth. B. 7 U. 15 M. Vm. — 1 U. 55 M. Nm. — 9 U. 50 M. Ab.

Ank. Oderth. B. 6 U. 53 M. Vm. — 1 U. 55 M. Nm. — 9 U. 18 M. Ab.

Jeden Sonn- u. Feiertag bis auf Weiteren Extra-Personenzug nach Obernig. Abg. 2 Uhr 5 Min. Nachm. Ank. 9 Uhr 59 Min. Abds.

Breslau, Glatz, Mittelwalde:

Abg. 6 U. 44 M. Vm. — 10 U. 25 M. Vm. — 1 U. 50 M. Nm. (nur bis Glatz). — 5 U. 40 M. Nm. (nur bis Münsterberg).

Ank. 7 U. 38 M. Vm. (nur von Münsterberg). — 10 U. 3 M. Vm. — 2 U. 20 M. Nm. — 6 U. 25 M. Ab. — 9 U. 50 M. Ab.

Jeden Sonn- u. Feiertag bis auf Weiteren Extra-Personenzug nach Obernig. Abg. 2 Uhr 5 Min. Nachm. Ank. 9 Uhr 59 Min. Abds.

Telegraphische Witterungsberichte vom 13. Juni.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort. Gr. Bar. n. Meers- u. land. reduc- Trop. u. Celsius- Wind. Wetter. Bemerkungen.

Multingenmore. 767 9 NNO 3 bedeckt.

Aberdeen. 768 9 N 3 bedeckt.

Christiansand. 765 10 NNO 6 h. bedeckt.

Kopenhagen. 767 15 O 1 h. bedeckt.

Stockholm. 758 16 N 2 wolzig.

Barbados. 756 14 N 4 heiter.

Petersburg. 757 14 SSO 2 bedeckt.

Moskau. 757 16 ONO 1 bedeckt.

Cork. Queenst. 767 14 N 4 wolzig.

Cherbourg. 762 14 NNW 4 Regen.

Heider. 759 13 NO 1 h. bedeckt.

Sylt. 758 15 NNO 1 bedeckt.*)

Hamburg. 757 13 NO 2 bedeckt.*)

Swinemünde. 756 12 NNO 3 bedeckt.

Neufahrwasser. 754 11 N 3 Nebel.

Memei. 755 18 OSO 3 wolzig.

Paris. 760 12 NW 2 bedeckt.